Jahrestreffen der Ostpreußen Seite 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 20 – 19. Mai 2017

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Bild: pa

Die Landtagswahl in seiner Heimat war die dritte in Folge, welche seine Partei unter seiner Führung krachend verlor: Martin Schulz

Ein Rohrkrepierer

Wahl-Debakel in NRW trotz oder wegen Martin Schulz?

Der Schulz-Effekt erweist sich als Rohrkrepierer. Er sollte als Rakete starten und beschädigt das eigene Lager schwer. Die Wahl in Nordrhein-Westfalen war die dritte Landtagswahl in Folge, welche die SPD krachend verlor.

Wie hatte Mister-100-Prozent nach Amtsantritt als Parteichef und Kanzlerkandidat getönt? Zuerst gewinnen wir an der Saar, dann nehmen wir Schleswig-Holstein, anschließend siegen wir in NRW und dann, „dann werde ich Bundeskanzler“. Es gibt Leute, die ihm das geglaubt haben. Denen Überschriften genügen, die keinen Wert auf den Text legen, geschweige denn auf das Kleingedruckte. Das hatten sie mit dem Kandidaten gemeinsam.

Erst jetzt, nach dem Debakel an Rhein und Ruhr, reift die Erkenntnis, dass man das Schlagwort „soziale Gerechtigkeit“ konkreter unterlegen muss. Und dass das Thema nicht ausreicht, um beim Wähler zu punkten. Nun soll alles im Leben der Bundesbürger gerechter werden, immer und überall. Es ist schon bemerkenswert, dass eine sogenannte Volkspartei erst drei Wahlen verlieren muss, ehe sie beim Volk einmal hinhört.

> Aus der NRW-Wahl lassen sich zwei Prognosen ableiten

Das haben die regierenden Sozialdemokraten in Düsseldorf nicht getan, das haben sie auch in Kiel nicht getan. „Krachende Niederlage“ wurde zum meistgebrauchten Bild des Wahlabends.

Fast ebenso häufig wurde das Wort „Demut“ bemüht, mit dem man das Wahlergebnis zur Kenntnis nehme. Mit etwas weniger Hochmut im Amt müssten sich die Regierenden von gestern jetzt nicht in Demut üben.

Für SPD-Ministerin Manuela Schwesig galt das allerdings nicht, als sie in der Nachwahl-Gesprächsrunde nachtrat und der CDU vorwarf, sie habe einen „Wutbürger-Wahlkampf im Stile der AfD“ geführt. Das Thema Asylsucher hatten die Parteien gemieden wie der Teufel das Weihwasser. Diese Hypothek hat zum Ausgang der Wahlen in Düsseldorf und Kiel beigetragen. Auch wenn nicht darüber gesprochen wurde, hatten viele Wähler das Thema im Hinterkopf. Und CDU-Wahlsieger Armin Laschet dürfte einiges an Zustimmung dazu gewonnen haben, als er den Konservativen Wolfgang Bosbach in sein Beraterteam holte. Ohnehin hatte die CDU mit ihren Aussagen zu Bildung, Verkehr und Sicherheit den Nerv der Wähler besser getroffen.

Der rasche Rücktritt der Vorsitzenden Hannelore Kraft vom Parteiamt verdient Respekt. Das bekommt Ralf Stegner, der den Wahlkampf für seine Partei in Schleswig-Holstein bestritt, nicht mehr hin. Und vermutlich kommt er auch nicht auf den Gedanken. Solange er mit immer tiefer sinkenden Mundwinkeln wenig telegen hinter dem Wahlverlierer steht, wird die nächste Niederlage vorbereitet.

Aus der NRW-Wahl lassen sich zwei Prognosen ableiten. Die schlechte: Angela Merkel bleibt Bundeskanzlerin. Die gute: Angela Merkel bleibt Bundeskanzlerin. Unter den gegebenen Umständen ist das tatsächlich die bessere.

Klaus J. Groth

Jan Heitmann:

Wahlfarce

Derzeit führen gesetzliche Renten- und Krankenversicherungsträger mit Millionenaufwand die sogenannte Sozialwahl durch. Dabei geht es darum, die Mitglieder von deren Selbstverwaltungsgremien zu bestimmen. Wahlberechtigt sind über 50 Millionen Versicherte, von denen beim letzten Urnengang allerdings nur 30 Prozent von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben. Das ist auch kein Wunder, denn die Sozialwahl ist ein undemokratischer Etikettenschwindel, eine Farce. Zunächst einmal rufen nur zehn der fast 130 Kassen und Rentenversicherer zur Stimmabgabe auf. Bei den anderen werden Kandidatenlisten ausgekungelt, die dann in einer „Friedenswahl ohne Wahlhandlung“ übernommen werden. Dort, wo gewählt wird, kandidieren zwar Versicherte, doch werden diese nicht direkt gewählt. Sie treten gemeinsam in Listen an, deren Zusammenstellung Organisationen mit sozial- und berufspolitischen Zielen vornehmen.

Schließlich sind die Selbstverwaltungsgremien selbst eine Farce. Ihre Mitglieder nicken die sechsstelligen Gehälter der Kassenvorstände und protzige Verwaltungsbauten ab, lassen regelmäßige Leistungseinschränkungen und Zusatzbeiträge zu und – schlimmer noch – unternehmen nichts dagegen, dass die Mittel der Sozialversicherung von der Politik für versicherungsfremde Leistungen entnommen werden. Immer mehr gesamtgesellschaftliche Aufgaben müssen ausschließlich von den Zwangssozialversicherten getragen werden. Man denke nur an Helmut Kohls Griff in die Rentenkasse, um „vereinigungsbedingte Lasten“ zu finanzieren, oder die Übernahme der Heilbehandlungskosten für Zuwanderer. Auf so eine „Vertretung“ können die Sozialversicherungspflichtigen gut verzichten.

Auf schwachen Wurzeln gegründet

Die Bundeswehr läuft Gefahr, durch fehlendes Traditionsbewusstsein perspektiv- und orientierungslos zu werden

Auf höchsten Befehl herrschen seit Kurzem Inquisition und Denunziation in der Bundeswehr. So wurden alle dienstlichen Liegenschaften nach Devotionalien der Wehrmacht durchsucht und diese entfernt, deren Besitzer aktenkundig gemacht. Auf diesem Wege will Generalinspekteur Volker Wieker die „Einhaltung der Regeln zum Traditionsverständnis in Bezug auf Nationalsozialismus und Wehrmacht“ sicherstellen. Alle Soldaten sind aufgefordert, in dieser Hinsicht Verdächtiges zu melden.

Die Traditionspflege der Bundeswehr ist seit jeher ein heikles Thema, bedeutete die Epochenwende des Jahres 1945 doch eine tiefe Zäsur für die militärische Traditions- und Werteordnung. Als es um die Wiederbewaffnung in Westdeutschland ging, bestand breiter Konsens darüber, dass Streitkräfte mit neuen Inhalten, Zielen, Strukturen und Verfahren sowie Formen der Führung zur Verteidigung geschaffen werden mussten. Eine Restaurierung der Reichswehr oder gar der Wehrmacht erschien einer großen Mehrheit der Bevölkerung dagegen ausgeschlossen. Gleichwohl wurden die Vorgängerarmeen wie selbstverständlich als traditionsstiftend angesehen. Dementsprechend bezeichnete der Traditionserlass von 1965 noch die „Dankbarkeit und Ehrfurcht vor den Leistungen und Leiden der Vergangenheit“ als Grundlage der Traditionspflege.

Heute dagegen beginnt die offizielle Traditionslinie der Bundeswehr erst mit ihrer eigenen Gründung und umfasst somit nur die letzten 60 Friedensjahre. Alles, was davor lag, hat sie mit Ausnahme des preußischen Heeresreformers Gerhard von Scharnhorst und der Protagonisten des Widerstandes gegen das NS-Regime abzuwerten und als traditionsstiftend kategorisch auszuklammern. Damit passt sich die Bundeswehrführung dem Zeitgeist an, der eine Anerkennung des von früheren Generationen Vollbrachten nicht zulässt und den historischen Blick fast ausschließlich auf das Dritte Reich richtet.

Zweifellos ist das, was in dieser Zeit geschehen ist, in seiner Ausprägung singulär, ungeheuerlich und nicht nur den nachgeborenen Generationen unbegreiflich. Doch auch dies rechtfertigt es nicht, die an Positivem reiche deutsche Geschichte immer nur auf diese zwölf Jahre zu reduzieren und alles, was davor geschah, als Vorboten ihrer inhumansten Phase abzutun und mitver- antwortlich zu machen. Die deutsche Geschichte mag im dunklen Schatten jener Jahre stehen, sie ist aber nicht mit ihnen identisch. Dass es für ein Land, das innerhalb von nur zwei Generationen stürzende Reiche, historische Brüche gewaltigen Ausmaßes und tief greifende politische Zäsuren zu verkraften hatte, nicht leicht ist, Kontinuitäten anzuerkennen, kann natürlich nicht bestritten werden. Es darf aber nicht so weit kommen, dass es sich seine Geschichte nehmen lässt.

Militärische Tradition schafft Gemeinsamkeit und Verhaltenssicherheit bei den Soldaten, ermöglicht ihnen Identifikation und Bezüge. Soldaten benötigen Grundwerte, Leitbilder und Erfahrungen der Vergangenheit, die ihnen in Gegenwart und Zukunft Orientierung geben können. Eine Armee, die ihr Traditionsbewusstsein lediglich aus ihrer eigenen, kurzen Geschichte schöpft, gründet nur auf schwachen Wurzeln und läuft Gefahr, mit der Zeit perspektiv- und orientierungslos zu werden und ihr Berufsethos zu verlieren. Die Vergangenheit bedingt ihre Existenz und kann daher auch in ihrer Traditionsbildung nicht ausgeklammert werden. Eine Tradition sui generis, die sich auf den bloßen Zeitraum der Existenz der Bundeswehr beschränkt, entfernt sich von Zeugnissen, Haltungen und Erfahrungen vergangener Generationen und muss auf Dauer negative Folgen für die Truppe haben.

Streitkräfte bedürfen der gewachsenen und verantwortungsvoll gepflegten Tradition. Selbstverständlich darf diese nicht mit Traditionalismus verwechselt werden, der im unkritischen Festhalten am Vergangenen zum Schaden der Gegenwart und Zukunft erstarrt. *J. Heitmann*

Ostpreußen hat Zukunft

Begegnung, Erinnerung und Zukunftswillen prägten das Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Neuss

Am vergangenen Sonnabend veranstaltete die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) anstelle der bisherigen zweitägigen Deutschlandtreffen, die alle drei Jahre stattfanden, erstmals ein Jahrestreffen der Ostpreußen in Neuss. Wenn auch in kleinerem Rahmen, erwartete die Besucher auch bei diesem Treffen ein reichhaltiges Programm, das auf großen Zuspruch stieß. Die Sorge, dass die rund 900 Personen Platz bietende Stadthalle nicht gefüllt werden könnte, war schnell vom Tisch. Zahlreiche Ostpreußen und Freunde Ostpreußens fanden den Weg nach Neuss, sodass die Veranstaltung bis auf den allerletzten Platz ausverkauft war.

Den Auftakt des Jahrestreffens bildete eine Kranzniederlegung am nur wenige Meter von der Stadthalle entfernten Gedenkstein „Vergesst den deutschen Osten nicht“. Stephan Grigat, Sprecher der LO, erinnerte an die Opfer von Flucht und Vertreibung und deren Vermächtnis für die nachfolgenden Generationen.



Kaum, dass die Stadthalle ihre Tore geöffnet hatte, herrschte überall ein emsiges Treiben. Für gute Stimmung sorgte das abwechslungsreiche musikalische Vorprogramm des Musikvereins Holzheim 1956 e.V.

Als das Glockengeläut des Königsberger Doms die Festveranstaltung eröffnete, wurde so manches Auge feucht. Auch der anschließende Einmarsch der Fahnenstaffel bewegte viele. Marschmusik, gespielt vom Musikverein Holzheim, verlieh ihm einen angemessenen musikalischen Rahmen.



Hießen die Ostpreußen in Neuss willkommen: Bürgermeister Reiner Breuer (li.) und Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Den Aufruf der einzelnen Fahnen der ostpreußischen Heimatkreise nahm der Heimatsänger Bernd Krutzinna, seinen ostpreußischen Landsleuten eher unter seinem Künstlernamen BernStein bekannt, vor: „Im Bewusstsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, die nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, bekennen sich die geflüchteten und vertriebenen Ostpreußen auf der Grundlage der Charta der deutschen Heimatvertriebenen zu ihrer Heimat Ostpreußen. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in Solidarität zu seinen Vertriebenen zu stehen. Wir rufen die ostpreußischen Heimatkreise.“ Nach dem Einmarsch der einzelnen Kreisfahnen folgte der Aufruf der „Fahne unserer Heimat Ostpreußen“: „Dir gilt unser Streben und Schaffen für ein freies und ungeteiltes Land in einem freien Europa.“



Riss die Besucher mit: Bernd Krutzinna alias BernStein

Das geistliche Wort sprach der ermländische Pfarrer Domherr André Schmeier, der seit 20 Jahren als Seelsorger für die Deutsche Volksgruppe in Ostpreußen tätig ist. Den Ostpreußen seit Jahren bekannt und mit der Thematik von Flucht und Vertreibung bestens vertraut, fand er sofort Zugang zu seinen Zuhörern. Schmeier erinnerte an das diesjährige Luther-Jubiläum und daran, dass der Glaube Ostpreußen geprägt habe und dass es dieser Glaube gewesen sei, der den Ostpreußen in Zeiten höchster Not Kraft und Zuversicht gegeben habe. Heute dagegen befinde sich der Glaube in einer tiefen Krise, stellte der katholische Geistliche besorgt fest. Kaum einer habe noch eine konkrete Vorstellung von Gott. Doch er machte seinen Zuhörern Mut, indem er ihnen die Hoffnungsperspektive aufzeigte, die im christlichen Glaubensbekenntnis liege.



Wiedersehen in Neuss: Mitglieder der Kreisgemeinschaft Goldap

Ein von großen Emotionen begleiteter Moment war die Totenehrung durch das LO-Vorstandsmitglied Wolfgang Thüne. Alle Anwesenden erhoben sich von ihren Plätzen, um sich „in Ehrfurcht zu verbeugen vor allen Toten aller Völker, aller Zeiten“. Insbesondere gedachten sie „in Würde der Toten unseres deutschen Volkes wie unserer Heimat, aller Toten, die in fast 800-jähriger Geschichte in ostpreußische Erde gebettet wurden, der Mütter und Väter, der Kinder, Jugendlichen und Greise, die im Kriege, auf der Flucht, bei der Vertreibung, bei der Verschleppung wie in den Arbeits- und Elends- und Gefangenenlagern“ ums Leben gekommen und ermordet worden seien. Mögen ihre Gräber auch eingeebnet und verwahrlost, aufgebrochen, ausgeraubt und geschändet worden sein, sie blieben uns nah, denn sie gehörten uns, wie wir ihnen gehörten, so Thüne weiter. In das Gedenken schloss er auch die gefallenen deutschen Soldaten sowie die Angehörigen der Kriegs- und der Handelsmarine ein, die im Kampf um Ostpreußen und bei der größten Rettungsaktion der Geschichte ihr Leben gegeben hätten. Thüne schloss die Totenehrung mit den Worten: „Tot ist nur, wer vergessen ist. Unsere Toten sind bei uns, in unseren Herzen – sie mahnen uns zu Gemeinsinn, Toleranz und Frieden.“

Sprach das geistliche Wort: Domherr André Schmeier

Der Bürgermeister von Neuss, Reiner Breuer (SPD), hieß die Ostpreußen in seiner Stadt herzlich willkommen – in heutiger Zeit eine nicht selbstverständliche Geste, wie die Ostpreußen bei früheren Treffen an anderen Orten erfahren mussten. Umso dankbarer hörten sie, wie das Stadtoberhaupt das Jahrestreffen als Ausdruck der Erinnerung an die verlorene Heimat würdigte. Flucht, Vertreibung und Versöhnung seien Teil der Biografie einzelner, aber auch ganzer Familiengeschichten. Die Ostpreußen trügen ihre Heimat im Herzen, und das sei gut so. Denn deshalb würden sie sich auch auf vielfältige Weise in Ostpreußen engagieren und einen wichtigen Beitrag zur Völkerverständigung leisten.

Einen eher ungewöhnlichen Aspekt stellte Hans-Jürgen Petrauschke (CDU) an den Anfang seines Grußwortes. Als Landrat des Rheinkreises-Neuss freute er sich über die große Bedeutung, welche die Kreise für die Ostpreußen hätten. Auch er würdigte die Integrationsleistung der deutschen Vertriebenen und deren enge Zusammenarbeit mit Institutionen und Personen in der Heimat. Die derzeitige Flüchtlingswelle zeige, welche Bedeutung Heimat habe. Petrauschke beendete sein Grußwort mit Zuversicht: „Nur, wer zur Zukunft positiv steht, kann sie positiv gestalten. Das Beste liegt noch vor uns.“

Von 7 bis 70: DJO Sing- und Spielschar Klingende Windrose

Die Vertriebenen sind an oberflächliche Phrasen und seit Jahren auch an Distanzierungsrituale seitens der Politik gewöhnt. Umso wohltuender war es für die in Neuss versammelten Ostpreußen, von Politikern der beiden großen Parteien Worte der Sympathie und der ehrlichen Anteilnahme an ihrem Schicksal zu hören.

Großen Applaus erntete Heinrich Hoch, der Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, zu Beginn seines Grußwortes, als er feststellte, er sei 16 Stunden nach Neuss gefahren, aber er wisse schon jetzt: „Es hat sich gelohnt.“ Hoch ließ keinen Zweifel daran, dass die Deutschen in Ostpreußen noch viele Aufgaben zu erfüllen hätten. Anschließend nannte er mehrere, zum Teil gemeinsam mit der LO durchgeführte, Veranstaltungen als Symbole für das friedliche Zusammenleben von Polen und Deutschen und Ausdruck der Bedeutung der deutschen Volksgruppe.



Hatte maßgeblichen Anteil am Erfolg des Treffens: Peter Pott, Vorsitzender der LO-Kreisgruppe Neuss Bilder: PAZ

In seiner Festansprache machte Stephan Grigat, Sprecher der LO, deutlich, dass die Landsmannschaft auch in Zukunft beharrlich, unvermindert und von politischem Gegenwind unbeeindruckt für Ostpreußen und die Rechte der Ostpreußen eintreten werde. Außerdem nahm er sich einige politische und gesellschaftliche Fehlentwicklungen vor. Der große Beifall ließ keinen Zweifel daran, dass er mit seinen Worten den Nerv seiner Zuhörer getroffen hatte (siehe Seite 13).

Eine besondere Ehrung vor großem Publikum wurde Jürgen Zauner, dem langjährigen Vorsitzenden und nunmehrigen Ehrenvorsitzenden des LO-Landesverbandes des Nordrhein-Westfalen, zuteil. In Würdigung „seiner außergewöhnlichen und langjährigen, mit einer großen öffentlichen Wirksamkeit für Ostpreußen verbundenen Leistungen“ verlieh die LO ihm ihr Goldenes Ehrenzeichen. Die Ehrung nahmen Grigat, der die Laudatio hielt, und Wilhelm Kreuer, Zauners Nachfolger als Landesvorsitzender, gemeinsam vor.

Der Nachmittag stand ganz im Zeichen des von Bernd Krutzinna moderierten Kulturprogramms. Den Anfang machte die Tanzgruppe Saga aus Bartenstein, die ostpreußische Volkstänze aufführte. Der aus dem Kreis Tilsit stammende Schauspieler Herbert Tennigkeit gab unter dem Motto „Woher kommen die Marjellchens“ Geschichten und Gedichte, Heiteres und Besinnliches aus Ostpreußen zum Besten. Zur Freude der Besucher bediente er sich dabei immer wieder auch des heimatlichen Idioms. Die DJO Sing- und Spielschar Klingende Windrose präsentierte ein breites Repertoire an Volkstänzen und Liedern „von Ostpreußen bis Nordrhein-Westfalen“.



Extra aus Bartenstein angereist: Tanzgruppe Saga

Zum Abschluss des Jahrestreffens unternahm BernStein gemeinsam mit den Besuchern eine musikalische „Reise nach Ostpreußen“. Mit seinem Computer warf er stimmungsvolle Bilder an die Großleinwand. Die Fotos und Lieder aus und über Ostpreußen trieben so manchem Besucher Tränen in die Augen. Das Live-Erlebnis überwältigte alle, vor allem dann, wenn sie mithilfe der auf die Leinwand projizierten Liedtexte mitsingen konnten.



Mit drei Monaten die jüngste Teilnehmerin: Charlotte

Das Jahrestreffen der Ostpreußen war sozusagen ein Versuch – einer, bei dem es nicht bleiben wird. Der Andrang im Foyer und volle Sitzreihen im Saal ließen es zu einem vollen Erfolg werden. *JH*

Michel ist wieder der Dumme

Deutschland nimmt mehr Asylsucher auf als über die EU-Außengrenzen einreisen

Seit Beginn des Jahres sind bisher mehr Asylsucher in Deutschland registriert worden als Immigranten insgesamt über die EU-Außengrenzen einreisten. Das heißt, Deutschland nimmt nicht nur alle neu in die EU eingereisten Personen auf, sondern auch noch viele schon lange in anderen sicheren EU-Ländern lebende Asylsucher.



Viele haben in Deutschland nichts zu suchen, weil sie aus sicheren Nachbarländern eingereist sind: Asylsucher in der Erstaufnahme

Foto: pa

Seit Jahren ist man daran gewöhnt, dass Deutschland mehr Zuwanderer aufnimmt als alle anderen EU-Länder zusammen. Dabei war man jedoch davon ausgegangen, dass nach den Dublin-Regeln, wonach das Asylverfahren im Land der Erstantragstellung durchgeführt werden muss, die in Deutschland registrierten Asylsucher direkt nach Deutschland gekommen sind. Jetzt belegen die neuesten Zahlen, dass dies rein statistisch gar nicht sein kann. Denn in Deutschland wurden seit Jahresbeginn mehr Asylsucher registriert als insgesamt Immigranten die EU-Außengrenzen überquert haben. Selbst wenn alle diese auf der Mittelmeerroute oder an der Balkan- und Osteuropa-Außengrenze der EU aufgegriffenen Asylsucher direkt nach Deutschland weitergereist wären, wären es weniger gewesen, als Deutschland tatsächlich aufgenommen hat. Denn noch immer kommen monatlich rund 15 000 neue Immigranten über die Grenzen nach Deutschland.

Rund 60 000 Asylsucher sind in diesem Jahr bis Ende April nach Deutschland eingereist. An den EU-Außengrenzen wurden laut Internationaler Organisation für Migration (IOM) nur rund 44 000 Flüchtlinge erfasst, davon allein 37 000 in Italien. Mindestens 16 000 Asylsucher in Deutschland kamen also nicht über die Außengrenzen der EU, sondern über eine der Innengrenzen. Das heißt, sie lebten schon eine Zeitlang in einem anderen EU-Land, bevor sie illegal nach Deutschland weiterwanderten.

Auch wenn die Italiener, anders als 2015 die Griechen, die Neuankömmlinge aus Asien und Afrika nicht mehr direkt nach Norden durchwinken, gehen Experten davon aus, dass das Gros der Asylsucher aus dem großen Flüchtlingswartesaal in Italien nach Deutschland weiterzieht. Auch über die Schweiz ist in letzter Zeit die Zahl der Asylantendurchreisen sehr stark gestiegen, da es dort überhaupt keine Personenkontrollen an den Grenzen gibt, obwohl die Schweiz nicht zur EU gehört.

Jetzt fordern Unions-Politiker, nicht nur die bestehenden Grenzkontrollen zwischen Bayern und Österreich, sondern auch die zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz zu verstärken. Auch eine Kontrolle der Brenner-Grenze zwischen Italien und Österreich darf kein Tabu mehr sein, auch wenn die EU nach den Schengen Vorgaben von ihren Mitgliedern fordert, bis Ende November alle Grenzkontrollen einzustellen. Die EU-Kommission hat Deutschland, Österreich und drei weiteren Ländern die systematischen Grenzkontrollen vor Kurzem zwar noch einmal zugestanden, sie gleichzeitig aber aufgefordert, die Kontrollen innerhalb des nächsten halben Jahres einzustellen.

Um zu vermeiden, dass die meisten Migranten, die es nach Europa geschafft haben, in die Bundesrepublik weiterreisen, war Anfang der 1990er-Jahre von den EU-Staaten in Dublin das Konzept der sicheren Drittstaaten beschlossen worden. Darin heißt es, dass Ausländern die Einreise zum Zwecke der Asylbeantragung zu verweigern ist, wenn sie aus einem sicheren Drittstaat einreisen. In einem solchen Falle ist die Zurückweisung an der Grenze nicht nur zulässig, sondern es gibt sogar die Verpflichtung dazu. Eigentlich wollte Deutschland nach den Dublin-Regeln im ersten Quartal dieses Jahres mehr als 15 000 Asylbewerber in andere Schengen-Staaten abschieben. Aber nicht einmal jeder Zehnte konnte zurückgeschickt werden, weil die anderen Schengen-Staaten meistens die Einreise verweigerten.

Die Asylzuwanderung nach Deutschland hängt derzeit maßgeblich davon ab, ob Italien die aus Libyen kommende Zuwanderung in den Griff bekommt. Doch die wird nach Auffassung der meisten Beobachter nicht abnehmen, solange die aus den Booten geretteten Afrikaner sowohl von staatlichen als auch privaten Rettungsschiffen nach Italien gebracht werden. Der als Alternative vom letzten EU Gipfel in Malta vorgeschlagene Aufbau geeigneter Zentren in Nordafrika, um viele gerettete Asylsucher dort zu versorgen, ist derzeit weder in Libyen noch bei der EU durchführbar. Deutschland wird also weiter nicht nur seine eigenen, sondern auch die Asylsucher anderer, sicherer Länder aufnehmen.

Bodo Bost

MELDUNGEN

Joachim Kaiser gestorben

München – Neben Hans Mayer, Marcel Reich-Ranicki und Walter Jens zählte Joachim Kaiser bis 1977 zu den Großkritikern der „Gruppe 47“ auf ihren jährlichen Literaturtagungen. Als Sohn eines Landarztes am 18. Dezember 1928 im masurischen Milken geboren, studierte er nach der Vertreibung aus Ostpreußen und dem Abitur in Hamburg Musikwissenschaft, Germanistik und Philosophie in Göttingen, Frankfurt/Main und Tübingen. Seine journalistische Laufbahn als Literatur- und Musikkritiker begann 1951, seit 1959 arbeitete er in der Kulturredaktion der „Süddeutschen Zeitung“. Kaiser, der von 1977 bis 1996 eine Professur für Musikgeschichte an der Hochschule für Musik und Darstellende Künste in Stuttgart innehatte, hat mehrere Bücher über Musikthemen geschrieben. *JBB*

Produktivität »eher gering«

Berlin – Laut „Nationalem Reformprogramm 2017“ der Bundesregierung ist die Zunahme der Arbeitsproduktivität mit weniger als einem Prozent angesichts der Digitalisierung der Wirtschaft „eher gering“. Weiter erinnert die Bundesregierung an die guten Wirtschaftsdaten des Jahres 2016 und verweist besonders auf den Überschuss im Staatshaushalt in Höhe von 0,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Zu dem von der EU-Kommission kritisierten Leistungsbilanzüberschuss heißt es, dieser sei zwar zu hoch, stelle aber kein übermäßiges Ungleichgewicht dar. Seine Höhe sei nicht durch wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen zu beeinflussen. Als Gründe für den hohen Leistungsbilanzüberschuss nennt die Regierung den günstigen Kurs des Euro und die niedrigen Ölpreise. Die Wachstumsdynamik müsse „als moderat“ eingestuft werden. *J.H.*

Teure Schulz-Versprechen

Das IW rechnet mit Kosten von bis zu 30 Milliarden Euro

Es läuft nicht wirklich gut für den SPD-Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten Martin Schulz. Die Umfragewerte gehen nach unten, und die Zweifel an der Umsetzbarkeit seiner Wahlversprechen wachsen.

Nach Einschätzung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) könnten sich die Kosten von Schulz’ Reformplänen auf bis zu 30 Milliarden Euro belaufen. Allein die Senkung der Stromsteuer, kostenlose Kindertagesstätten, die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung und höhere Infrastrukturausgaben könnten bis zu 16,6 Milliarden Euro kosten, errechneten die Forscher für das „Handelsblatt“.

Die Zahlen kamen just zu dem Zeitpunkt auf den Tisch, als Schulz seine Werbetour bei den Wirtschaftsverbänden begonnen hatte. Zu Beginn des Monats war der SPD-Spitzenkandidat zu Gast bei der Industrie- und Handelskammer in Berlin. Dort sah er sich harter Kritik für sein Vorhaben ausgesetzt, die Arbeitsmarktreformen der Regierung Gerhard Schröders rückgängig zu machen. Schulz hat in Berlin angekündigt, schrittweise noch weitere Vorhaben vorzulegen. So forderte er eine Investitionsoffensive für Deutschland und präsentierte sich als Verfechter einer aktiven Wirtschaftspolitik. Die genauen Pläne müssten aber noch im Parteivorstand der Sozialdemokraten abgestimmt werden. Nach einer Bericht der Tageszeitung „Die Welt“ geht einer der IW-Forscher, Jürgen Wasem von der Universität Duisburg-Essen, davon aus, dass die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung die Arbeitgeber jährlich mit rund sechs Milliarden Euro und die Rentenversicherungsträger mit rund 1,4 Milliarden Euro belasten würde. Die in Aussicht gestellten Steigerungen der Hartz-IV-Sätze sind da noch nicht eingerechnet und würden den Staat wohl noch weitaus stärker beanspruchen. Während die SPD davon ausgeht, dass man mit rund einer Milliarde Euro hinkäme, haben die Arbeitgeberverbände 17 Milliarden Euro errechnet.

> »Unser Programm wird die Menschen begeistern«

Nicht alle Vorschläge von Schulz lehnen die IW-Wissenschaftler rundweg ab. Die Forderung, die Elternbeiträge für Kitas zu streichen, sei sogar sinnvoll, sagen sie. Allerdings müsste bei allen Entlastungen auch die Frage beantwortet werden, wer die Mehrausgaben tragen soll. Auch daher ruderte Schulz mittlerweile zurück. „Unerfüllbare Sozialversprechen und unerfüllbare Steuersenkungsversprechen: Beides wird es mit mir nicht geben“, betonte er. Untere und mittlere Einkommensbezieher müssten zwar entlastet werden. Mit Blick auf die 15-Milliarden-Steuersenkungsforderungen der Union ergänzte Schulz aber: „Das heißt aber nicht, dass wir Steuergeschenke mit der Gießkanne verteilen sollten, von denen am Ende eh nur die profitieren, die am meisten haben.“

Die ersten Wahlresultate dieses Jahres lassen Zweifel an den Erfolgsaussichten dieser Strategie wachsen. Im Saarland und Schleswig-Holstein hatte die SPD eine Gerechtigkeitsdebatte angestoßen, nicht zuletzt um Wähler von der Linkspartei zurückzugewinnen. Die „Linke“ schnitt tatsächlich schwach ab – die SPD allerdings auch. „Unser Programm wird die Menschen begeistern“, glaubt Schulz dennoch, und es klingt bereits sehr nach einer Durchhalteparole. *Peter Entinger*

Über ein Euro teurer

Rundfunkgebührenerhöhung in »ungewohnter Größenordnung«

Die Kommission für den Finanzbedarf der öffentlich-rechtlichen Sender (KEF) rechnet mit einem Steigen der Rundfunkgebühren. Laut KEF-Chef Heinz Fischer-Heidlberger wird es wegen steigender Kosten in der nächsten Gebührenperiode möglicherweise eine Beitragserhöhung in einer „ungewohnten Größenordnung“ geben. Gegenüber dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) sagte Fischer-Heidlberger: „Zahlen kann man erst abgeben, wenn man weiß, was 2019/2020 auf dem Tisch liegt. Aber ich gehe davon aus, dass das auf jeden Fall über einem Euro Zusatzbeitrag liegen wird.“ Derzeit liegen die Rundfunkgebühren über die ARD, ZDF und Deutschlandradio finanziert werden, bei einem monatlichen Betrag von 17,50 Euro. Nichtsdestotrotz lobte Fischer-Heidlberger gegenüber dem MDR die angeblich vorhandenen Sparbemühungen der öffentlich-rechtlichen Sender: „Spardruck ist notwendig, um die Strukturen zu verändern und neue Aufgaben bewältigten zu können. Da sind die Anstalten gut unterwegs.“

Nicht nur wegen der Kosten zieht speziell der Ausbau der Onlineaktivitäten der Sender Kritik auf sich. Schon seit einigen Jahren streiten Verleger und die Öffentlich-Rechtlichen um das Onlineangebot der Sender. Zeitungsverlage werfen ARD-Anstalten vor, sie würden auf ihren Internetportalen „presseähnliche“ Texte ohne Bezug zu ihren Sendungen veröffentlichen. Aus Sicht der Verlage machen die gebührenfinanzierten Sender mit solchen Angeboten den privatwirtschaftlich agierenden Medienunternehmen Konkurrenz und verstoßen gegen den Rundfunkstaatsvertrag und die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs. Bereits im Jahr 2015 hatte der Bundesgerichtshof entschieden, dass es bei einem Onlineangebot darauf ankomme, ob „in der Gesamtheit seiner nichtsendungsbezogenen Beiträge“ der Text deutlich im Vordergrund stehe. Im vergangenen Jahr hatte das Oberlandesgericht Köln zudem über eine Klage von elf Verlagen verhandelt. Diese hatten im Fall der „Tagesschau“-App argumentiert, dass diese zu presseähnlich sei und ein deutlich geringeres Textangebot auf den Nachrichten-Seiten der ARD-Sender gefordert. Das Gericht gab den Verlagen weitgehend recht, allerdings ist das Urteil noch nicht rechtskräftig.

> Mit Zwangsbeiträgen wird Verlagen Konkurrenz gemacht

Im Zusammenhang mit den Finanzen der Sender hat vor Kurzem auch ein Bericht des Bayerischen Rundfunks (BR) für Aufsehen gesorgt. Laut dem Sender ist gegen einen ehemaligen Patentanwalt Strafanzeige wegen des Verdachts der schweren Untreue erstattet worden. Der beschuldigte Anwalt soll das Institut für Rundfunktechnik (IRT) seit Mitte der 1970er Jahren in patentrechtlichen Fragen beraten haben. Das IRT sitzt in München und wird unter anderem von ARD, ZDF und auch Deutschlandradio getragen. Als gemeinsame Forschungsstelle der öffentlich-rechtlichen Sender hatte das IRT einen wichtigen Anteil daran, technische Entwicklungen wie etwa den Videotext voranzubringen. Nachgegangen wird nun dem Verdacht, dass das Rundfunkinstitut bei der Verwertung von Patenten über Jahre hinweg um Lizenzerlöse geprellt wurde. Nach Angaben des BR könnte der Schaden „deutlich über 100 Millionen Euro“ liegen. *Norman Hanert*

Zeitzeugen



Akbarschon Dschalilow – Jung, unauffällig und mit russischer Staatsbürgerschaft ausgestattet: So sieht die neue Terroristen-Generation aus, wie der aus Kirgisien stammende U-Bahn-Attentäter Akbarschon Dschalilow. Mit seinen Eltern war er nach Russland gekommen um zu arbeiten. Weder Kollegen noch Bekannte schätzten ihn als gefährlich ein.

Doku Umarow – Als selbsternannter Emir des Kaukasus-Emirats zeichnet der ehemalige Brigadegeneral und Präsident der tschetschenischen Untergrundregierung für zahlreiche Anschläge mit Hunderten Getöteten verantwortlich. Ihm wird auch die Beteiligung an der Besetzung einer Schule im nordossetischen Beslan sowie am Terroranschlag auf den Flughafen Domodedowo in Moskau angelastet.



Ramsan Kadyrow – Von Putin als Nachfolger für seinen Vater vorgeschlagen, wurde Ramsan Kadyrow 2007 zum Präsidenten der Republik Tschetschenien gewählt. Er baute das vom Krieg zerstörte Land mit russischer Unterstützung wieder auf. Einerseits gilt Kadyrow, der einen wachsenden Personenkult pflegt, als eigensinnig und für Moskau schwer kontrollierbar, andererseits führen die Spuren von Morden an Kremlgegnern wie dem Oppositionspolitiker Boris Nemzow stets in seine Nähe.

Achmat Kadyrow – Als Sohn einer von Stalins Säuberungsaktionen betroffenen Familie wuchs der spätere erste und nicht unumstrittene Präsident Tschetscheniens in Kasachstan auf. Als Mufti von Tschetschenien hatte er 1994 zum Dschihad gegen Moskau aufgerufen, stellte sich aber mit Beginn des zweiten Tschetschenienkriegs auf die Seite Russlands.



Alexander Bastyrkin – Der Chef des Untersuchungsausschusses zu den verübten Terroranschlägen spricht von einem Unterstützernetzwerk der radikalen Moslems, das es darauf abgesehen habe, den russischen Staat zu schwächen. Zurzeit versuchen die Sicherheitsbehörden herauszufinden, wie der Attentäter Dschalilow mit dem IS Kontakt aufgenommen hat, um so Rück-schlüsse auf dessen Rekrutierungswege ziehen zu können.

Terroristen mit Diplom

In Russland wächst eine neue Generation von IS-Anhängern heran

In letzter Zeit fühlten sich die Russen in dem Glauben, der Staat habe alles im Griff, relativ sicher vor Terroranschlägen. Seit dem Attentat in der St. Petersburger U-Bahn Anfang April ist es damit vorbei.

Nutzten die Täter die wachsende Unzufriedenheit vor allem der russischen Jugend mit dem System Putin, um ihren Anschlag auf die St. Petersburger U-Bahnstation just in dem Moment zu verüben, als Präsident Wladimir Putin in seiner Heimatstadt weilte?

Diese und viele andere Fragen beschäftigen derzeit die russische Öffentlichkeit. Der Schock über den Anschlag mit 14 Toten und über 50 Verletzten in der „zweiten Hauptstadt“ Russlands saß tief. Das Misstrauen gegenüber Fremden wächst, zumal bekannt wurde, dass es neben diesem Attentat zu weiteren Explosionen am Stadtrand von St. Petersburg gekommen ist, die auf das Konto derselben Terroristen gehen. Vor dem Anschlag am 3. April wurden in St. Petersburg zudem mehrere Sprengsätze in anderen U-Bahnstationen entdeckt.

Die Toleranz gegenüber Muslimen sinkt in den ohnehin schon als fremdenfeindlich geltenden russischen Großstädten. Immer wieder kommt es vor, dass Muslime aus Bussen und U-Bahnen vertrieben werden.

Die Furcht der Bürger ist nicht unbegründet. In den vergangenen 20 Jahren kamen in Russland über 2700 Menschen durch Terroranschläge ums Leben. Die Sicherheitsbehörden arbeiten mit Hochdruck an einem verschärften Überwachungssystem – überwacht werden nicht nur Flughäfen und Bahnhöfe, sondern verstärkt auch Kernkraftwerke und andere strategisch wichtige Ziele.

Große Sorge gilt der Rekrutierung unter russischen Studenten

Obwohl laut russischen Behörden in den vergangenen Jahren bereits 800 Dschihadisten ausgeschaltet und Hunderte verhaftet wurden, gelingt es Terroristen immer wieder, Angst und Schrecken zu verbreiten. Das liege an der veränderten Taktik des IS, mutmaßen Sicherheitsexperten. Über mehrere Wochen und Monate verübten sie kombinierte harmlose Attacken, um die Polizeikräfte zu binden und so vom eigentlichen Anschlagsziel abzulenken. Die Terrorgruppen hätten den Auftrag, ausschließlich die zivile Bevölkerung zu attackieren.

Antiterrorspezialisten wie auch der Chefermittler Alexander Bastyrkin haben die als zu lasch empfundene Immigrationspolitik des Landes ins Gespräch gebracht. Der Attentäter Dschalilow war als Arbeitsmigrant nach St. Petersburg gekommen und erhielt schon nach wenigen Monaten die russische Staatsbürgerschaft. Kritiker halten die Immigrationspolitik für verantwortungslos. Sie diene lediglich den wirtschaftlichen Interessen einiger weniger, die den freien Zuzug von Arbeitern aus den armen islamischen Republiken Mittelasiens und die schnelle Vergabe der Staatsbürgerschaft begrüßten, dabei aber übersähen, dass dies in direktem Gegensatz zu den Interessen der nationalen Sicherheit stehe. Oft leben Arbeitsimmigranten in ärmlichen Verhältnissen und sind anfällig für radikales Gedankengut.

Großes Kopfzerbrechen bereitet den russischen Sicherheitskräften zudem die gute Vernetzung der Terroristen mit internationalen Strukturen. Sie verfügen über Geld und neueste Technologien, tauschen Erfahrungen aus und – weitaus schlimmer – sie rekrutieren junge IT-Experten, die ihnen bei der Logistik von Anschlägen hilfreiche Dienste leisten. Russische Universitäten, besonders solche mit einer Fakultät für Arabistik, fürchten, dass der IS Studenten, vor allem Linguisten, IT-Spezialisten, Psychologen und Ärzte, anwirbt. 120 bekannt gewordene Rekrutierungsversuche des IS soll es an russischen Unis schon gegeben haben. Die Anwerber lockten Studenten, die in der derzeitigen Wirtschaftslage kaum Perspektiven sehen, mit lukrativen Stellen und guter Bezahlung.

Ein weiteres Problem für die Sicherheitsbehörden ist die Überwachung des Internets. IS-Unterstützer nutzen Kurznachrichtendienste und soziale Netzwerke und finden Wege, Sperren zu umgehen. Immer schneller reagieren sie auf Sicherheitsvorkehrungen der Polizeibehörden.

Manuela Rosenthal-Kappi

Al-Nusra- und IS-Netze in Zentralasien

Zu Beginn der 1990er Jahre verließen Tausende Nordkaukasier ihre Heimat, um in muslimischen Ländern wie Ägypten, Jemen, Algerien, Kuwait oder Saudi-Arabien den Islam zu studieren, denn zu Hause gab es zu dieser Zeit kein ausgebildetes Personal. Im Kaukasus war bis dahin der Sufismus, eine auf die Mystik des Transzendenten ausgerichtete Strömung im Islam, verwurzelt. Als die Jungakademiker in ihre Heimat zurückkehrten, waren sie zum Wahhabismus konvertiert, einer ultraorthodoxen Variante der muslimischen Religion. Radikale Moslems erklärten der russischen Herrschaft den Krieg. Während des zweiten Tschetschenienkriegs spaltete sich der Widerstand in einen weltlich-gemäßigten Flügel unter der Führung von Achmat Kadyrow, der sich mit dem Kreml einigte, und einen radikalislamischen, der im Untergrund von der separatistischen Republik Itschkerien aus agierte. Deren inzwischen verstorbener Führer Doku Umarow rief 2007 das Kaukasus-Emirat

Emirat-Anhänger auch in Deutschland

aus, eine der gefährlichsten Terrororganisationen Russlands. Das Emirat verübte Hunderte von Anschlägen und etablierte sich innerhalb des weltweiten Dschiadismus. Dabei ist die Organisation nicht nur in Russland aktiv, sondern verfügt auch über Hintermänner in Europa. Laut BND wurden 2013 in Deutschland 200 Anhänger des Emirats vermutet. Dort beschäftigen sich die Dschihadisten in erster Linie mit der Rekrutierung neuer Mitglieder und der Beschaffung von Finanzmitteln.

Eine große Gefahr geht von einer wachsenden Zahl von Kämpfern aus Kirgisien, Tschetschenien, Dagestan und anderen Kaukasusrepubliken aus, die in Syrien den aktiven Kampf proben, um später den Dschihad in ihre Heimatländer zu bringen. Im Kaukasus, aber auch in der südlichen Wolgaregion, hat sich bereits ein Netz gebildet, das direkt oder indirekt mit der Al-Nusra-Front, dem IS und anderen islamisch-terroristischen Organisationen in Verbindung steht. *MRK*







Die Angst fährt mit: St. Petersburger U-Bahn-Passagiere in der Station „Technologisches Institut“ nach dem Anschlag Bild: pa

Wurzeln in der Geschichte

Perestrojka legte den Grundstein für Renaissance des Islam

Die Ursachen für die Radikalisierung des Islam in Russland reichen lange in die Geschichte zurück. Wurde zur Zeit der Sowjetunion jede Religionsausübung unterdrückt, legte gerade die Liberalisierung durch die Perestrojka den Grundstein für die Ausbreitung des Islam. Im gesamten Nordkaukasus erlebte die muslimische Religion seit dem Wegfall der Repression eine Renaissance. Bald schon forderten religiöse Organisationen dort politisches Mitspracherecht. Parteien wie die i der „Islamischen Wiedergeburt“ mit Zentrum in Dagestan und viele andere entstanden. Es soll sogar eine Filiale der Muslim-Bruderschaft in Tschetschenien existiert haben. 1989 wurde in Grosny die Forderung laut, der Koran müsse die Konstitution der postsowjetischen Gesellschaft sein.

Zwischen 1989 und 1991 entstanden zwei islamische Universitäten und 211 Moscheen in Tschetschenien. Während die Regierung Putin mit zwei Kriegen versuchte, die Abspaltungsabsichten zu unterdrücken, begann ein Exodus der russischen Bevölkerung aus Tschetschenien. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung Tschetscheniens lag 1991 bei 25,81 Prozent, 2010 waren es nur noch 1,9 Prozent.

Kaukasus-Emirat und IS arbeiten eng zusammen

Die heiße Phase der Radikalisierung begann mit der Ausrufung des Kaukasus-Emirats. Muslime, die von der theologischen Ausrichtung des Emirats abwichen, wurden mit dem Tod bestraft. Präsident Achmat Kadyrow wurde bei einem Anschlag getötet, nachdem er die Seiten gewechselt hatte. Sein Sohn Ramsan, der mit der russischen Führung paktiert, ist bemüht, eine eigene islamische Ideologie zu entwickeln. Dies soll verhindern, dass sich fromme Muslime dem Emirat anschließen. Seine Treue honoriert Moskau seit Jahren mit großzügigen Summen in Milliardenhöhe. Durch diese Mittel konnte Kadyrow die soziale und wirtschaftliche Lage im Lande erheblich verbessern.

2014 verkündete der IS-Kalif Al-Bagdadi die Fusion des Kaukasus-Emirats und des Islamischen Staats. Das ist ein Schritt, die Organisationen des globalen Dschihadismus zu vernetzen. Durch diese Einbindung in den IS hat das Emirat zusätzlich an Gefährlichkeit gewonnen. *MRK*

Preußische Allgemeine Zeitung

Wochenzeitung für Deutschland
Das Ostpreussenblatt

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Energiewende durch die Hintertür

EU sagt der Braunkohle den Kampf an – Berliner Senat will den Ausstieg bis Ende des Jahres



Dreckschleudern, gegen die die Windkraft aber nicht ankommt: Anders als manche Landespolitiker will die EU-Administration Braunkohlekraftwerke wie das hier von Jänschwalde abschalten lassen, damit die Erneuerbaren Energieträger gefördert werden

Bild: ddp

Die Landesregierungen in Potsdam und Dresden wollten der Braunkohlewirtschaft in der Lausitz eigentlich noch eine längere Perspektive geben. Eine neue EU-Regelung macht nun allerdings einen vorzeitigen Ausstieg immer wahrscheinlicher.

Bereits am 9. Mai hat der Berliner Senat den Entwurf für eine Novelle des Berliner Energiewendegesetzes beschlossen. Nach dem Willen der rot-rot-grünen Koalition soll in der deutschen Hauptstadt bereits bis Ende dieses Jahres der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung erfolgen. Bis 2030 will der Senat zudem auch auf Steinkohle als Energieträger verzichten. Bislang nutzen sechs Berliner Kraftwerke Kohle zur Erzeugung von Strom oder zur Fernwärmeversorgung.

Eine andere Entwicklung könnte für die Braunkohletagebaue in der Lausitz noch stärkere Folgen haben. Ende April hat die EU gegen die Stimmen Deutschlands, Polens und Tschechiens eine Verschärfung der Emissionswerte von Kraftwerken auf den Weg gebracht. Bis 2021 müssen die EU-Mitgliedsstaaten nun die strengeren Grenzwerte für Stickoxide, Schwefeldioxid, Feinstaub und Quecksilber in nationales Recht umsetzen. Das Bundesumweltministerium begrüßte zwar den Großteil des Beschlusses, auf Ablehnung stößt allerdings die neue Obergrenze von 175 Gramm Stickoxid pro Kubikmeter für Braunkohlekraftwerke, die als „nicht sachgerecht“ bezeichnet wird.

Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) kritisiert die Verschärfung der Grenzwerte im Ton deutlich schärfer. Der Bundesregierung warf Tillich fehlendes Engagement zur Verhinderung der Neuregelung vor und warnte vor einem Braunkohleausstieg durch die Hintertür. Gegenüber dem Sender MDR sagte Tillich, dass Sachsen gegenüber der Bundesregierung deutlich gemacht habe, „dass nicht nur die Braunkohleförderländer, sondern auch die deutsche Industrie diese Werte beim Stand der Technik weltweit durch keines der Kohlekraftwerke einhalten kann und dies eine Belastung der Kohleverstromung bedeuten würde“.

> Zehntausende Arbeitsplätze hängen von Braunkohle ab

Aus Sicht des sächsischen Ministerpräsidenten könnten die Betreiber der Kohlekraftwerke in der Lausitz nun zu einer Stilllegung bis 2030 gezwungen sein. Der genannte Zeitrahmen hat einen ganz konkreten Hintergrund. Zum einen kommen auf die Kraftwerksbetreiber beträchtliche Kosten zu, wenn sie ältere Anlagen mit Katalysatoren nachrüsten müssen. Eine Sonderregelung sieht wiederum vor, dass Kraftwerke als Ausnahme behandelt werden, wenn sie bis zum Jahr 2030 stillgelegt werden. Beide Faktoren könnten den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung tatsächlich beschleunigen.

Die Verschärfung der Grenzwerte droht allerdings nicht nur für die Tagebaue im Nordosten Sachsens Folgen zu haben. Laut einer Untersuchung des Institute for Energy Economics and Financial Analysis werden die verschärften EU-Grenzwerte dazu führen, dass das bereits 1981 in Betrieb genommenen brandenburgische Kohlekraftwerk Jänschwalde nach 2021 wahrscheinlich keine wirtschaftliche Zukunft mehr hat.

Der Betreiber des Kraftwerks, die Lausitz Energie Bergbau AG (LEAG), hatte erst im März ein neues Revierkonzept vorgelegt, das ohnehin bereits von deutlicher Skepsis geprägt war. Im Papier enthalten war ein Verzicht auf eine Erweiterung des Tagebaus Jänschwalde und auch die Erklärung, vorerst keine neuen Tagebaue erschließen zu wollen. Erst in zirka drei Jahren will die LEAG über ein weiteres Vorgehen entscheiden, wenn mehr Klarheit über die weiteren Rahmenbedingungen herrscht. Mit dieser Entwicklung ist fraglich, ob die Braunkohleverstromung in der Lausitz als „Brückentechnologie“ tatsächlich noch eine jahrzehntelange Perspektive hat.

Dessen ungeachtet hat Brandenburgs Landesregierung vor Kurzem ein politisches Signal gesetzt. Wirtschaftsminister Albrecht Gerber (SPD) erklärte am 10. Mai, die Landesregierung wolle an der Braunkohle festhalten. Gerber kündigte zudem an, noch bis zum Herbst eine Energiestrategie bis zum Jahr 2030 vorzulegen, in der die Braunkohle eine zentrale Rolle spielen soll.

Tatsächlich hätte ein baldiges Aus für die Kohleverstromung weitreichende Folgen: Mehrere Zehntausend Arbeitsplätze und Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung hängen in Brandenburg und Sachsen direkt und indirekt von der Braunkohle ab. Trotz des Ausbaus der Erneuerbaren Energien wird zudem auch immer noch gut ein Viertel des Stroms in Deutschland über den Energieträger Braunkohle erzeugt. Damit nicht genug. Deutschlands Kohlekraftwerke leisten mit ihrer Grundlastfähigkeit bislang einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Im Gegensatz zu den Windenergie- und Photovoltaikanlagen liefern sie nämlich mit konstanter Zuverlässigkeit Strom und sorgen für eine Frequenzstabilität im Stromnetz.

Der Bundesverband Braunkohle hat zudem auf Prognosen hingewiesen, wonach in den nächsten drei Jahrzehnten noch einmal mit einem deutlichen Anstieg der Stromnachfrage zu rechnen sein soll. *Norman Hanert*

Berlin braucht die Bauakademie

Von Vera Lengsfeld

Seit das heiß umkämpfte Schloss in der Mitte Berlins wieder Gestalt annimmt, können sich immer weniger Menschen vorstellen, warum es einen so langen Kampf um den Wiederaufbau gegeben hat. Das ehemalige Loch im Zentrum der Stadt ist wieder gefüllt, das Alte Museum und der Dom stehen nicht mehr allein auf weiter Flur. Die Schlossbrücke leitet mit ihren Originalfiguren geschmückt zur Berliner Prachtstraße Unter den Linden über. Rund um das Prinzenpalais sind Brunnen und Skulpturen zurückgekehrt, die einen Eindruck vom ehemaligen Glanz der Metropole vermitteln.

Leider haben die Berliner Politiker immer noch nicht begriffen, welchen Wert eine historische Rekonstruktion besitzt. Also werden dem Wiederaufbau der Schinkelschen Bauakademie, die das Ensemble komplettieren würde, jede Menge Steine in den Weg gelegt.

Als Berlin zur Hauptstadt Preußens ausgebaut wurde, brauchte es eine Hochschule zur Ausbildung von Baumeistern und Fachleuten für die Fragen von Aufbau und Organisation der modernen Bauverwaltung. Die Akademie wurde am 18. März 1799 von König Friedrich Wilhelm III. gegründet. Das Akademiegebäude wurde auf dem Alten Packhof zwischen Kupfergraben und Friedrichswerderscher Kirche nach einem Entwurf von Karl-Friedrich Schinkel zwischen 1832 und1836 errichtet. Seine Konstruktionsweise sowie die Fassaden- und Innengestaltung galten weltweit als revolutionär und wegweisend für modernes Bauen.

Im Zweiten Weltkrieg wurde die Akademie von Bomben getroffen und brannte aus. Wie das Schloss war das Gebäude aber zum Teil noch benutzbar. Im Kellerrestaurant trafen sich Bertold Brecht, Erwin Piscator und andere, um ein Schreiben, das gegen die Schlosssprengung protestierte, aufzusetzen. Bald darauf ging es der Bauakademie an den Kragen, obwohl ihre Rekonstruktion schon begonnen hatte. Sie wurde 1962 für das zu bauende Außenministerium abgerissen.

Nach der Vereinigung verschwand wiederum das Außenministerium, und der Schinkelplatz wurde zum Teil rekonstruiert. Um der Forderung nach Wiederherstellung der Bauakademie Nachdruck zu verleihen, hat ein Förderverein 2004 die einstige Fassade als Riesenposter auf Gerüstplanen gedruckt und eine Gebäudeecke sowie einen Saal für Ausstellungen aus Ziegeln errichtet. Das überzeugte den Bundestag, der für den baldigen Wiederaufbau des Akademiegebäudes 2016 die Mittelfreigabe beschloss.

Es könnte losgehen, wenn die Berliner Politik nicht wieder eine unnötige Diskussion losgetreten hätte, wie viel Schinkel der Wiederaufbau enthalten darf. Ein Bürgerforum hat ein eindeutiges Votum für so viel Schinkel wie möglich gefällt. Damit die Politik diesen Auftrag durchsetzt, ist noch viel Bürgerdruck vonnöten.

MELDUNGEN

Serbien ehrt deutsche Opfer

Backi Jarak – Serbiens designierter Staatspräsident Aleksandar Vucic hat in der Provinz Woiwodina ein Denkmal für die am Ende des Zweiten Weltkrieges sowie in den ersten Nachkriegsjahren von Jugoslawiens Kommunisten gefolterten, vertriebenen und getöteten Deutschen eingeweiht. In seiner Rede stellte Vucic die Errichtung des Denkmals als Beleg für einen veränderten Umgang der Serben mit ihrer Vergangenheit dar. Um das Kriegsende waren in der Woiwodina mehr als 50000 Donauschwaben gewaltsam ums Leben gekommen, fast 12000 wurden in die Sowjetunion verschleppt. Die Überlebenden wurden in Lagern interniert, wo es zu einem forcierten Massensterben kam. *J.H.*

Annäherung Tokio – Moskau

Tokio/Moskau – Auch 72 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges schwelen noch immer Territorialstreitigkeiten zwischen Japan und Russland. Doch nach dem Besuch des japanischen Premiers Shinzo Abe in Moskau gibt es erstmals gewisse Erleichterungen. Einstige japanische Bewohner der Kurilen-Inseln, die seit Kriegsende unter sowjetischer beziehungsweise russischer Herrschaft stehen, dürfen jetzt die Gräber ihrer Ahnen besuchen, was für deren Mentalität von großer Bedeutung ist. Demnächst wird eine Gruppe von japanischen Beamten und Wirtschaftsführern die Inseln besuchen, um dort Gemeinschaftsprojekte zu prüfen. Russlands Präsident Wladimir Putin scheint starkes Interesse an der Entwicklung der dortigen Infrastruktur sowie der Landwirtschaft zu haben. Abe wiederum hofft, durch seine Politik Verständnis und Vertrauen bei Putin zu wecken und auf diesem Wege dessen – wenigstens teilweises – Nachgeben in der Kurilen-Frage zu erreichen. *F.W.S.*

Nach dem Hexagon nun der Stiefel

In Frankreich hat das Establishment den FN abwehren können, doch spätestens 2018 wird in Italien gewählt

Wann wählen eigentlich die Italiener, fragte am vergangenen Sonntag ein französischer TV-Moderator? Nach dem Wahlsieg Emmanuel Macrons atmeten die EU-Befürworter hörbar durch, doch spätestens im kommenden Jahr könnte jenseits der Alpen ein politisches Erdbeben stattfinden.

Um Matteo Renzi ist es still geworden. Das einstige Wunderkind der europäischen Sozialdemokratie hat sich verzockt. Als Ministerpräsident knüpfte der Italiener sein politisches Schicksal an den Ausgang einer Verfassungsreform, die das komplizierte Wahlrecht vereinfachen sollte. Der Schuss ging kräftig nach hinten los. Seitdem befindet sich Renzi in einer Art politischem Wachkoma. Er hat angekündigt, an der Spitze der Sozialdemokraten in den kommenden Wahlkampf zu ziehen, doch sein Parteifreund und Nachfolger Paolo Gentiloni hat es sich an der Spitze der italienischen Regierung gemütlich gemacht. Er regiert gemeinsam mit Abtrünnigen von Silvio Berlusconis Forza Italia, und die Verfassung schreibt nach einem Regierungswechsel nicht zwingend Neuwahlen vor. Ende des Jahres, vielleicht auch erst im Frühjahr kommenden Jahres soll gewählt werden.

Noch immer hoffen die etablierten EU-Anhänger, dass sich die Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) des Komikers Beppe Grillo zerlegen wird. In allen Meinungsumfragen liegt die bunte Protestbewegung derzeit mit 30 Prozent an der Spitze. Die von Renzi geführten Sozialdemokraten kommen auf etwa 25 Prozent. Weitere große etablierte Parteien gibt es in Italien nicht mehr. „Es ist nicht wahr, dass die Fünf Sterne Italien aus dem Euro holen wollen“, sagt der designierte Spitzenkandidat der Bewegung, Luigi Di Maio. „Wir wollen, dass die Italiener darüber entscheiden.“ In einem Referendum sollen seine Landsleute darüber abstimmen, ob sie den Euro behalten oder lieber zur Lira zurückkehren wollen.

Mehr Italiener sind für eine solche Abstimmung als für die Gemeinschaftswährung. Gerade der arme Süden ächzt unter Sparzwängen, die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch, die Wirtschaft lahmt. Die Finanzbranche richtet ihre Blicke daher recht sorgenvoll nach Italien. Commerzbank-Chef Jörg Krämer warnte nach Macrons Sieg vor übertriebenen Hoffnungen. Zwar sei eine existenzgefährdende Krise für die Währungsunion abgewendet. Aber in Italien stünden Parlamentswahlen an und das Lager der Links- und Rechtspopulisten sei dort ähnlich stark wie in Frankreich. „Der Euroraum kommt nicht zur Ruhe, die EZB dürfte nicht bereits in diesem oder im nächsten Jahr ihre Leitzinsen erhöhen“, sagte der Spitzenbanker.

> Den EU- und Euro-Anhängern droht nach der Wahl eine »populistische« Koalition aus der Fünf-Sterne-Bewegung und der Lega Nord

Politikbeobachter halten es nicht mehr für ausgeschlossen, dass nach den Wahlen Beppe Grillo und seine „linkspopulistische“ Fünf-Sterne-Bewegung gemeinsam mit der „rechtspopulistischen“ Lega Nord eine Koalition bilden. Einst als separatistische Kraft unter Umberto Bossi gestartet, hat sich die Lega mittlerweile zu einer klassischen Rechtspartei entwickelt. In Umfragen erzielt sie zwischen zwölf und 15 Prozent und hat mittlerweile nicht mehr nur im reichen Norden ihre Anhänger. Parteichef Matteo Salvini nannte den Euro „eines der größten wirtschaftlichen und sozialen Verbrechen, das je gegen die Menschheit begangen wurde“.

Grillos Vorhaben, die Bevölkerung über den Verbleib in der Währungsunion abstimmen zu lassen, unterstützt er. Selbst die Mitte-Rechts-Partei Forza Italia des ehemaligen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi, die immer noch für ein zweistelliges Ergebnis gut ist, strebt zwar keinen Euro-Austritt an, bringt aber neuerdings immer mal wieder ein Ausscheiden Deutschlands oder die Einführung der Lira als Parallelwährung ins Spiel. Für Grillo bedeutet Macrons Erfolg lediglich eine Verlängerung der Existenz des Euro, dieser „unmöglichen Währung“, wie er in seinem Blog schreibt. „Europa wird eine weitere Regierung haben, die von den Banken hervorgebracht wurde.“ Seine Bewegung sei, so meint er, das letzte Bollwerk gegen „Gauner, Schieber und Verbrecher“.

Neben der Euro-Krise belastet Italien die bei Weitem nicht ausgestandene Asylkrise. Angesichts der steigenden Zahl in Italien ankommender Asylsucher rechnet Rom dieses Jahr mit einem neuen Rekordhoch an Immigrantenankünften. Bis Ende 2017 werden insgesamt 200000 Asylsucher erwartet, wie aus Prognosen des italienischen Innenministeriums hervorgeht. Das Innenministerium sprach von „besorgniserregenden Zahlen“ und erklärte, man stehe „unmittelbar vor einem Kollaps“. Gemäß der Dublin-III-Verordnung ist Italien verpflichtet, alle Asylsucher, die über den See-Weg einreisen, unterzubringen und ein reguläres Asylverfahren durchzuführen. „Diese Verträge sind der letzte Dreck und wir werden sie zerreißen“, erklärte Grillo gewohnt lautstark dazu.

Wie die *PAZ* bereits in der Nummer 18 vom 5. Mai berichtete, stellte der sizilianische Staatsanwalt Carmelo Zuccaro fest, dass manche der privaten Seenotretter mit den Schleppern gemeinsame Sache machen und von den kriminellen Banden statt über Spenden finanziert werden. Ziel könne sein, durch die Asylsucherwelle „die Wirtschaft in Italien zu destabilisieren, um Vorteile daraus zu ziehen“, mutmaßt der Chefankläger der Staatsanwaltschaft Catania, die in der Sache ermittelt. Diese Aussage hat für Tumulte gesorgt. „Schuld ist diese Frau“, sagt Beppe. Und er meint Bundeskanzlerin Angela Merkel. *Peter Entinger*



Der prognostizierte Sieger der nächsten Parlamentswahl: Beppe Grillo und sein M5S Bild: mauritius

Saudischer Glaubensexport

Das Wahhabitenreich spendiert Bangladesch 560 neue Moscheen

Die Regierung von Bangladesch will mit Geldern aus Saudi-Arabien 560 neue Moscheen bauen und damit für fast jede Stadt des Landes eine. Offiziell heißt es, dass der Bau der Moscheen über eine Milliarde US-Dollar kosten wird.

Die religiösen Minderheiten, vor allem die Hindus und Christen, fürchten nun, dass damit neuer Nährboden für den radikalen Islam entstehen könnte, weil es Moscheen aus Saudi-Arabien nicht umsonst gibt. „Wir haben noch nie erlebt, dass Saudi-Arabien einfach so Gelder hergibt“, sagte Bischof Garvaz Rozario von Rajshahi, der Beauftragte für Frieden und Menschenrechte der Nachrichtenagentur Ucanews. Auch im Fall der neuen Moscheen sei davon auszugehen, dass die Saudis ihre radikale Version des Islam verbreiten wollten.

Die bangladesische Premierministerin Scheich Hasina Wajed hatte vergangenes Jahr bei einem Besuch in Saudi-Arabien um das Geld gebeten. Nun gab die Regierung grünes Licht für den Plan. 2019 finden im Land Wahlen statt. Analysten vermuten, dass die regierende Awami-Liga mit ihrem Moschee-Plan um die Stimmen radikaler Muslime wirbt.

Mit fast 170 Millionen Einwohnern gehört Bangladesch zu den bevölkerungsreichsten und ärmsten mehrheitlich muslimischen Ländern der Erde. 90 Prozent der Bevölkerung sind Muslime, sieben Prozent Hindus und etwa 0,3 Prozent Christen. Die Volksrepublik Bangladesch ist laut ihrer seit 1972 gültigen Verfassung ein säkularer Staat. Dennoch ist seit 1988 der Islam Staatsreligion. Der radikale Islam ist auch hier auf dem Vormarsch, obwohl Demokratie, Säkularismus und Sozialismus die in der Verfassung fest verankerten Staatsziele sind.

> Riad hofft, mit dem angeblich über eine Milliarde US-Dollar teuren Bauprogramm die Fanatiker zufriedenzustellen

Islamistische Terroristen haben in den letzten drei Jahren in Bangladesch mehr als 50 Menschen grausam ermordet. Opfer waren Nicht-Muslime, Kritiker des Islams, Blogger und Homosexuelle. Den Höhepunkt erreichte die Mordwelle im Ramadan 2016, als hintereinander ein Christ, ein 60-jähriger Hindu-Geistlicher und ein hinduistischer Universitätsdozent für Mathematik in Dhaka mit Macheten angegriffen und verstümmelt wurden. Zu Beginn des Ramadan war bereits die Frau eines hochrangigen Polizeioffiziers vor den Augen ihres fünfjährigen Jungen erschossen und zerhackt worden. Zum Ende des Ramadan kam es in dem Restaurant Holey Artisan Bakery im Diplomatenviertel der Hauptstadt Dhaka zum schlimmsten Terrorakt in der Geschichte Bangladeschs mit Dutzenden Toten, darunter sechs Angreifern. Zu den Machete-Morden haben sich sowohl der Islamische Staat (IS) als auch der örtliche Zweig von al-Kaida bekannt. Die Täter kamen zur Überraschung vieler Einheimischer aus den besseren Gesellschaftskreisen.

Ob der Islamismus im zweitgrößten islamischen Land der Erde mit dem jetzt beschlossenen Moscheebauprogramm eingedämmt werden kann, ist fraglich. Anders als in Pakistan oder Afghanistan haben die islamischen Terroristen im dichtbesiedelten Bangladesch zumindest noch kein Territorium erobert, auf das sie sich zurückziehen könnten. Sonst hätten die Opferzahlen des Islam in Bangladesch wohl eine ähnliche Dimension wie in Pakistan oder Afghanistan. *Bodo Bost*

Verdacht erhärtet

US-Stellen steckten hinter den jüngsten Misserfolgen Pjöngjangs

Hatte die *PAZ* in ihrer Nummer 17 vom 28. April schon recht offen den Verdacht geäußert, der missglückte nordkoreanische Raketenstart am 105. Geburtstag Kim Il-sungs, dem 15. April, beruhe auf einer Sabotage-Aktion seitens der CIA, so sollte dies inzwischen als Tatsache bewertet werden. Ebenfalls ist Pjöngjangs erfolgloser Test einer ballistischen Rakete vom vorletzten Sonnabend auf einen Schlag der US-Sicherheitsstellen zurückzuführen. Zweifler mögen sich an das entsprechende und schon von US-Präsident Barack Obama in Auftrag gegebene Programm erinnern. Dass die US-amerikanische Spionage zu solchen Aktionen technisch fähig ist, bewies vor etlichen Jahren ihr sehr erfolgreicher Schlag gegen das iranische Atomprogramm.

Man sollte deshalb keineswegs überrascht sein, wenn in der Demokratischen Volksrepublik Korea in der nächsten Zukunft atomare Tests nicht den erwünschten Erfolg bringen werden. Dieses „Spiel“, wie es die Fachwelt formuliert, wird indes nicht jahrelang andauern können. Die einzige Macht, die der nordkoreanische Diktator Kim Jong-un besitzt, basiert auf seiner atomaren Aufrüstung. Zwangsläufig wird er daher sämtliche Kräfte konzentrieren, um jene Sabotage-Aktionen der CIA und NSA zu durchkreuzen. Ständige Misserfolge würden nicht nur innen-, sondern gerade auch außenpolitisch nicht ohne Echo bleiben, jedenfalls seine Position ziemlich erschüttern.

Ohnehin hat er seit einiger Zeit seine Angriffs- und Abwehrwaffen für den Cyberkrieg massiv aufgebaut, und man sollte diese nicht unterschätzen. Andererseits dürften die US-Amerikaner und die Südkoreaner heutzutage einen überaus guten Überblick über und Einblick in das Reich Kim Jong-uns haben. Die Zeit von Verhandlungen mit Pjöngjang ist inzwischen durch dessen direkte Kriegserklärung an die USA beendet. Vonseiten Washingtons könnte höchstens über den Abbau der Atomaufrüstung Nordkoreas gesprochen werden.

> Wie jener vom 15. April, war auch der nordkoreanische Raketenversuch vom vorletzten Sonnabend gescheitert

Peking hat während der letzten Wochen begonnen, ernsthafteren Druck auf Pjöngjang auszuüben. Von entscheidender Bedeutung ist, ob es seine Öllieferungen nach dort einstellen wird. Nordkorea hat Verbindung zu Russland aufgenommen. Beide macht ein kurzes Stück gemeinsame Grenze zu Nachbarn. Obwohl der Kreml seinen Einfluss auf das Gelbe Meer und möglichst auch auf das Ostchinesische Meer verstärken möchte, dürfte er dennoch absagen, denn er will ebenfalls kein atomar aufgerüstetes Nordkorea. Welche Auswirkungen das alles auf dessen Führungsspitze haben wird, muss die nächste Zukunft erweisen.

Durch den Einsatz modernster technischer Mittel ist die nordkoreanische Bevölkerung heute in der Lage, auch südkoreanisches Fernsehen zu empfangen. Trotz aller Gegenmittel Pjöngjangs scheint sie über das Leben im Südteil der Halbinsel und der westlichen Welt relativ gut informiert zu sein. Auf längere Sicht erachten höhere Stellen im CIA Unruhen und Aufstände in Nordkorea als möglich, gegenwärtig gibt es dafür jedoch keine Anzeichen. *Friedrich-Wilhelm Schlomann*

Sargnagel für Deutschlands Autobauer

Förderung der Elektromobilität gefährdet Hunderttausende Arbeitsplätze bei Herstellern und Zulieferern

Der Druck auf die Hersteller von Dieselfahrzeugen wächst, gleichzeitig gibt die Politik immer mehr Anreize zum Umstieg auf Elektoautos. Für den Industriestandort Deutschland birgt diese Doppelstrategie allerdings ein hohes Risiko.



Birgt Risiken für den Industriestandort Deutschland: Massenproduktion von Elektroautos Bild: pa

Schon seit Monaten werden immer wieder Forderungen nach einem Fahrverbot für Dieselfahrzeuge in Innenstädten laut. Stuttgart will ab kommendem Jahr an Tagen mit hoher Abgas-Belastung nur noch Dieselfahrzeuge in die Innenstadt lassen, die die Euro-Norm 6 erfüllen. Auf einigen Straßen in Hamburg könnte eine entsprechende Regelung schon ab diesem Herbst greifen. Einen schweren Stand hatte der Diesel auch bei der Frühjahrskonferenz der Umweltminister von Bund und Ländern im brandenburgischen Bad Saarow. Die Minister richteten an den Bund die Forderung, dieser solle sich bei den Herstellern „für eine technische Ertüchtigung von Diesel-Fahrzeugen in der gesamten Breite der Flotte“ einsetzen. Volkswagen plant inzwischen sogar eine Kampagne zur Rettung des Diesels. „Der Diesel hat derzeit sowohl in der Öffentlichkeit als auch von politischer Seite mit einer starken Opposition zu kämpfen. Aus unserer Sicht ist der moderne Diesel aber Teil der Lösung, nicht des Problems“, so VW-Vorstandschef Matthias Müller in der „Automobilwoche“. Nach Ansicht des Konzernchefs bleiben moderne Verbrennungsmotoren „noch mindestens 20 Jahre elementar“.

Tatsächlich könnte die Politik mit der Forcierung des Themas Elektromobilität gleich aus mehreren Gründen einen folgenschweren Fehler begehen. Wie bei der Förderung der „erneuerbaren“ Energien besteht die Gefahr einer gigantischen Fehllenkung von Kapital. Die Subventionierung von Wind- und Solarstrom mit Hunderten Milliarden Euro wurde losgetreten, bevor grundlegende Probleme wie die technische Fähigkeit zur Speicherung des erzeugten Stroms gelöst waren. Auch bei den E-Autos ist bislang die Speicherfähigkeit das große Manko: „Wenn Sie einen 50-Liter-Dieseltank mit dem Energiegehalt einer Batterie vergleichen, dann brauchen Sie eine Blei-Batterie mit dem Gewicht von 13,8 Tonnen, um den gleichen Energiegehalt zu speichern. Selbst bei einer Lithium-Ionen-Batterie sind es immer noch rund 2,8 Tonnen an Gewicht. Das ist der Stand der Technik“, so Michael Limburg vom Europäischen Instituts für Klima und Energie (EIKE e.V.).

Dass sich die Energiedichte von Batterien in absehbarer Zeit so verbessern lässt, dass sich E-Autos mit Benzinern oder gar Dieselfahrzeugen messen können, ist fraglich. Eben weil die großen Fortschritte in der Batterietechnik bislang ausgeblieben sind, experimentieren Unternehmen wie Siemens, Volvo und Scania mittlerweile auf Teststrecken an Oberleitungssystemen für Lastkraftwagen. Die Projekte sollen Aufschluss darüber bringen, ob es sich lohnt, künftig ganze Autobahnen zu elektrifizieren. Der Aufwand gilt als immens. Berechnungen, die im Jahr 2012 angestellt wurden, bezifferten die Kosten für einen Kilometer Oberleitung auf bis zu 2,5 Millionen Euro. Noch stärker als der Elektro-Pkw ist der E-Lkw auf absehbare Zeit nicht massentauglich, sondern ein Nischenprodukt.

Inzwischen sehen Kritiker nicht nur ein Risiko, wenn die Forschungsmilliarden für die E-Autos keinen Durchbruch bringen. Auch ein Erfolg könnte zum Problem werden. Der Chef des Zulieferers ZF, Stefen Sommer, hat bereits im vergangenen Jahr darauf aufmerksam gemacht, welche gravierenden Auswirkungen die Abkehr vom Verbrennungsmotor für die deutsche Industrie hat. „Wenn man von heute auf morgen den Schalter umlegen würde, wären in unserem Unternehmen und der angeschlossenen globalen Lieferkette mehr als 100 000 Stellen gefährdet“, so der Chef des drittgrößte deutschen Zulieferers im Dezember 2016.

Bemerkenswert ist auch eine Prognose, die der Daimler-Gesamtbetriebsrat Michael Brecht abgegeben hat. Er sagt voraus, dass mit der Elektromobilität in der Getriebe- und Aggregatfertigung „nur einer von sieben Jobs übrig bleibt“. Aus seiner Sicht stellt dies „eine große Herausforderung“ dar, die allerdings nicht als Bedrohung gesehen werde. Michael Limburg, Vizepräsident des Europäischen Instituts für Klima und Energie, sieht die Zukunft des Industriestandorts Deutschland unter den Vorzeichen der Elektromobilität generell skeptisch: „Sowohl vom Know-how als auch in finanzieller Hinsicht, liegt die Wertschöpfung eines Elektroautos wahrscheinlich nur bei der Hälfte bis zwei Drittel dessen, was wir heute bei einem herkömmlichen Automobil brauchen. Das entsprechende hochwertige ingenieur- und handwerkliche Wissen würde wegfallen. Wenn die Politik diese Entwicklung forciert, dann nimmt sie in Kauf, dass die Elektroautos künftig woanders gebaut werden, dazu wird die deutsche Automobilindustrie nicht gebraucht“, so Limburg gegenüber der PAZ.

Norman Hanert

MELDUNGEN

Lebensmittel fast alle belastet

Brüssel – Fast alle europäischen Lebensmittel weisen Rückstände von Pflanzenschutzmitteln auf. Das geht aus einem Bericht der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hervor. Von den 84 000 geprüften Produkten aus konventioneller Landwirtschaft enthielten 97,2 Prozent Spuren von mindestens einem der 774 von der EFSA gelisteten Pestizide. Drei Viertel der getesteten Lebensmittel stammten aus EU-Ländern oder Norwegen und Island, das andere Viertel aus Drittländern. Die importierten Produkte stellen das größte Risiko für die Verbraucher dar: Bei 5,6 Prozent wurden Pestizidrückstände über den EU-Grenzwerten gefunden. *J.H.*

Neue Regeln für Registrierkassen

Berlin – Die Bundesregierung will die technischen Anforderungen an elektronische Aufzeichnungs- und Sicherungssysteme im Geschäftsverkehr gesetzlich festlegen. Dazu will sie unter anderem vorschreiben, wann und wie digitale Grundaufzeichnungen zu protokollieren und wie diese Aufzeichnungen zu speichern sind. Dabei geht es der Regierung nicht etwa um den Verbraucherschutz, sondern ausschließlich darum, den Steuervollzug zu optimieren. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.006.779.380.169 €

Vorwoche: 2.006.738.342.537 €

Verschuldung pro Kopf:
24.419 €

Vorwoche: 24.419 €

(Dienstag, 16. Mai 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Teurer Macron

Von Eberhard Hamer

Der Jubel der deutschen Funk- und Printmedien über den Sieg von Emmanuel Macron in Frankreich war international gesteuert. National ist er nicht gerechtfertigt.

Schon Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi hat ausgeführt, dass die „Demokratie die Fassade der Plutokratie“ sei, dass in den Demokratien „die Staatsmänner die Marionetten, die Kapitalisten die Drahtzieher“ seien. „Sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler“ (Coudenhove-Kalergi: „Praktischer Idealismus“, S. 31).

Nach diesem Drehbuch wurde der ehemalige Rothschild-Angestellte Macron vom Finanzsyndikat aus dem Hut gezaubert, als die korrupten Führer der traditionellen Parteien gegen die Populistin Marine Le Pen keine Chance mehr hatten. Mit der geballten Unterstützung von Wahlgeldern, Presse, Staatsmedien und „richtig“ gelenkter öffentlicher Meinung hat das Finanzsyndikat den aus dem Hut gezauberten eigenen Kandidaten durchsetzen können. Und überall, wo das Finanzsyndikat die Presse beherrscht, brach in der Welt Jubel aus.

Für Deutschland droht aber Macron teuer zu werden. Seine Hinterleute wollen, dass Europa entgegen allen Verträgen aus der Haftungs- und Schuldenunion zu einer Transferunion und zu einer Fiskalunion mit einem eigenen Finanzminister fortentwickelt wird. Dann verliert zum Beispiel Deutschland seine Finanzsouveränität, werden unsere Steuern, unsere Exportüberschüsse und unsere Target-Guthaben bei der Europäischen Zentralbank (EZB) alle in den gemeinsamen Topf geworfen und von der EU-Kommission nach dem Willen der südeuropäischen Schuldnerländer verteilt. Wir haften dann nicht nur für alle Schulden wie jetzt, sondern wir haben dann auch keine Überschüsse mehr, sondern nur noch gemeinsame und wachsende Schulden – die von mir schon bei der Gründung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) beschworene „Lust am gemeinsamen Untergang“.

Macron hat auch bereits verkündet, dass für Frankreich die Schuldenbremse von drei Prozent nicht mehr gelte, dass man entgegen allen EU-Verträgen lieber hemmungslos Schulden machen wolle als zu sparen und dass die Deutschen mit ihren Sparwünschen nicht mehr die EU blockieren, sondern sich dem Willen des Finanzsyndikats unterwerfen müssten. Praktisch läuft das auf die Sozialisierung aller deutschen Exportüberschüsse, Guthaben und Sparanstrengungen hinaus.

Man könnte sagen: „Es wird nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird.“ Da aber die südeuropäischen Schuldenländer infolge des Brexit eine deutliche Mehrheit über die Sparländer haben, wird die EU zum hemmungslosen fröhlichen Schuldenstadel, die EZB zur Schuldenmaschine und zum Hedgefonds aller europäischen Staatsschulden, wird dadurch der Euro immer wertloser – bis niemand ihn mehr haben will oder schon vorher der Crash aus einer der Finanz- oder Sozialblasen eintritt.

Nicht nur Macron hat gewonnen, sondern vor allem das hinter ihm stehende Finanzsyndikat für die Eurozentralisierung und Fortsetzung der Schuldenorgien – alles, was Deutschland nicht wollte und für das es nun mit büßen wird.

Flegel Gabriel

Von Hermann Paul Winter

Der Sage nach lockte der Rattenfänger von Hameln die Kinder der Stadt mit verführerischen Flötentönen in den Wald, wo sie für immer verschwanden.

„Man mag sich gar nicht vorstellen, was passiert, wenn die Rattenfängerin die nächste französische Präsidentin wird“, wetterte Sigmar Gabriel anlässlich eines Besuches in Hameln gegen die französische Präsidentschaftskandidatin Le Pen. Man muss Le Pens Politik nicht mögen, von einem Bundesminister hätte man allerdings erwarten dürfen, dass er ihr gegenüber zumindest demokratischen Respekt gezollt, und ihre Wähler – immerhin ein Drittel der Franzosen, die an der Wahl teilgenommen haben – von Diffamierungen als Ungeziefer verschont hätte. Dass der Außenminister als höchster Vertreter der Diplomatie unseres Landes solches Vokabular auffährt, ist mehr als flegelhaft. Gabriels Genosse und selbsternannter Wächter über Hasstiraden und die Verrohung der öffentlichen Debatte, Justizminister Heiko Maas, dürfte derlei Sprache auf den Magen geschlagen haben – vielleicht auch nicht.

> Außenminister mit anrüchigem Wortschatz

Wie konnte man angesichts einer Vielzahl diplomatischer Koryphäen in den Koalitionsparteien ausgerechnet Gabriel, bei dem jederzeit mit anrüchigem Wortschatz gerechnet werden muss, zum Außenminister küren? In der Asyldebatte pöbelte er lauthals von „Pack“ und „Arschlöchern“. Nicht überraschend, gab es seitens der Wertekanzlerin bis heute keinerlei Einwände zu Gabriels Maßlosigkeiten. Sie hätte ihm verdeutlichen müssen, dass, wer für demokratische Werte eintreten will, mit gutem Beispiel vorangehen muss.

Nicht nur vor Gabriels wiederkehrendem Hau-Ruck-Vokabular hätte man gewarnt sein müssen, sondern auch vor seinem – aus welchen Gründen auch immer – gestörten Verhältnis zu Israel, das die Außenpolitik belastet. Im Vorfeld seines kürzlichen Israelbesuchs schrieb er auf Twitter: „Habe meinen Freund Mahmoud Abbas getroffen.“ Dieser Freund gewährt Judenmördern und deren Familien für ihre Bluttaten Renten.

Dass Gabriel die Kandidatin einer demokratischen Wahl im Ausland polternd beleidigt, beschädigt das Amt des Außenministers. Dies tut es umso mehr, als er mit seiner Freundschaft mit einem Autokraten ungeachtet dessen antisemitischen Gebarens kokettiert. Das eine wie das andere ist ein Skandal und disqualifiziert Gabriel für das Amt des Außenministers.

Dass nicht nur die Kanzlerin zu Gabriel schweigt, sondern auch die deutsche Presse ihrer Pflicht zur Regierungskritik nicht nachkommt, zeigt, dass etwas grundlegend faul ist in unserem Land.



Zeigt gern mit dem Finger auf andere und verhält sich selbst alles andere als untadelig: Bundesaußenminister Sigmar Gabriel

Bild: pa

Gegenwind



Die Rationalität hat zu schweigen

Von Florian Stumfall

Wenn die Politiker ihrem Publikum eine Entscheidung oder Entwicklung nahebringen wollen, die offensichtlich gegen das allgemeine Interesse gerichtet ist, dann wird moralischer Druck ausgeübt. Dann hört man dieselben Leute mit Begriffen wie „Menschlichkeit“ oder „Verantwortungsbewusstsein“ hantieren, die ansonsten Verträge brechen, Kriege anzetteln und mit ihrer Schuldenpolitik die ganze kommende Generation lahmlegen.

Nirgendwo ist dieses System so offenkundig wie bei der Invasion von Afrikanern über das Mittelmeer nach Europa. Ausmaß und Auswirkungen dieser Bewegung sind noch lange nicht absehbar und konnten somit von den handelnden, das heißt, in Verantwortung stehenden Politikern, allen voran der Kanzlerin Merkel, gar nicht kalkuliert werden. Es war von vornherein eine Fahrt in den Nebel bei stark überhöhter Geschwindigkeit.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Umso mehr wird die moralisierende Problembeschreibung bemüht, was den willkommenen Nebeneffekt hat, dass man des Argumentierens enthoben ist, denn die Rationalität hat gegenüber der vorgeschützten Menschlichkeit zu schweigen. Die Sache ist für Merkel und ihre Parteigänger „alternativlos“ und so hat sie es am liebsten. Mit dieser Methode wird jedoch ein Grundzug des Miteinanders überdehnt, der in der einfachen Erkenntnis liegt, dass man nicht sehenden Auges Menschen sterben, das heißt ihr ertrinken, lässt. Soviel ist klar, aber ansonsten ist vieles unklar, vor allem in der öffentlichen Darstellung durch die Politiker und in den Systemmedien. Eine erste entscheidende Frage taucht nämlich sofort nach dem Akt des Samaritertums auf, die Frage nämlich, ob man die Afrikaner, die man aus dem Wasser gefischt hat, nach Europa oder doch zurück an die Küste bringt, von der sie ausgelaufen sind. Die Eilfertigkeit aber, mit der die Geretteten fast durchgehend nach Italien gebracht werden, ruft den Eindruck wach, die Zuwanderung sei willkommen. Und dieser Verdacht nährt sich aus weiteren ergiebigen Quellen.

So kursiert im Netz ein Video, auf dem eine typische Auseinandersetzung zu sehen ist. In libyschen Hoheitsgewässern operiert ein Schiff der „Sea Watch“, finanziert von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die sich selbst „Zivile Seenotrettung“ nennt, von anderen aber als Schlepper-Organisation bezeichnet wird. Die Szene spielte sich Mitte Mai ab. Die „Sea Watch“ versucht also, die Illegalen aufzunehmen, die libysche Küstenwache will sie zurückbringen. Das Ganze hat mit Seenot gar nichts zu tun, sondern resultiert ausschließlich aus der Absicht der Zivilen, entgegen den Hoheitsrechten der Libyer, der Einwanderungsbestimmungen der EU und der Strafbarkeit von Menschenhandel illegale Afrikaner nach Italien zu schleusen. Bei ihrem Treiben sind die Täter gefeit gegen jegliches Unrechtsbewusstsein, wie der Kapitän der „Sea Watch“ bei einem anschließenden Gespräch dartut.

Derzeit entwickelt die Organisation eine Software, um den „Migranten“-Transport über das Mittelmeer zu vervollkommnen. So will man die verschiedenen Organisationen untereinander vernetzen, wozu auch eine Satelliten-Ortung eingesetzt wird, damit die Koordinaten sämtlicher Schiffe in dem Seegebiet zwischen Libyen und Italien festgestellt werden können. Bislang machte man das mit Luftaufklärung. Auch hier leistet die EKD einen finanziellen Beitrag.

Eine Stiftung beziehungsweise „Denkfabrik“ namens Gefira wirft Nichtregierungs-Organisationen (NRO) wie „Sea Watch“ vor, zusammen mit Schmugglern und der Mafia einen organisierten Menschenschmuggel zu betreiben. Mitarbeiter von Gefira haben über Wochen die Bewegung von Schiffen der NRO festgehalten und sie haben ferner notiert, wo die Schiffe in Italien anlanden und, nicht zuletzt, wer da alles zusammenarbeitet. Nach diesen Informationen gibt es nicht nur Verbindungen von den NRO zum kriminellen Milieu, sondern ebenso zu Vertretern der italienischen Küstenwache und solchen der EU.

Der italienische Staatsanwalt Carmelo Zuccaro aus dem sizilianischen Catania erhebt schwere Vorwürfe gegen gewisse Hilfsorganisationen im Mittelmeer: „Wir haben Beweise, dass es zwischen einigen Hilfsorganisationen und Menschenhändlern in Libyen direkte Kontakte gibt. Meiner Auffassung nach könnten einige NRO von Schleppern finanziert sein.“ Zuvor hatte er ihnen bereits eine Zusammenarbeit mit libyschen Schleppern bei der Rettung von Immigranten im Mittelmeer vorgeworfen. „Die Angelegenheit könnte sogar noch beunruhigender sein“, sagte er. Einige NRO könnten seiner Ansicht nach das Ziel verfolgen, „die italienische Wirtschaft zu destabilisieren, um daraus Vorteile zu erzielen“. Organisationen wie „Save the Children“ und „Ärzte ohne Grenzen“ nimmt Zuccaro von den Vorwürfen aus. Ausdrücklich erwähnt werden dagegen Organisationen wie „Sea-Eye“, „Sea Watch“ oder „Jugend Rettet“.

Während man über die politischen Beweggründe, Scharen von Afrikanern nach Europa zu holen, zunächst nur spekulieren kann, sind die Motive der Mafia klar. Es dreht sich um Geld. Die italienische Polizei hat einen Schlag gegen den „Arena-Clan“ geführt, welcher der Ndrangheta angehört, der kalabrischen Mafia. Dieser Clan kontrollierte über einen gewissen Zeitraum das Aufnahmezentrum in Isola di Capo Rizzuto und räumte dabei 32 Millionen Euro ab. Die Sache war groß angelegt. Der Clan hatte eine eigene Firma gegründet, der die Versorgung der 1500 Lagerinsassen überlassen wurde. Für spirituelle Betreuung kassierte ein katholischer Priester 150 000 Euro. Mehr nicht, denn die meisten derer, die da kommen, sind ja Mohammedaner. Andere Vorwürfe lauten auf Erpressung, Betrug, Veruntreuung und Diebstahl.

> **Der Autor**: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Der Anti-Korruptionsbeauftragte der italienischen Regierung, Raffaele Cantone, hält die Mafia-Infiltrierung des Aufnahmezentrums in Isola di Capo Rizzuto nur für die „Spitze des Eisbergs“. Dass der Clan aufgeflogen ist, stellt also nur einen Einzelfall dar. Dass aber der Staat ebenso wie die Zuwanderer ausgenommen und bestohlen werden, ist die Regel. Denn auch von den Boots-„Flüchtlingen“ ist etwas zu holen. Zu der moralisierenden Rechtfertigung der Zuwanderungspolitik gehört es ja, von den „Ärmsten der Armen“ zu sprechen. Genau das ist grundfalsch. Ein Afrikaner, der sich eine Reise durch die Sahara und die Überfahrt übers Mittelmeer leisten kann – unter Bedingungen des erpresserischen Wuchers – gehört zu den Reichsten unter Seinesgleichen. Ein Armer kommt gar nicht auf den Gedanken, sich auf ein derartiges Abenteuer einzulassen. Und wenn er es täte, würde er nur die Zahl derjenigen erhöhen, die namenlos in der Sahara bleiben.

Die finanzielle Ausstattung der Afrikaner hat sogar einen neuen kriminellen Erwerbszweig geschaffen. So gibt es Piraten, die sich auf „Flüchtlings“-Boote spezialisiert haben. Freilich ist es schwer zu schätzen, ob die kriminelle Gier mehr Menschenleben unter den Zuwanderern fordert oder aber die Verheißungen eines Paradieses, die von einer europäischen Koalition von Politik und Gutmenschen ausgeht und zahllose Afrikaner erst auf den Gedanken bringt, den Tod in der Wüste oder auf dem Meer in Kauf zu nehmen. Und dann: Ermuntert von der Omnipräsenz der NRO-Schiffe machen sich allzu viele die Hoffnung, sie würden nach wenigen hundert Metern ohnehin aus dem Wasser gefischt werden – eine Hoffnung, die allzu oft trügt. Wer sie nährt, macht sich zumindest der Fahrlässigkeit schuldig.

Österreichs Eiserne Lady

Geliebt und gefürchtet – Zum 300. Geburtstag von Maria Theresia laufen Museen in Wien und Niederösterreich heiß

Den 300. Geburtstag einer legendären Landesherrin darf sich kein Museum entgehen lassen. Das Maria-Theresia-Jubiläum lässt automatisch die Kassen klingeln, ganz egal, was geboten wird.

Die Habsburgerin Maria Theresia ist als gewichtige Regentin in einer ansonsten von Männern dominierten Welt und als Gegenspielerin Friedrichs des Großen unvergessen. Gern wird sie hochachtungsvoll, aber missverständlich als „Kaiserin“ bezeichnet. Genau genommen aber verhält es sich so: Ihr Gatte war als Kaiser Franz I. Oberhaupt des Heiligen Römischen Reiches und sie nur „Frau Kaiserin“ – wie eben der Titel des Ehemanns auf die Gattin übertragen wird. Gleichwohl war sie als Königin von Ungarn und Böhmen, Erzherzogin von Österreich und Fürstin 37 weiterer Herrschaftsgebiete die mächtigste Frau ihrer Zeit.

Dass Maria Theresia es so weit bringen würde, war bei ihrer Geburt am 13. Mai 1717 nicht absehbar. In Erinnerung geblieben ist sie als erzkonservative Reformerin und mit 16 eigenen Kindern gesegnete Landesmutter. Die Begründerin der Dynastie Habsburg-Lothringen war lebenslustig, aber sittenstreng. Zu Casanovas Leidwesen rief sie die Keuschheitskommission ins Leben. Sie setzte auf Zensur und war eine in Religionsfragen intolerante Katholikin. Sie führte Kriege, aber war auf die Wohlfahrt ihrer Untertanen bedacht. Unter ihrer Herrschaft standen Kunst und Kultur in schönster Blüte. Das alles veranschaulichen die zu Maria Theresias 300. Geburtstag in Wien und Niederösterreich veranstalteten Ausstellungen.

Die Österreichische Nationalbibliothek präsentiert Leben, Regentschaft und Nachruhm der 1780 verstorbenen Maria Theresia mittels eigenhändiger Briefe, Staatsurkunden, öffentlicher Bekanntmachungen, Büchern und bildlichen Darstellungen. Zu sehen sind sie im Prunksaal, in dessen Mitte die Statue Kaiser Karls VI. steht. Er war Maria Theresias Vater – und Urheber der berühmten „Pragmatischen Sanktion“ von 1714. Mit ihr verfügte der damals noch kinderlose Karl VI. die Unteilbarkeit der österreichischen Erblande. Falls er ohne Stammhalter sterbe, aber Töchter habe, solle die Erstgeborene die Herrschaft übernehmen. Davon profitierte Maria Theresia, als 1740 die Nachfolge ihres Vaters antrat.

Die Erbfolge Maria Theresias zog eine Reihe von Kriegen nach sich, wie die Schau „Bündnisse und Feindschaften“ im Schloss Hof zeigt. Waffen und Historiengemälde erinnern an viele Schlachten. Bildnisse und Porträtbüsten heben maria-theresianische Kriegshelden wie Graf Hadik hervor, der 1757 mit seinen Husaren Berlin besetzte. Allerdings nur für einen Tag.

Obwohl Friedrich der Große der ärgste Widersacher Maria Theresias war, wird er erstaunlicherweise nicht für würdig befunden, in der Schau mit einem Porträtgemälde oder einer Bildnisbüste vertreten zu sein. Urkunden dokumentieren Friedensschlüsse wie den von Hubertusburg 1763, der den Siebenjährigen Krieg beendete, und den von Teschen 1779 zur Beilegung des Bayerischen Erbfolgekrieges.

Um „Modernisierung und Reformen“ geht es in der Ausstellung im Schloss Niederweiden. Schulbücher weisen auf die von Maria Theresia eingeführte allgemeine Unterrichtspflicht für Jungen und Mädchen hin. Für die Neuorganisation des Bildungswesens engagierte sie mit Erlaubnis Friedrichs II. einen Spezialisten aus Preußen: den Geistlichen Johann Ignaz von Felbiger. Er, Staatskanzler Fürst Kaunitz, Generalartilleriedirektor Fürst Liechtenstein sowie andere Reformer und Ratgeber sind auf Bildern dargestellt, die eine Statue Maria Theresias umringen. Sie äußerte: „Die wichtigste Obsorg eines Regenten ist die Auswahl seiner Ratgeber.“

An einen der wichtigsten erinnert eine vergoldete Büste: Gerard van Swieten. Der Leibarzt Maria Theresias war geistiger Vater der Universitätsreform und Vorsitzender der Bücherzensur.

Lady in Black: Maria Theresia als Witwe, Gemälde nach 1769 (links). Rechts: Ein Edelsteinstrauß als Geschenk Maria Theresias an ihren Gemahl

Bilder: Gemäldegalerie der Akademie der Bildenden Künste, Wien; Naturhistorisches Museum Wien



Die als bedenklich eingestuften Schriften wurden zur endgültigen Entscheidung der Herrscherin vorgelegt. Sie befahl: „Schmutzige Bücher und Geschichtchen müssen zuerst vernichtet werden. Die Bücher, die von Gelehrten benötigt werden können, können sie zurückhalten.“

Den öffentlichen Auftritten des Herrscherhauses ist die Schau in der Kaiserlichen Wagenburg gewidmet. Wie ein Thron auf Rädern wirkt der von Maria Theresia genutzte Einzugswagen, den sie nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges 1763 neu bemalen ließ. Das Hauptbild zeigt Maria Theresia als Göttermutter Hera, die mit den Symbolen der Hoffnung und des Friedens ausgestattet über den angriffslustigen Meeresgott Poseidon triumphiert, mit dem Preußenkönig Friedrich II. gemeint ist. Maria Theresias Galatragsessel weist schließlich darauf hin, dass ihre zahlreichen Schwangerschaften eine ganz spezielle Form der Repräsentation erforderten.

Fast alljährlich begab sich die kaiserliche Familie zu Ehren des österreichischen Landesheiligen Leopold auf Wallfahrt ins Stift Klosterneuburg. Dort läuft in den Kaiserzimmern und der Schatzkammer die Schau „Kirche, Kloster, Kaiserin“. Den Schwerpunkt bilden prachtvoll gestickte sakrale Gewänder. Viele sind Stiftungen Maria Theresias an Klöster und Kirchen. Sie weisen üppige Blumenmuster auf. Kein Wunder, handelt es sich doch um umgearbeitete Damenkleider in sakraler Zweitverwendung. Eine Leihgabe aus dem Wiener Stephansdom ist eine mit Blütenranken geschmückte Kasel, die ehemals ein Gewand Maria Theresias für die Liturgie war. Die Kasel hat sie eigenhändig mit ihrer Signatur bestickt: „MT 1776“. Sie behauptete: „Wer stickt, sündigt nicht.“

Im Hofmobiliendepot stehen Maria Theresias „Familie und Vermächtnis“ im Blickpunkt. Erlesene Beispiele des höfischen Kunsthandwerks sind zu sehen. Der „Blumenstrauß“ aus 2102 Diamanten sowie 761 Rubinen, Smaragden und anderen farbigen Edelsteinen war ein Geschenk Maria Theresias an ihren Gemahl.

Den neun Jahre älteren Franz Stephan von Lothringen kannte sie von Kindesbeinen an. Sie gestand: „Seit meinem 5. Lebensjahr waren mein Herz und mein Geist erfüllt von diesem Menschen.“ Das Paar heiratete im Jahr 1736. Die Kinder, Franz Stephan und vor allem Maria Theresia selbst sind in allen Lebensaltern auf zahlreichen Gemälden verewigt. Der unerwartete Tod ihres Gatten 1765 war für Maria Theresia ein schwerer Schlag. Auf ihren Porträts präsentierte sie sich fortan stets nur noch in schwarzer Trauertracht. *Veit-Mario Thiede*

***Maria Theresia. Habsburgs mächtigste Frau**: bis 5. Juni in der Österreichischen Nationalbibliothek, Josefsplatz 1, Wien, www.onb.ac.at. **Bündnisse und Feindschaften**: bis 29. November im Schloss Hof, Schlosshof 1, Schlosshof, www. schlosshof.at. **Modernisierung und Reformen**: bis 29. November im Schloss Niederweiden, Niederweiden, Engelhartstetten, www.schlosshof.at. **Frauenpower und Lebensfreude**: bis 29. November in der Kaiserlichen Wagenburg, Schönbrunner Schlossstraße, Wien, www.khm.at. **Kloster, Kirche Kaiserin. Maria Theresia und das sakrale Österreich**: bis 15. November im Stift Klosterneuburg, Stiftsplatz 1, Klosterneuburg, www.stift-klosterneuburg.at. **Familie und Vermächtnis**: bis 29. November im Hofmobiliendepot – Möbel Museum Wien, Andreasgasse 7, www.hofmobiliendepot.at.*

Wassermusik zum Riechen

Vivaldi auf Modern – Kunstprojekt kommt auch nach Deutschland

In Venedigs zentral gelegenem Diözesanmuseum, nur zwei Minuten von der Markuskirche und fünf Minuten von der Seufzerbrücke entfernt, hat am 13. Mai ein ambitioniertes Kunstprojekt eröffnet: „VivaVivaldi“. Es ist keine herkömmliche Ausstellung, sondern ein vollkommen neues künstlerisches Format, das mittels spektakulärer Videoinstallationen die Musik des großen venezianischen Musikers Antonio Vivaldi auf einem 80-minütigen Rundgang durch verschiedene Räume neu erlebbar macht. Zum ersten Mal, so versprechen die Macher, kann man Musik damit mit allen Sinnen erfahren, auch sehen – und sogar riechen.

Die Idee für das Projekt stammt von Gianpiero Perri und Francesco Bernardi, General-Manager und Präsident der Firma Emotional Experiences, die das Werk auch entwickelt und produziert hat. „Die künstlerische Einzigartigkeit Antonio Vivaldis“, so Gianpiero Perri, „verlangt nach einem Format, das es ermöglicht, alle Potenziale eines neuen Zugangs zur Kunst auszuschöpfen, das unserem heutigen Empfinden entspricht.“

Die moderne Effektmaschinerie macht auch vor dem Konzertsaal nicht halt. Mit ihrer aktuellen „Waterworks“-Tour, welche von Händels „Wassermusik“ bis zu den minimalistischen „Vier Jahreszeiten“ des US-Komponisten Philip Glass die lebensspendende Kraft des Wassers feiert, treten das Baltic Sea Philharmonic unter Kristjan Järvi an, die traditionelle Musikaufführung zu revolutionieren. Die Kombination aus Musik, Projektionskunst, Lichtdesign, Soundeffekten und Choreografien macht die Orchestermusik zu einer Konzertshow neuer Dimension. Dabei arbeitet das Baltic Sea Philharmonic mit dem Lichtdesigner Bertil Mark, dem Sounddesigner Chris Ekers und dem deutschen Videokünstler Philipp Geist zusammen.

Geist sorgte bereits weltweit mit spektakulären Installationen für Aufsehen. So tauchte er den Kölner Dom, die Christus-Statue in Rio de Janeiro, den Königspalast in Bangkok und den Azadi-Tower in Teheran in ein neues, faszinierendes Licht. Auch Bertil Mark setzte schon weltweit auf Konzertbühnen Musiker und Bands in Szene, so auch Rammstein, Sarah Connor, Sportfreunde Stiller, Jan Delay und den Schauspieler Matthias Schweighöfer.

„Wir kreieren mit ‚Waterworks‘“, so Järvi, „mehr als nur eine Konzerterfahrung – es soll wegweisend werden und unser Erleben von Musik erweitern. Ein auf die Musik zugeschnittenes Lichtdesign und Projektionskunst entführen das Publikum in eine eigene Welt voller Emotionen, Zeichen und Klänge, ähnlich wie die Show des Cirque du Soleil. Alles, was ein Orchester sein kann, wird so neu erfahrbar.“


Bild: VivaVivaldi

Lichtkunst: Venedigs Rialto-Brücke in Vivaldi-blau

Im August ist das Ensemble mit seiner „Waterworks“-Tour erneut in Deutschland unterwegs, mit Konzerten in Berlin (25. August), Peenemünde (26. August), Lutherstadt-Wittenberg (27. August) und Hamburgs Elbphilharmonie (29. August).

Helga Schnehagen

Weitere Informationen im Internet für Venedig unter: www.vivavivaldivenezia.com; für Baltic Sea Philharmonic: www.bmef.eu

Selbstporträt als Kunsteleve

Vor 150 Jahren starb der Autor und Maler Wilhelm von Kügelgen

Drei Jahre nach dem Tod des Ballenstedter Hofmalers und Schriftstellers Wilhelm von Kügelgen am 25. Mai 1867 erschien dessen autobiografisches Werk „Jugenderinnerungen eines alten Mannes“, das zur wichtigsten Memoirenliteratur des 19. Jahrhunderts gerechnet wird. In der Kaiserzeit war das Buch fester Bestandteil bürgerlicher Hausbibliotheken. 1922 erfolgte bereits die 230. Auflage.

Altersweisheit und leiser Humor kennzeichnen die anschaulich geschilderten Erlebnisse der „Jugenderinnerungen“ aus den Jahren um 1800 bis 1820. Sie sind angesiedelt in Dresden, wo der Autor aufwuchs, in Bernburg, Ballenstedt und einigen sachsen-anhaltinischen Orten der Umgebung. Unweigerlich wähnt sich der Lesende zurückversetzt in die sehnsuchtsvoll bezeichnete „gute alte Zeit“, und dies, obwohl die Kindheit von Kügelgens vor dem Hintergrund der napoleonischen Kriege verlief.

Dresden war vom Kriegsgeschehen mehrfach betroffen, was er in Verdichtung einzelner Episoden noch Jahrzehnte später packend zu schildern wusste. Geboren wurde der Autor am 20. November 1802 in St. Petersburg als ältestes Kind des Porträt- und Historienmalers Gerhard von Kügelgen und der estländischen Gutsbesitzertochter Helene Zoege von Manteuffel. Vor der Hochzeit im Jahr 1802 verschaffte sich sein Vater auf Drängen seines Schwiegervaters in spe einen Adelstitel. Nach einigen künstlerisch erfolgreichen Jahren in St. Petersburg zog die Familie 1803 nach Deutschland, um sich 1805 endgültig in Dresden niederzulassen.

Seit 1808 war das damals neu erworbene Kügelgenhaus, heute Museum der Dresdner Romantik, Treffpunkt der Frühromantiker.


Bild: CF

Gedenkstein für Vater und Sohn Kügelgen in Loschwitz

1808 und 1809 schuf von Kügelgen senior Porträts von Goethe, Wieland und, posthum, Herder und Schiller. Diese und andere Bildnisse bedeutender Zeitgenossen trugen ihm viel Ruhm ein.

Mit zehn Jahren wurde der Junior mit seinem jüngeren Bruder Gerhard zum kindlichen Gesellschafter des Erbprinzen Alexander Carl von Anhalt-Bernburg am Ballenstedter Herzogshof bestimmt. 1827 heiratete er Julie Krummacher, Tochter des Anhalt-Bernburger Landessuperintendenten. In Dresden besuchte er die Kunstakademie und kehrte 1833 nach Studienaufenthalten in Rom und St. Petersburg mit seiner Familie in die Anhalt-Bernburgische Sommerresidenz Ballenstedt zurück. Hier verbrachte er als Hofmaler und Kammerherr den Rest seines Lebens. Seit 1854 betreute er den geisteskranken Herzog auf Schloss Hoym, heute Gemeinde Seeland im Salzlandkreis. In dieser Abgeschiedenheit feilte er, zunehmend selbst gesundheitlich angeschlagen, zehn Jahre an seinen Erinnerungen, während er in regem brieflichem Austausch mit seinem Bruder Gerhard stand, der das großväterliche Gut Poll in Estland verwaltete. Seine Briefe und Tagebuchauszüge wurden unter dem Titel „Lebenserinnerungen des Alten Mannes in Briefen an seinen Bruder Gerhard“ veröffentlicht.

Von Kügelgens Gemüt blieb von Schwermut überschattet, nachdem sein geliebter Vater am 27. März 1820 Opfer eines Raubmords geworden war. In seinen „Jugenderinnerungen“, die vor allem helle Bilder heraufbeschwören, finden sich von dieser Melancholie keine merkbaren Spuren. *D. Jestrzemski*

Ein Präsident nach Masterplan

John F. Kennedy – der schöne Schein und die Wirklichkeit

Er sollte US-Präsident werden. Egal, was es an Geld, Tricks, Vertuschungen und Lügen kosten würde, der Vater hatte es für seinen Erstgeborenen, Joseph Patrick Kennedy junior, geplant. Der stürzte bei einem Kampfeinsatz über dem Ärmelkanal tödlich ab. Nun sollte es für Joseph P. Kennedy senior der Zweitgeborene richten, John Fitzgerald „Jack“ Kennedy (JFK), vor 100 Jahren, am 29. Mai 1917 zur Welt gekommen.

Die Kennedys waren vermögend und einflussreich, nur ein politisches Amt war Joseph P. Kennedy versagt geblieben. Die Kinder der Kennedys lernten, dass es im Leben allein darum geht zu gewinnen. Damit tat sich JFK schwer. Er war kränklich. Der Schüler JFK musste das Footballspiel aufgeben. Der Student JFK brach das Studium in London wegen gesundheitlicher Probleme ab, scheiterte in Princeton wegen einer Gelbsucht. Erst ein Jahr später nahm er das Studium der Politikwissenschaft an der Harvard-Universität auf. Derweil verschlechterte sich die Gesundheit. Er litt unter Darmentzündung. Die zur Kontrolle verschriebenen Präparate lösten Osteoporose an den Lendenwirbeln aus. Er war anfällig für Infektionen. Täglich musste Kennedy Cortison und starke Schmerzmittel einnehmen. Krankheiten begleiteten ihn sein Leben lang, blieben aber lange ein gehütetes Geheimnis. Ein gesundheitlich angeschlagener Politiker, das passte nicht. Erst als JFK als Mitglied des Senats nach einer Rückenoperation sehr häufig ins Krankenhaus musste, ließen sich die Leiden nicht länger verheimlichen. JFK, dessen Image von jugendlichem Elan geprägt war, trug bis zum Ende seines Lebens ein Korsett.

Zum Image des Helden passte besser die Story von der Rettung eines Kameraden. Während des Krieges kommandierte Kennedy ein Torpedo-Patrouillenboot. In der Nähe der Salomonen von einem japanischen Zerstörer gerammt, versank es. Trotz seines kranken Rückens schwamm Kennedy mit einem verletzten Mann seiner Crew im Schlepp zu einer fünf Kilometer entfernten Insel. Inzwischen gibt es Zweifel, dass Kennedys Rolle wirklich so ruhmreich war, aber Vater und Sohn sorgten für deren Verbreitung. JFK wurde dekorierter Kriegsheld, die Insel erhielt später den Namen Kennedy-Island.

Zum sorgsam gepflegten Image passte auch die Rolle von JFK als Frauenheld. Aus dem Studium schrieb er einem Freund: „Ich werde jetzt hier Playboy genannt.“ So lebte er auch. Im Cabrio reiste er durch mehrere Länder Europas. Als sein Vater zum US-Botschafter in Großbritannien berufen worden war, wurde JFK zum gerne gesehenen Gast in den Salons, auf Bällen und bei Regatten. Die ihm zugeschriebenen vorehelichen Eroberungen in Hollywood waren legendär: Joan Crawford, Audrey Hepburn, Zsa Zsa Gabor.

Sein gesteigerter Geschlechtstrieb wurde später mit einer medikamentösen Behandlung durch einen Arzt erklärt, zu dem die Prominenten Manhattans pilgerten. „Dr. Feelgood“ setzte auf Medikamenten-Cocktails, deren Nebenwirkungen Sucht, schwere Depression und paranoide Schizophrenie waren. Aber sie putschten verdammt gut auf.



Kultivierte sein von jugendlichem Elan geprägtes Image: John F. Kennedy Bild: akg images

Als sich Kennedy 1946 in Boston für die Demokraten um den Einzug ins Repräsentantenhaus bewarb, tat er das mit dem Slogan „Eine neue Generation präsentiert einen Führer“. Damit setzte er sich durch.

Für den Wahlkampf um einen Sitz im Senat steuerte der Vater mehrere Millionen Dollar bei. Die Summe verstieß zwar gegen alle Regeln, aber Joe Kennedy senior fand Tricks, die Regeln auszuhebeln. Auch diese Wahl war erfolgreich, der nächste Schritt Richtung Präsidentschaft getan.

Allen Beteiligten war klar, dass ein Junggeselle niemals Präsident werden konnte. Eine Frau musste her. Da war Jacqueline Bouvier, 22 Jahre jung, von strahlender Schönheit, parkettsicher, Angehörige der Oberschicht, die perfekte Partie. Eine gut geölte PR-Kampagne machte daraus das ideale Liebespaar, „Jackie und Jack“. 1953 wurde geheiratet. Dass es wirklich Liebe war, wird bezweifelt. Mit der Hochzeit endeten die Eskapaden nicht. 1962 begann JFK eine Affäre mit der Schwägerin des Chefredakteurs der „Washington Post“. Im Jahr darauf wurde die Frau erschossen am Ufer des Potomac gefunden. Der Fall blieb ungeklärt. Ebenso wie zuvor der Tod Marilyn Monroes, der berühmtesten Geliebten Kennedys. Die Affäre war kein Geheimnis. Offiziell soll Marilyn Monroe aus Lebensüberdruss eine Überdosis Schlafmittel eingenommen haben. Nach einer anderen Theorie soll sie im Auftrag Kennedys durch die CIA getötet worden sein. Auch Robert F. Kennedy, damals Justizminister, soll in das Komplott verwickelt gewesen sein. Und schließlich wird die Mafia verdächtigt, den Mord veranlasst und die Spuren in Richtung der Brüder Kennedy gelegt zu haben. Mehrere Versuche, den Fall neu aufzurollen, wurden von Gerichten verweigert beziehungsweise unterbunden.

Als der Fall Schlagzeilen machte, war John F. Kennedy bereits US-Präsident. Das große Ziel hatte er am 8. November 1960 erreicht. Mit 43 Jahren setzte er sich als jüngster Präsidentschaftskandidat knapp gegen Richard Nixon durch. Er trat das Amt an, als die Welt wieder einmal aus den Fugen geraten zu sein schien. Der Kalte Krieg erlebte seine heißeste Phase. Die Sowjets verschifften Mittelstreckenraketen nach Kuba, die USA drohten mit dem Einsatz von Atomwaffen, in Berlin wurde die Mauer gebaut.

Ziemlich große Probleme für eine kurze Präsidentschaft. Sie dauerte nur drei Jahre und endete am 22. November 1963 mit den Schüssen von Dallas, als der Attentäter Lee Harvey Oswald auf den in einer Wagenkolonne fahrenden Präsidenten schoss – nach der offiziellen Version. Sowjetische Agenten, Mafiosi, Rassisten und ein verkaterter Leibwächter werden ebenso verdächtigt. Oswald bestritt die Tat. Zwei Tage nach seiner Festnahme erschoss ihn ein Nachtclubbesitzer mit angeblichen Verbindungen zur Mafia. Tatort: Die Tiefgarage des Polizeihauptquartiers.

Bruder Robert Kennedy wurde fünf Jahre später, im Juni 1968, in einer Hotelküche in Los Angeles erschossen. Als Schützen nahm man einen Palästinenser fest. Zeugen wollen allerdings einen zweiten Schützen bemerkt haben. Diese Spur wurde nicht verfolgt.

Klaus J. Groth

Eine Stimme, erfüllt von slawischer Sehnsucht

Vor 75 Jahren erblickte Alexandra, die Schlagerlegende der 60er Jahre, im memelländischen Heydekrug das Licht der Welt

Wir sind vom Memelland ... Wir haben sehr viele Russen, sehr viele Tschechen in der Familie, aber auch Spanier, ein ziemlich buntes Gemisch also.“ Diese Worte stammen von Alexandra, dem aufsteigenden Stern am deutschen Schlagerhimmel Ende der 60er Jahre. Genau vor 75 Jahren, am 19. Mai 1942, erblickte sie in Heydekrug/Memelland das Licht der Welt.

Mit Liedern wie „Zigeunerjunge“, „Sehnsucht“ oder dem heute noch gespielten „Mein Freund der Baum“ erklomm sie die deutschen Hitparaden. Mit ihrer tiefen Altstimme, mit der sie russischen Volksweisen, aber auch selbst komponierten Chansons ihren unverwechselbaren weichen Klang verlieh, sang sie sich in die Herzen ihrer Fans. Zu Alexandra gibt es nur eine Meinung: Entweder man mag ihre Art zu singen oder nicht. Vielen sind ihre melancholischen Lieder einfach zu schwermütig. Kein Wunder, denn die andere, temperamentvolle Seite in Alexandras Repertoire wie „Janos von der Puszta“ oder „Klingt Musik am Kaukasus“ blieben weitgehend unbekannt.

Noch bevor der Sängerin 1966 der Durchbruch gelang, reiste sie nach Andalusien, wo sie bei Zigeunern das Spiel auf der Flamenco-Gitarre erlernte. Das in ihr verborgene spanische Temperament äußert sich in dem Lied „El vito“, das erst posthum veröffentlicht wurde. Echten Fans geht ihre Stimme auch heute noch, 48 Jahre nach ihrem tragischen Unfalltod, tief unter die Haut.

Alexandra, mit bürgerlichem Namen Doris Treitz, wurde in die Familie des Justizsekretärs August Treitz und seiner Frau Wally Swetosch geboren. Während der Vater als eher ruhig galt, war ihre Mutter temperamentvoll und eine begnadete Erzählerin, der die Tochter viele Inspirationen für ihre eigenen Liedertexte verdankte. Familie Swetosch führte in Heydekrug eine kleine Kolonialwarenhandlung mit Gaststätte und einer gut gehenden Meierei. Während die junge Familie Treitz sich in Heydekrug niederließ, lebte die Verwandtschaft im nicht weit entfernten Willkischken, wo man sich häufig traf. Der Krieg setzte der ostpreußischen Idylle ein Ende. 1944 gelang der Familie die Flucht, und sie fand in Kiel eine Bleibe. Die Mutter setzte sich dafür ein, dass ihre Jüngste eine klassische Ausbildung nebst Klavierstunden erhielt. Schon früh zeigte sich Alexandras Talent. Eigentlich wollte sie Schauspielerin werden, nahm Unterricht und jobbte nebenher.

Zum Entsetzen ihrer Familie heiratete Doris 1962 den 30 Jahre älteren Russen Nikolaj Nefedow. 1963 wurde ihr Sohn Alexander geboren. Wegen ihres Drangs ins Musikgeschäft und weil es Nikolaj in die USA zog, scheiterte die Ehe nach nur zwei Jahren. Die junge Frau musste sich allein durchschlagen. Die Mutter gab ihr den nötigen Rückhalt.



Bild: pa

Am Ziel angelangt: Alexandra in der ZDF-Hitparade

Alexandra tingelte mit ihrer Gitarre durch Hamburger Bars, in denen sich junge Musiker zu Folklore-Abenden trafen. Abends trug sie von ihr bearbeitete russische Lieder vor, tagsüber arbeitete sie im Büro eines Verlags. Da die gelernte Grafikerin auch eine talentierte Zeichnerin war, wurde sie vielseitig eingesetzt. Ihr damaliger Chef, Alfons Semrau, feuerte sie allerdings nach einem Streit wegen ihrer aufmüpfigen Art, empfahl sie aber dennoch seinem Freund, dem bedeutenden Produzenten und Talentemacher Fred Weyrich. Nachdem die junge Künstlerin Weyrich einen Abend lang ihr gesamtes Repertoire vorgetragen hatte, nahm der sie sofort unter Vertrag, und zwar gleich für fünf Jahre. Das hatte er zuvor noch nie getan: „Ihre starke Persönlichkeit, ihr Ausdrucksvermögen, ihre Überzeugungskraft in allem, was sie machte, und ihre unglaubliche Präzision, ihre Sicherheit in der Musik, ihr ausgezeichnetes Gitarrenspiel, all das faszinierte mich. Ich wusste, hier ist eine ganz seltene Begabung.“

Ab da ging alles Schlag auf Schlag. Mit ihren von slawischer Sehnsucht erfüllten Liedern lag sie voll im Trend. Es war die Zeit des Tauwetters und eine Russenwelle hatte Deutschlands Showgeschäft ergriffen. Es folgten eine Russland-Tournee, zahlreiche Fernsehauftritte und Konzerte mit Adamo. In ihrer nur drei Jahre währenden Karriere erreichte Alexandra soviel, wie andere in einem ganzen Künstlerleben nicht. Sie reiste zu Festivals nach Bulgarien, Tschechien und Brasilien, feierte große Erfolge in Holland und Frankreich.

Der ständige Termin- und Erfolgsdruck forderte schließlich seinen Tribut: Von persönlichen Rückschlägen wie dem Tod des Vaters und der Verlobung mit einem Heiratsschwindler zurückgeworfen, wurde Alexandra ängstlich und nervös. An ihrem Todestag, dem 31. Juli 1969, hatte sie in Hamburg noch einen neuen Plattenvertrag abgeschlossen und begab sich anschließend mit ihrem Auto Richtung Sylt. Sie hatte noch viel vor, wollte Chansonsängerin mit eigenen Texten und Melodien werden, weg vom Russenimage, das sich allmählich abgenutzt hatte. Das Schicksal wollt es anders: Ihr Leben endete abrupt, als sie im schleswig-holsteinischen Tellingstedt einem Lkw die Vorfahrt nahm. Die Sängerin verstarb noch am Unfallort, an dem ein von Fans aufgestellter Gedenkstein an sie erinnert.

Bis heute ist die Sängerin mit der unverwechselbaren Stimme unvergessen: An ihrem 75. Geburtstag trifft sich der Verein „Alexandra-Freunde e.V.“ in Bad Sachsa im Harz, wo Alexandra oft Urlaub machte. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Wann wurde die Bundesrepublik souverän?

Vor 65 Jahren unterzeichneten der westdeutsche Teilstaat und seine Besatzer den Deutschlandvertrag

Die Bundesrepublik Deutschland wurde gleich zweimal in ihrer Geschichte für „souverän“ erklärt – auf dem Papier. Das erste Mal geschah dies durch den Deutschlandvertrag vom 26. Mai 1952. Tatsächlich bleibt dem Verlierer des Zweiten Weltkrieges die uneingeschränkte Selbstbestimmung aber bis heute versagt.



Gut gelaunt am Vorabend der Unterzeichnung des Deutschlandvertrages im Amtssitz des US-amerikanischen Hochkommissars John Jay McCloy in Mehlem bei Bonn: Der britische Außenminister Sir Anthony Eden, Bundeskanzler Konrad Adenauer, der US-amerikanische Außenminister Dean Acheson und der französische Außenminister Robert Schuman.

Bild: pa

Vor 65 Jahren trafen sich Bundeskanzler Konrad Adenauer und die Botschafter Dean Acheson (USA), Anthony Eden (Großbritannien) und Robert Schuman (Frankreich) im Bundesratssaal des Bonner Bundeshauses und unterzeichneten dort den „Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten“ – vielfach auch „Deutschlandvertrag“, „Bonner Vertrag“ oder „Bonner Konvention“ genannt. Mit dem Abkommen sollte die drei Jahre zuvor gegründete Bundesrepublik die „volle Macht über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten“ erhalten und somit nicht länger unter dem alliierten Besatzungsstatut stehen. Letzteres war am 10. April 1949 von den Militärgouverneuren Lucius D. Clay, Brian Hubert Robertson und Pierre Kœnig oktroyiert worden. Damit hatte die Herrschaft des Kriegsrechts der Sieger geendet. Allerdings billigte das Besatzungsstatut dem deutschen Volk nur zu, dass es sich „im größtmöglichsten Maße selbst regiert, soweit dies mit der Besatzung vereinbar ist“.

Die Bonner Übereinkunft ging ganz maßgeblich auf eine Initiative Achesons zurück. Der US-Botschafter hatte dem Nationalen Sicherheitsrat in Washington am 3. Juli 1950 eindringlich nahegelegt, die Bundesrepublik „so schnell wie möglich in eine enge und feste Verbindung mit dem Westen zu bringen.“

Das nötige Gesetz zur Ratifizierung des Vertrages verabschiedete der Deutsche Bundestag am 19. März 1953 mit den Stimmen der Regierungskoalition aus CDU/CSU, FDP und Deutscher Partei (DP), während die Abgeordneten von SPD und KPD nach einer turbulent verlaufenen letzten Diskussion geschlossen gegen die Abmachung votierten. Zuvor hatten beide Seiten noch insgesamt 14 Gutachten über die Verfassungsmäßigkeit des Abkommens aufgeboten, die sage und schreibe 25 Pfund wogen. Ein Grund für den Widerstand der Linken war deren Aversion gegen eine Remilitarisierung Deutschlands. Schließlich war der Deutschlandvertrag durch ein Junktim mit dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) vom 27. Mai 1952 versehen, der die Bundesrepublik verpflichtete, Kontingente für eine gemeinsame Armee der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) zu stellen. Das Ende des Besatzungsstatuts wollten die Besatzer der Bundesrepublik schließlich nicht umsonst gewähren, sondern nur als Gegenleistung dafür, dass diese ihnen Soldaten für den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion zur Verfügung stellte. Abgesehen von der Ablehnung einer deutschen Remilitarisierung kritisierte die SPD, dass das Regelwerk die Westintegration der Bundesrepublik forcieren würde, womit der Kreml provoziert und die Wiedervereinigung Deutschlands behindert werde. Aber letztlich reichten die 166 „Nein“-Stimmen des linken Lagers nicht aus, denn die Befürworter kamen auf 224 Stimmen.

Am 30. August 1954 lehnte es die französische Nationalversammlung per Geschäftsordnungsantrag mit 319 gegen 264 Stimmen ab, die Annahme des EVG-Vertrages überhaupt auf die Tagesordnung zu setzen. Damit waren beide Übereinkünfte faktisch obsolet. Viele französische Abgeordnete fürchteten wohl, Deutschland könne durch die EVG wieder die Vorherrschaft in Europa erlangen. Dabei wurde die Bundesrepublik durch den Vertrag schon insofern diskriminiert, als sie im Gegensatz zu ihren Vertragspartnern neben der Europaarmee keine eigenen nationalen Streitkräfte unterhalten durfte.

Nach diesem Eklat entspann sich ein diplomatischer Verhandlungsmarathon, in dessen Verlauf es dem britischen Außenminister Eden gelang, sein Land sowie die USA, Kanada und die EGKS-Staaten an den Verhandlungstisch zu bringen. Am 3. Oktober 1954 beschloss die von den genannten Staaten beschickte sogenannte Londoner Neunmächtekonferenz, dass die Bundesrepublik als Gegenleistung für den Deutschlandvertrag statt der EVG nun sowohl der NATO als auch der gerade in Gründung befindlichen Westeuropäischen Union beitrete – und zwar als souveräner Staat sowie einzig legitimer Vertreter ganz Deutschlands. Des Weiteren verpflichtete sich die Bundesrepublik, die Charta der Vereinten Nationen anzuerkennen und bei einer möglichen deutschen Wiedervereinigung auf Gewalt zu verzichten. Außerdem akzeptierte Bonn das Verbot der Produktion von atomaren, chemischen und biologischen Waffen sowie die Beschränkung des Personalbestandes der künftigen Bundeswehr auf eine halbe Million Mann beziehungsweise zwölf Divisionen und den NATO-Oberbefehl über die von ihr aufzustellenden und zu unterhaltenden Streitkräfte in operativen Belangen.

Dem folgten weitere diplomatische Gespräche in Paris, an deren Ende ein komplexes Regelungswerk stand unter Einschluss des Deutschlandvertrages, der am 5. Mai 1955 in Kraft trat. Dessen Artikel 1 besagte, dass nun das Besatzungsregime ende und die Bundesrepublik demgemäß über „die volle Macht eines souveränen Staates“ verfüge.

Dies entsprach allerdings nicht der Realität, denn laut dem nachfolgenden Artikel 2 behielten „die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten



Vor der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages und den Flaggen ihrer Staaten: Die Außenminister der sechs Vertragsstaaten

Bild: Action press

Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung“. So galten beispielsweise die alliierten Notstandsrechte fort, bis die Bundesrepublik 1968 eine eigene Notstandsgesetzgebung verabschiedete. Außerdem war der „Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland“ Teil des in Paris ausgehandelten Pakets von Abmachungen. Und dieser „Truppenvertrag“ erlaubte den Alliierten weiterhin, Streitkräfte in Deutschland zu stationieren.

Eine zusätzliche Beschränkung der Souveränität Westdeutschlands ergab sich aus dem „Memorandum of Understanding“ und anderen geheimen Vereinbarungen zwischen Adenauer beziehungsweise dessen „grauer Eminenz“ Hans Globke und dem bisherigen britischen Hohen Kommissar Frederick Millar vom 11. Mai sowie vom 24. und 27. Juni 1955. Darin ging es um die Tätigkeit der Nachrichtendienste der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf dem Boden der Bundesrepublik. Legitimiert durch diese Übereinkünfte konnten CIA, NSA, MI6 und andere westalliierte Geheimdienste ungehindert deutsche Staatsbürger ausspionieren und dabei sogar noch den Bundesnachrichtendienst und die Verfassungsschützer von Bund und Ländern zur Zuarbeit verpflichten, wie der Freiburger Historiker Josef Foschepoth 2012 in seinem Buch „Überwachtes Deutschland“ auf der Grundlage von bisher als geheim klassifizierten Dokumenten nachwies.

Dieselben geheimdienstlichen Rechte sicherten sich die drei Westmächte in Artikel 3 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, das am 1. Juli 1963 an die Stelle des „Truppenvertrages“ trat, sowie in mehreren Verwaltungsvereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und den USA, Großbritannien und Frankreich vom 28. Oktober 1968 beziehungsweise Herbst 1969.

Insofern traf der langjährige Willi-Brandt-Vertraute Egon Bahr den Nagel auf den Kopf, als er Ende 2011 konstatierte, die Behauptung, die Bundesrepublik wäre 1955 souverän geworden, sei „eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik“. Dabei verwies er auch auf die „Unterwerfungsbriefe“, die mehrere deutsche Regierungschefs nach ihrem Amtsantritt an die Botschafter der drei Westmächte hatten schicken müssen. Darin soll garantiert worden sein, dass die alliierten Sieger-Privilegien weiterbestünden. Dahingegen wird die Existenz der „Kanzlerakte“ und eines „Geheimen Staatsvertrages vom 21. Mai 1949“ zwecks Festschreibung US-amerikanischer, britischer und französischer Vorbehaltsrechte bis zum Jahre 2099 durch keine handfesten Belege gestützt.

Nach der „Wende“ bekam die Bundesrepublik zum zweiten Mal – nunmehr einschließlich Mitteldeutschland – in Artikel 7 des „Vertrages über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ (Zwei-plus-Vier-Vertrag) vom 12. September 1990 „die volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten“ zugesichert. Das änderte jedoch nichts an der weiter fortbestehenden Gültigkeit der Abmachungen über die Sonderrechte der westalliierten Geheimdienste im Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut sowie den Verwaltungsvereinbarungen von 1968/69. Letztere wurden zwar schließlich im August 2013 per Notenaustausch aufgehoben, aber Erstere sind nach wie vor gültig. Deswegen war es auch keineswegs illegal, dass die NSA das Mobiltelefon von Bundeskanzlerin Angela Merkel abhörte. Dies bekräftigte Foschepoth in einem Interview mit der „Zeit“: „Als Regierungschefin ... müsste sie von den Vereinbarungen wissen und über die Zusammenarbeit der Dienste informiert sein. Ich selber habe in den Geheimarchiven der Regierung geforscht. Da findet man das alles. Sie müsste einfach nur mal in den Keller ihres Kanzleramtes gehen ... Deshalb ist das schon ein bisschen Heuchelei, wenn sie sich nun öffentlich beschwert, nur weil sie jetzt selber betroffen ist.“

Außerdem wäre da noch die ebenfalls weiter geltende Feindstaatenklausel in den Artikeln 53, 77 und 107 der Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945. Diese erlaubt die Durchführung von „Zwangsmaßnahmen“ ohne Ermächtigung durch den Sicherheitsrat „gegen einen Staat, der während des Zweiten Weltkrieges der Feind irgendeines Signatars der vorliegenden Satzung gewesen ist“ – primär also gegen Deutschland und Japan. Hierauf angesprochen, windet sich das Auswärtige Amt in Berlin und meint, diese Bestimmungen der UN-Charta seien durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag hinfällig geworden. Warum blieb es dann aber bei der Absichtserklärung der 50. Generalversammlung der Vereinten Nationen von 11. Dezember 1995 (Resolution 50/52), die drei Artikel „auf ihrer nächsten dafür geeigneten Tagung“ zu streichen? Zumal ja gleichfalls kein Friedensvertrag zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Kriegsgegnern existiert. Auch in diesem Falle gilt der Zwei-plus-Vier-Vertrag als Allheilmittel, das angeblich weitere Regelungen unnötig mache und verhindere, dass sich die Westmächte einfach über deutsche Souveränitätsrechte hinwegsetzen.

Wolfgang Kaufmann



Im Falle einer uneingeschränkten Selbstbestimmung der Bundesrepublik wäre Abhören des Mobiltelefons der Bundeskanzlerin durch die NSA illegal: Das Dach der US-Botschaft in Berlin, die Medienberichten zufolge wohl als Horchposten diente.

Bild: pa

Der Moment der Woche

Fotos (2): IRRI Photos

Eine Handvoll Teufelswerk? Der sogenannte „Goldene Reis“ enthält dank Gentechnik erhöhte Mengen Beta-Carotin, eine Vorstufe des Vitamin A. Umweltorganisationen wie Greenpeace lehnen den genmanipulierten Reis mit allen Mittel ab und verhindern seine Verbreitung in weiten Teilen der Dritten Welt (Foto rechts: Feldversuch auf den Philippinen). Dagegen protestierten im letzten Jahr unter anderem 100 Nobelpreisträger, darunter die deutsche Biologin Christiane Nüsslein-Volhard. „Der Goldene Reis kann helfen, bei 250 Millionen Menschen Krankheit oder Tod durch Vitamin-A-Mangel zu bekämpfen“, so ihr Einwand. Der Druck der Spitzenwissenschaftler hatte Erfolg. 2018 soll der Reis in Bangladesh zugelassen werden. *FH*

Wir sind nicht alle Deniz

Deniz Yücel ist ein Opfer, aber kein Märtyrer der Meinungsfreiheit

Nein, in die Solidiaritäts-Autokorsos für Deniz Yücel, den seit 14. Februar von Erdogan weggesperrten Journalisten mit deutscher und türkischer Staatsbürgerschaft, möchte sich der Saarbrücker Literaturwissenschaftler Günter Scholdt nicht einreihen. Hier beschreibt er warum.

Schimpffreudige können aufatmen. Was ihnen sonst von unseren politischen Tugendwächtern strikt verboten ist, wird momentan gestattet. Denn auch bei Mainstream-Politikern und -Medien ist aktuell Erdogan-Bashing angesagt. Wir leben in einem großen Wahlkampfjahr, und da heißt es – von „Populisten“ aufgeschreckt – zumindest rhetorisch Flagge und Härte zeigen. Ich als Teil des bundesrepublikanischen Stimmviehs genehmige mir diesmal allerdings Zurückhaltung. Nicht, dass ich den Sultan von Istanbul besonders ins Herz geschlossen hätte. Weiß Gott nicht. Aber die Gemeinschaft der nun plötzlich Empörten ist mir ein wenig zu anrüchig, um mich darin wohl zu fühlen. Irgendwie ist mir der Schulterschluss mit jenen Gutmenschen suspekt, die noch vor gar nicht so langer Zeit jeden als „rechts“ und „fremdenfeindlich“ attackierten, der Zweifel am Doppelpass schürte oder daran, dass die Türkei zu Europa gehöre.

Manche Äußerungen der nun sprunghaft gewachsenen Türken-Kritiker, die in den Jahren zuvor angeblich nichts davon merkten, dass sich in etlichen Immigranten-Organisationen autoritäre Strukturen oder Geheimdienst-Stützpunkte in unseren Lasten und Kosten etablierten, wirken auf mich so peinlich wie diverse Solidaritäts-Autokorsos in Sachen Yücel.

Eine anrüchige Gemeinschaft der Empörten

Seit 14. Februar sitzt der Journalist in einer Strafvollzugsanstallt nahe Istanbul ein. „Propaganda für eine terroristische Vereinigung“ hat er sich angeblich zu Schulden kommen lassen, und bitte verstehen Sie mich jetzt nicht falsch: Unser Auswärtiges Amt möge alle üblichen Anstrengungen unternehmen, um einem Doppelstaatler die ihm zustehende Unterstützung zu gewähren. Nur feiern wir bitte keinen „Märtyrer“ der Meinungsfreiheit. Und wenn sein oberster Boss, Springer-Vorstandschef Döpfner, verkündet, „Wir alle sind Deniz“, gestatte man mir persönlich ein Ausklinken aus dieser Gesinnungsgemeinschaft. Desgleichen, wenn er hinzusetzt: „Da, wo man Gedanken nur deshalb die Freiheit nimmt, weil sie einem nicht gefallen, tut man das früher oder später auch mit den Menschen.“ Vollkommen richtig, Herr Döpfner. Nur wäre ich froh, wenn Sie diese Devise auch hierzulande beherzigten, indem Sie die selektive und oft hetzerische Kampagne gegen eine ungeliebte politische Alternative einstellten.

Und was Yücel, den „Märtyrer“, betrifft: In einem ganz anderen Sinn ist er tatsächlich Opfer – eines Milieus nämlich, das ihn zu Kurzschlüssen verleitete, die nun hinter Gitter endeten. Hat ihm eine liebedienerische Clique doch hierzulande ein Zerrbild der Wirklichkeit vermittelt, wonach radikale Linke stets Artenschutz genießen. Zudem konnte er, was typisch deutsch ist, seine nationalmasochistische Meinungsware sogar zum gewinnbringenden Geschäftsmodell ausmünzen. Verzockt hat er sich allerdings in der Erwartung, solche Rahmenbedingungen fänden sich auch anderswo, und dies ausgerechnet in der Türkei. Insofern haben wir Biodeutschen offenbar doch ein Quäntchen Verantwortung für dieses klassische Missverständnis. Tragen wir's unverzagt! Bei solchen Bürden unserer Kollektivpsyche sind wir ja ohnehin Weltmeister.

Wenn die freie Meinung hinter Gitter wandert

Auf Volksverhetzung stehen härteste Strafen – Dabei widerspricht das »Äußerungsdelikt« sogar der UN-Menschenrchtskonvention

Was muss man sich heutzutage eigentlich zuschulden kommen lassen, um von der sonst so milden deutschen Justiz für mehr als 14 Jahre ins Gefängnis geschickt zu werden? Mord, Terrorismus, Geiselnahme? Nicht unbedingt: Manchmal reicht auch schon ein obskures Delikt namens „Volksverhetzung“.

Im Juli 2012 verurteilte das Oberlandesgericht Stuttgart die ehemalige Linksterroristin Verena Becker zu vier Jahren Freiheitsentzug. Damit „sühnte“ es deren Beihilfe zur Ermordung des Generalbundesanwalts Siegfried Buback sowie seiner Begleiter Wolfgang Göbel und Georg Wurster am 7. April 1977. Allerdings verbrachte das ehemalige RAF-Mitglied deswegen am Ende keinen einzigen Tag im Gefängnis. Dahingegen erhielt Beckers früherer Gesinnungsgenosse Horst Mahler, der ab 1997 zum Rechtsextremisten mutierte, Haftstrafen wegen diverser Verstöße gegen den Volksverhetzungsparagraphen 130 in Höhe von insgesamt 14 Jahren und zwei Monaten ohne Bewährung. Hiervon verbüßte der ehemalige Rechtsanwalt dann auch sechseinhalb Jahre, bevor er 2015 vorläufig freikam, weil er sich in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel eine Infektion zugezogen hatte, aufgrund derer ihm der linke Unterschenkel amputiert werden musste. Dabei kann es jedoch sein, dass der nunmehr behinderte Mahler bald wieder hinter Gittern landet, denn er soll unbedingt auch noch den Rest seiner Strafe absitzen.

Was aber macht die Volksverhetzung so gefährlich, dass die Justiz bei diesem Delikt mit größerer Härte reagiert als im Falle eines heimtückischen terroristischen Dreifachmordes? Die erste Fassung des Paragraphen 130 im Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich von 1871 gab hierauf noch eine einigermaßen plausible Antwort: Volksverhetzung liege vor, wenn jemand „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich anreizt“. Allerdings wurde anlässlich der Neufassung dieser Rechtsnorm im Jahre 1960 nicht mehr nur der Aufruf zum gewaltsamen Klassenkampf unter Strafe gestellt. Vielmehr sah die Justiz nun schon Handlungsbedarf, sobald eine Person hierzulande Meinungen über „eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihre ethnische Herkunft bestimmte Gruppe“ äußert und damit „zum Hass aufstachelt“ oder die „vorbezeichnete Gruppe … beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet“. Außerdem begeht seit 1994 beziehungsweise 2005 auch derjenige eine Straftat, der bestimmte „unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlungen“, darunter vor allem den Holocaust, sowie die „nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft“ im allgemeinen „billigt, leugnet oder verharmlost“ und „verherrlicht oder rechtfertigt“.

Diese Neuregelungen stießen freilich auf vielfältige Kritik. So meinte der renommierte Historiker und Politikwissenschaftler Peter Reichel, mit dem Paragraphen 130 fördere man die Tendenz zum Gesinnungsstrafrecht, und fügte hinzu, es dürfe kein angeblich „richtiges, vom Staat verwaltetes Geschichtsbild“ geben. Darüber hinaus sagte Wolfgang Hoffmann-Riem, einstmals Verfassungsrichter, dass die streitbare Demokratie nicht den Fehler machen solle, „durch Repression Märtyrer zu schaffen.“

Zugleich gab es auch massive juristische Bedenken. Schließlich garantiert der Artikel 5 des Grundgesetzes jedem Deutschen „das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten.“ Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht im sogenannten Lüth-Urteil vom 15. Januar 1958 die Meinungsfreiheit auch als „eines der vornehmsten Menschenrechte überhaupt“ und „Lebenselement einer freiheitlich-demokratischen Staatsordnung“ bezeichnet. Einschränkungen, so die Karlsruher Richter dann weiter unter Bezug auf den Absatz 2 des Artikels 5, dürften daher nur durch „allgemeine Gesetze“ erfolgen, die „nicht eine Meinung als solche verbieten,“ sondern vielmehr „dem Schutze eines schlechthin, ohne Rücksicht auf eine bestimmte Meinung, zu schützenden Rechtsguts dienen“.

Doch der zwei Jahre später in Kraft getretene Paragraph 130 ist eben leider alles andere als ein Gesetz dieser Art – was insbesondere für die 1994 und 2005 hinzufügten Absätze gilt! Das kritisierte nicht zuletzt Thomas Fischer, Richter am Bundesgerichtshof, von dem der Standardkommentar zum Strafgesetzbuch stammt: Man habe es hier definitiv mit einer Sonderregelung zu tun, welche außerdem auch noch viel zu unbestimmt formuliert sei.

Und das gab das Bundesverfassungsgericht dann sogar in seinem Grundsatzbeschluss 1 BvR 2150/08 vom 4. November 2009 zu! Nichtsdestotrotz weigerte sich der Senat aber zugleich, die Verfassungswidrigkeit des Paragraphen 130 festzustellen. Dies tat er mit folgender bemerkenswerter, nicht nur in sprachlicher Hinsicht bizarrer Begründung: „Angesichts des sich allgemeinen Kategorien entziehenden Unrechts und des Schreckens, die die nationalsozialistische Herrschaft über Europa und weite Teile der Welt gebracht hat, und der als Gegenentwurf hierzu verstandenen Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, ist Art. 5 (1) und (2) GG für Bestimmungen, die der propagandistischen Gutheißung des nationalsozialistischen Regimes in den Jahren zwischen 1933 und 1945 Grenzen setzen, eine Ausnahme vom Verbot des Sonderrechts für meinungsbezogene Gesetze immanent.“ Mit anderen Worten: Die Verfassungswidrigkeit und somit Unzulässigkeit mancher Meinungsäußerungen ergebe sich quasi schon ganz automatisch aus der deutschen Geschichte!

Und das sollte dann wohl auch gleich noch die Antwort auf die vielgestellte Frage sein, wieso andere Länder ohne Regelungen auskommen, bei denen es im Ermessen eines Richters liegt, jemanden wegen Billigung des Nationalsozialismus zu verurteilen, weil er irgendetwas am Dritten Reich zu loben wagte: Deren Geschichte ist eben nicht unsere Geschichte.

Neuerdings wendet sich der Paragraph 130 allerdings weniger gegen NS-Sympathisanten, sondern gegen Kritiker des Islam und der verheerenden Flüchtlingspolitik der Regierung Merkel – die stellen nun die Mehrheit der „Volksverhetzer“. Außerdem stieg die Zahl der Verurteilungen stark an: Im als besonders „rechts“ geltenden Bundesland Sachsen beispielsweise wurden 2015 fast siebenmal so viele Strafbefehle wegen des „Hassdelikts“ ausgesprochen als 2014. Und 2016 lag die Quote dann sogar beim knapp Fünfzehnfachen von 2014. Ähnlich sah der bundesweite Trend aus: 2015 kam es zu einer Verdopplung der Verfahren aufgrund von Verstößen gegen den Paragraphen 130 des Strafgesetzbuches.

Während Deutsche also jetzt verstärkt mit der Justiz Bekanntschaft machen, wenn sie sich in unerwünschter Weise über Angehörige anderer Völker äußern, passiert im umgekehrten Falle gar nichts. Bestes Beispiel hierfür ist das Vorgehen der Hamburger Staatsanwaltschaft, nachdem der leitende Funktionär des Türkischen Elternbunds, Malik Karabulut, die Deutschen als „Köterrasse“ bezeichnet und hernach gedroht hatte: „Ab jetzt könnt ihr was erleben“. Mit der Begründung, die Volksverhetzung müsse gegen eine Gruppe gerichtet sein, „die als äußerlich erkennbare Einheit sich aus der Masse der inländischen Bevölkerung abhebt,“ wurde das Verfahren eingestellt.

Wolfgang Kaufmann



Lachend vorgebrachte Kritik: Karikatur zur Volksverhetzung Bild: Götz Wiedenroth, www.wiedenroth-karikatur.de

Ein Beschluss der UN

Der Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen beschloss bei seiner 102. Tagung im Juli 2011 in Genf: „Gesetze, welche den Ausdruck von Meinungen zu historischen Fakten unter Strafe stellen, sind unvereinbar mit den Verpflichtungen, welche die Konvention den Unterzeichnerstaaten hinsichtlich der Respektierung der Meinungs- und Meinungsäußerungsfreiheit auferlegt. Die Konvention erlaubt kein allgemeines Verbot des Ausdrucks einer irrtümlichen Meinung oder einer unrichtigen Interpretation vergangener Geschehnisse.“ Der Beschluss ist für alle Staaten bindend, die – wie die Bundesrepublik – die UN-Menschenrechtskonvention unterzeichnet haben.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 20 – 19. Mai 2017

»Ostpreußen lebt!«

Rede des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen beim Ostpreußentreffen 2017 in Neuss

Wir sind heute hier zusammen gekommen,

– um unsere Treue zu Ostpreußen zu bekunden und
– der Opfer von Flucht und Vertreibung zu gedenken,
– und denjenigen, die Flucht, Vertreibung, Deportation, Zwangsarbeit und Vergewaltigung überlebt haben, unsere Solidarität zu bekunden,
– um denjenigen Wehrmachtsangehörigen zu gedenken und zu danken, die unter Einsatz und tausendfachem Verlust des eigenen Lebens den Überlebenden die Flucht aus Ostpreußen ermöglicht haben und
– gleichzeitig unseren Willen zu bekräftigen, an der Zukunft Ostpreußens Anteil zu haben.

Und wir sagen allen:
Wir leben noch,
es gibt uns noch,
auch zwei Menschenalter nach der Vertreibung.
Wir stehen heute hier und rufen der Welt entgegen:
Bedenke, dass Ostpreußen nicht sterblich ist.
Ostpreußen hat im Laufe der Zeit viele Umwälzungen erlebt – und es hat 1945 nicht aufgehört zu bestehen.
Ostpreußen ist vielschichtig. Es ist Geschichte, Heimat, Platz unserer Wurzeln, Natur, Lebensfreude, Ort unserer Träume, Wünsche und Sehnsüchte – untrennbar mit unserem Schicksal verbunden.
Die Brasilianer sagen, Gott sei Brasilianer.
Das kann nicht sein, denn Gott ist Ostpreuße.
Wir bekennen uns zu Ostpreußen!
Ostpreußen ist uns Erbe und Auftrag.
Ostpreußen lebt!
Ostpreußen ist Zukunft!

Wir treffen uns heute im 73. Jahr nach Beginn der Vertreibung. Noch immer ist das Vertreibungsunrecht nicht aufgearbeitet, nicht verarbeitet, schon gar nicht gesühnt.
Von den 2,5 Millionen Ostpreußen verloren durch Krieg, Flucht und Vertreibung mehr als ein Viertel ihr Leben.
In Deutschland insgesamt, also auch unter Einschluss der Ostprovinzen, starben während des Krieges etwa 6,8 Millionen, dies ist ein Zwölftel der Bevölkerung gewesen.
Die Wahrscheinlichkeit, in Ostpreußen während des Krieges durch Kampfhandlungen oder Vertreibungsmaßnahmen umzukommen, war also drei- bis viermal höher als im übrigen Deutschland.
56 000 Ostpreußen fielen im Kriege als Soldaten.
123 000 Personen oder fünf Prozent starben nachweislich direkt bei den allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen,
390 000 Zivilpersonen oder 16 Prozent galten 1965 noch als verschollen. Diese Menschen haben also Ostpreußen 1945 verlassen und sind nie wieder aufgetaucht, verschwunden in den Wirren von Krieg, Flucht und Vertreibung.
In Ostpreußen war die Gefahr, als Zwangsarbeiterin in die sibirischen Weiten verschleppt oder – auch vielfach – vergewaltigt zu werden, um ein mehrfaches höher als im übrigen Reichsgebiet.
Wir erinnern die Welt und uns daran, dass die Ostpreußen, die Älteren unter uns selbst, von den jüngeren die Eltern und Großeltern, 1944 und in den folgenden Jahren gegen ihren Willen mit Gewalt oder Androhung von Gewalt und unter teils grausamsten Umständen zum Verlassen der angestammten Heimat gezwungen, also vertrieben wurden, so wie ihre Schicksalsgefährten aus den übrigen Ostprovinzen des Reiches auch.
Diese Vertreibung war in Art, Umfang und Durchführung singulär und ein furchtbares völkermordähnliches Verbrechen, das auch durch die in deutschem Namen zuvor vom Nazi-Regime begangenen noch schlimmeren Verbrechen weder gerechtfertigt noch entschuldigt werden kann.
Sie ist der Grund dafür, dass es unsere und die übrigen Landsmannschaften gibt.
Wir dürfen das weder vergessen noch verschweigen.
Mit dem Erleiden der Vertreibung traf die Deutschen östlich von Oder und Neiße, insbesondere aber die Ostpreußen, ein Sonderschicksal:
Eine Vertreibung mit Austreibung von fast 100 Prozent der ansässigen Bevölkerung bei gleichzeitiger Vergewaltigung und Ermordung Hunderttausender Zivilpersonen kam westlich der Oder-Neiße-Linie nicht vor.
Das Vertreibungsunrecht, das Entreißen der Heimat, der Verlust von Haus und Hof, von Eigentum und Besitz, das Erleiden multipler Verletzungen und Traumatisierungen wirkt bis in die dritte Generation fort. Es wurde nie geahndet, gesühnt oder ausgeglichen.
Die Täter wurden nie zur Verantwortung gezogen.
Unverständlich ist übrigens auch, dass heute der Verlust eines Viertels Deutschlands nicht allgemein als Verlust empfunden wird. Diese Tatsache ist den Menschen oftmals schlicht unbekannt, nicht zuletzt Folge einer verfehlten Bildungspolitik.
Ebenso Folge einer verfehlten Bildungspolitik ist die vielfach vorgenommene Gleichsetzung von deutschen Vertriebenen und Flüchtlingen 1944/45 und den heutigen „Geflüchteten“ und Migranten.
Anders als heute wurde damals niemand vorgeschickt, der dann die anderen im Rahmen des Familiennachzuges nachholen sollte:
Es gab keine Smartphones, mit denen man Verbindung nach Hause hätte halten können. Zu Hause war niemand mehr, außer den Russen, sonst wäre man ja selbst geblieben.
Wenn der Russe vor der Tür stand, gab es für niemanden eine Wahl: Entweder man flüchtete oder kam um oder schlimmeres.
Die Kunde vom Massaker von Nemmersdorf und die Aufrufe des Ilja Ehrenburg zur Ermordung und Vergewaltigung aller Deutschen eilten der Roten Armee voraus und ließen den Ostpreußen keine Wahl.
Die Flüchtlinge 1945 waren Binnenflüchtlinge im eigenen Land. Trotzdem mussten sie viele Jahre, auch ein Jahrzehnt warten, bis es eine eigene Wohnung gab.
Die deutschen Vertriebenen wären zu Fuß – ja auf den Knien – und ohne alles nach Hause zurückgekehrt, wenn man sie nur gelassen hätte.
Krieg, Flucht und Vertreibung liegen nun fast sieben Jahrzehnte zurück.
Sie sind – zunächst langsam und unmerklich, aber doch unaufhaltsam – Geschichte geworden. Erlebte Geschichte von noch vielen, die unter uns sind und leben. Geschichte, die unser Dasein bis heute prägt
Von den Tätern der damals wechselseitig begangenen Verbrechen lebt fast niemand mehr. Schuld ist immer individuell. Sie ist mit den Tätern gestorben. Auch sie ist Geschichte geworden.
Die Vergangenheit bleibt uns Mahnung und Auftrag, es anders, besser zu machen.
Anders als in früheren Jahren ist heute festzustellen, dass sich das Verhältnis der deutschen Politik in Bezug auf das Vertreibungsunrecht und die Vertriebenen selbst deutlich gewandelt hat.
Die in letzter Zeit wieder empathische und unterstützende Politik der Bundesregierung und etlicher, aber nicht aller, Landesregierungen macht sich vor allem
– an der Einführung des Vertriebenengedenktages,
– an der Einführung der Entschädigung für ehemalige deutsche zivile Zwangsarbeiter,
– an deutlich erhöhten Zuwendungen für die Erfüllung der Aufgaben gemäß Paragraf 96 Bundesvertriebenengesetz gerade auch für das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg,
– und an einer fühlbar verbesserten Zusammenarbeit der politischen Entscheidungsebenen mit Landsmannschaft und BdV
fest.
Außerdem werden die Verbände der deutschen Volksgruppe in Ostpreußen fortlaufend zufriedenstellend gefördert.
Die Ostpreußen, und das möchte ich an dieser Stelle herausstellen, sind dem Bund (Bundesregierung und Bundestag) und dem Freistaat Bayern, dem Patenland der Landsmannschaft Ostpreußen, zu Dank verpflichtet für die Unterstützung unserer Anliegen und Aufgaben in der laufenden Legislaturperiode.
Wir hoffen und appellieren, dass die Politik diesen eingeschlagenen Weg fortsetzt.
Ebenso erfreulich ist die Zusammenarbeit mit den polnischen Behörden im südlichen Ostpreußen, die problemlos und spannungsfrei sind; der polnische Staat hat sogar schon Veranstaltungen der Landsmannschaft Ostpreußen gefördert.

Meine Damen und Herren,
auch heute werden wir am Schluss dieser Festveranstaltung *Einigkeit und Recht und Freiheit* singen.
Dieser Dreiklang ist Synonym für die freiheitliche Grundordnung unserer Nation.
Doch wie ist es eigentlich heute darum bestellt?
Wie einig ist unser Volk heute noch?
Wie steht es um das Recht in Deutschland?
Wie steht es um die Freiheit des Deutschen Volkes insgesamt und die des einzelnen deutschen Volkszugehörigen?
Man wird bei näherer Betrachtung festzustellen haben, dass deutliche Risse durch unser Volk gehen.
Namentlich die aktuelle Zuwanderungspolitik und die Zuwanderung von eineinhalb Millionen Menschen aus Weltgegenden mit völlig anderer kultureller Prägung haben Gräben aufgerissen.
Die Unzufriedenheit über die Verhältnisse, namentlich zahlreiche Betrugsfälle mit Identitätsfälschung und Leistungserschleichung, die stark gestiegene Gewaltkriminalität und die Überlastung der Sozialsysteme ist erheblich.
Die jüngst veröffentlichten Statistiken über Hartz-IV-Bezug und Kriminalität sprechen eine deutliche Sprache.

Bei seiner Rede vom vergangenen Sonnabend in der Neusser Stadthalle: Der Sprecher der LO, Stephan Grigat Bild: PAZ

Fortsetzung auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

Es gab 2016 174 000 straffällig gewordene Neu-Migranten.
Eine Million Nicht-EU-Ausländer beziehen inzwischen Hartz IV (Tendenz steigend), knapp ein Drittel aller Hartz-IV-Bezieher sind Ausländer.
Auswirkungen, die die einheimische Bevölkerung zu spüren bekommt, machen sich vor allem in den Schulen und den Krankenhäusern bemerkbar.
Wie wenig die Integration einer bestimmten Volkgruppe in mehr als einem halben Jahrhundert gelungen ist, konnten wir im Zusammenhang mit einer Abstimmung über die Einführung einer Präsidialverfassung in der Türkei am – ausgerechnet – Ostersonntag feststellen.
Ich will mich hier nicht mit den Inhalten der Abstimmung und den Begleitumständen in der Türkei befassen.
Im Zusammenhang mit der Einheit unseres Volkes muss es aber nachdenklich, wenn nicht befremdlich stimmen, wenn Hunderttausende, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben oder hier geboren sind, die wir als welche von uns ansahen, so deutlich ihre Zugehörigkeit zum türkischen Volkstum öffentlich demonstrieren.
Die Art und Weise, wie dies geschah, hätte den deutschen Grünen und Linken hinreichenden Anlass gegeben, sich über Rechtslastigkeit und übersteigerten Nationalismus zu ereifern, wenn denn nicht türkische, sondern deutsche Fahnen geschwenkt worden wären.
Es ist unzweifelhaft, dass in Deutschland Parallelgesellschaften entstanden sind.
Parallelgesellschaften entzweien die Gesellschaft und beeinträchtigen deren Einigkeit.
Es gibt Menschen, die befürchten inzwischen, zu Fremden im eigenen Land zu werden.
Und es gibt Vertriebene, die Angst haben, Jahrzehnte nach der Vertreibung erneut heimatlos zu werden.
Das sind keine abstrusen Ängste, sondern Dinge, die beizeiten ernst genommen werden müssen.
Wie ist es nun um das Recht in unserem Staat bestellt?
Ich darf Horst Seehofer, einen ausgewiesenen Freund unserer Landsmannschaft und Ministerpräsidenten unseres Patenlandes, des Freistaats Bayern, zitieren, der im vergangenen Jahr öffentlich konstatierte, „Wir haben im Moment keinen Zustand von Recht und Ordnung. Es ist eine Herrschaft des Unrechts!“
Gemeint war die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung.
Zahlreiche Bestimmungen des Ausländer-, Aufenthalts- und Strafrechts und das Dublin-II-Abkommen sind ohne Beteiligung des Bundestages für längere Zeit außer Kraft gesetzt worden.
Flüchtlingseigenschaft wurde ohne Ansehen der Person zuerkannt.
Erst vor zwei Wochen ist der skurrile Fall eines Bundeswehroffiziers bekannt geworden, der ohne objektiv nachvollziehbaren Tatsachenvortrag und sogar ohne arabische Sprachkenntnisse als syrischer Flüchtling anerkannt worden war.
Wie viel Lug und Betrug mag da im System verborgen liegen?
Zahlreiche Fälle von Identitätsbetrug und Leistungserschleichung, insbesondere Mehrfachbezug von Leistungen, sind bekannt geworden – leider auch Vertuschungsversuche von Behördenleitungen.
Schon vorher hat es gravierende Rechtsverletzungen gegeben:
Die sogenannte Griechenland-beziehungsweise Euro-Rettung verstieß gegen eine Vielzahl von EU-Verträgen und die entsprechenden vom Bundestag verabschiedete Begleitgesetze.
Davor gab es den überhasteten Atomausstieg, der die Rechtsordnung als Opfer am Wegesrand zurück ließ.
Die Bundesregierung hatte natürlich kein Recht, die Abschaltung der Atomkraftwerke zu verordnen. Das Bundesverwaltungsgericht hat die Rechtswidrigkeit dieses Regierungshandelns im letzten Jahr festgestellt, nicht ohne eine gewisse Schadenfreude darüber, dass die eingeschüchterten oder auf Linie gebrachten Energiekonzerne den ihnen zustehenden Schadensersatz haben verjähren lassen.
Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Rechtsbruch in diesem Lande aus Opportunitätsgründen nahezu gewohnheitsmäßig begangen wird.
Immer dann, wenn man glaubt, aus höheren Gründen (welchen?), eigentlich aber nur aus politischen oder ideologischen Gründen anders handeln zu sollen, als es das geschriebene Recht zulässt, wird dies gebrochen.
Das Rechts- und Sicherheitsgefühl des Volkes ist erschüttert.
Selbst höchste Verfassungsrichter, wie Papier, di Fabio und Bertram übten öffentlich scharfe Kritik an der Bundesregierung.
Das Kant'sche Prinzip, wonach das Recht nie der Politik, wohl aber die Politik jederzeit dem Rechte angepasst werden muss, ist unbeachtlich geworden.
Eine Frage des Rechts ist auch: Wer eigentlich ist das Volk?
Die Bundeskanzlerin hat unlängst verlautbart, das seien alle, die hier leben.
Das ist mit Händen zu greifen **falsch**.
Nach unserem Grundgesetz ist das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland das deutsche Volk [(Präambel, Artikel 146)].
Deutscher (und damit Angehöriger dieses Deutschen Volkes) ist [gemäß Artikel 116 Grundgesetz], wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.
Voraussetzung für die Zugehörigkeit zum Volk ist also die deutsche Staatsangehörigkeit oder die deutsche Volkszugehörigkeit.
Deutscher Volkszugehöriger ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird [Paragraf 6 Bundesvertriebenengesetz].
Die Feststellung der Frau Bundeskanzlerin zur Frage, wer das Volk ist, ist also nicht nur hinsichtlich der in Deutschland lebenden Personen ohne deutsche Staatsan- beziehungsweise Volkszugehörigkeit falsch, denn diese Personen gehören nicht zum Volk, sondern auch hinsichtlich unserer noch in der Heimat lebenden deutschen Volkszugehörigen. Diese sind von der Frau Bundeskanzlerin mal so eben aus dem deutschen Volk ausgegrenzt worden, denn sie leben ja nicht „hier“.
Hiergegen verwahre ich mich ganz ausdrücklich, hiergegen verwahrt sich die Landsmannschaft Ostpreußen.
Kommen wir zur Freiheit.
Zunächst einmal ist festzustellen: Wir leben zum Glück im immer noch freiesten Deutschland, das es je gab.
Dafür sollten wir dankbar sein.
Dennoch gibt es bedenkliche Erosionserscheinungen, derer wir uns ganz getreu dem Grundsatz „Wehret den Anfängen“ widmen müssen.
Es gibt die sogenannte Political Correctness, die festlegen soll, was man sagen darf und was nicht.
Ich sage ganz deutlich: Man darf alles sagen, was die Strafgesetze nicht verletzt.
Ob das dann gut oder richtig oder auch nur vertretbar ist, ist eine ganz andere Frage, meist eine solche des guten Geschmacks, über den sich bekanntlich nicht streiten lässt.
Ich halte es mit Voltaire: *Mein Herr, ich teile Ihre Meinung nicht, aber ich würde mein Leben dafür einsetzen, daß Sie sie äußern dürfen.*
Inzwischen haben wir uns daran gewöhnt, dass man Zigeunerschnitzel, Negerkuss und Reichskristallnacht nicht mehr sagen darf. Kürzlich ist schon das Wort „Landsleute“ mit dem Bann des unkorrekten belegt worden.
Folgeerscheinung der sogenannten „Political Correctness“ sind aber auch zum Teil erschreckend erfolgreiche Versuche, Veranstaltungen anders Denkender, insbesondere konservativer oder wirtschaftsliberaler Prägung gewaltsam zu verhindern.
Die Aktivitäten der Antifa machen nicht einmal vor Professoren in Universitäten Halt.
Eine derartige Erscheinung konnten wir auch beim Deutschlandtreffen 2014 in Kassel registrieren, bei der ein Häufchen Linksextremer die Ostpreußen pauschal beschimpfte und immerhin erreichte, dass alle Busse erhebliche Umwege fahren musste. Die Ostpreußen waren stark genug, das auszuhalten. Nicht jeder ist das.
Fast nur noch eine Fußnote ist es, dass in Kantinen und Mensen immer häufiger kein Schweinefleisch angeboten wird, weil es einer insgesamt immer noch kleinen Minderheit von gut fünf Prozent nicht genehm ist, und dass aus demselben Grunde es nicht mehr St.-Martins-Zug, sondern Laternenzug, nicht Weihnachtsmarkt, sondern Wintermarkt heißt.
Die Bestrebungen, sogenannte Hasskommentare in sozialen Medien ausschließen oder verfolgen zu wollen, birgt das Risiko einer Zensur, die nach Artikel 5 I Grundgesetz untersagt ist. Verstößt ein Post gegen ein Strafgesetz, sind die Strafverfolgungsbehörden ohnehin verpflichtet einzuschreiten.
Darüber hinaus ist staatliches Eingreifen in die Meinungsäußerung der Bürger nicht angezeigt. Wachsamkeit ist notwendig.
In unserem Land greift der Genderwahn um sich. Gender heißt verkürzt, dass zum einen das Geschlecht eines Menschen nicht durch biologische, sondern soziale Umstände bestimmt wird, und zum anderen, dass es nicht nur zwei, sondern je nach dem hunderte oder tausende Geschlechter gibt.
Eigentlich wäre das etwas zum Lachen.
Der Spaß hört aber da auf, wo Grundschüler gefragt werden, wann sie sich entschieden haben, „hetero“ zu sein (!), oder wo nach herkömmlichen Geschlechtern getrennte Toiletten abgeschafft werden, weil sie die Angehörigen aller anderen Geschlechter (!) diskriminieren.
Inzwischen wird in Wissenschaft und Forschung massiver Druck ausgeübt, zur Meidung beruflicher und persönlicher Nachteile „gendergerechte Sprache“ zu gebrauchen. Schon lange heißt es nicht mehr Student, sondern Studierender.
Inzwischen hat das auch in die deutsche Gesetzgebung Eingang gefunden: In der Straßenverkehrsordnung heißt es seit einiger Zeit „die Fahrrad fahrende Person“ statt „Fahrradfahrer“. Diese Skurrilität zeigt deutlich, wohin wir bereits gekommen sind.
Es soll in Deutschland übrigens mehr als 200 Lehrstühle für „Genderforschung“ geben. Für ostdeutsche Geschichte gibt es keinen einzigen.
Dichter am Fühlen und Erleben der Bevölkerung ist das durch steigende Gewaltkriminalität hervorgerufene Unsicherheitsgefühl.
Viele trauen sich nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr auf die Straße. Viele, auch jüngere, meiden inzwischen U- und S-Bahnen und fahren stattdessen Auto.
Insgesamt stellen wir fest, dass unsere Grundfesten Einigkeit und Recht und Freiheit zur Zeit etwas mitgenommen aussehen.
Das ist nicht überwiegend, aber auch eine Folge davon, dass zu viele in diesem Land das Gefühl dafür verloren haben, dass sie Teil des Staates sind und der Staat wir alle sind – jeder einzelne Bürger.
Der Staat ist nichts anderes als die Summe aller Bürger.
Zu viele konsumieren diesen Staat nur noch, sehen ihn als eine anonyme Instanz, die nur dazu da ist, die eigenen, oft übersteigerten, Ansprüche zu bedienen.
Die doch einigen Probleme, die ich eben skizziert habe, gehen nur zum Teil auf falsche Entscheidungen der Politik zurück, zu einem mindestens ebenso großen Teil beruhen sie auf der Nachlässigkeit und dem Desinteresse von zu vielen in unserer Gesellschaft.
Es ist an uns zu handeln, mitzuwirken.
Die Zukunft dieses Landes hängt von uns allen ab – von jedem einzelnen.
Lassen Sie mich mit einem Zitat des heiligen Ignatius von Loyola schließen:
„Handle so, als ob alles von dir, nichts von Gott abhinge. Vertraue so auf Gott, als ob alles von Gott, nichts von dir abhinge.“
Fangen wir an!



Rede vor einem interessierten Publikum: Die Eintrittskarten für das Jahrestreffen waren ausverkauft Bild: LO

Über drei Brückenzugänge kannst du gehn

Das deutsch-polnisch-tschechische Dreistaateneck soll attraktiver werden

Die Bundesrepublik Deutschland, die Republik Polen und die Tschechische Republik (CR) wollen ihr gemeinsames Dreistaateneck für Touristen attraktiv gestalten. Eine Fußgängerbrükke über die Neiße mit drei Zugängen aus den drei Staaten soll jeweils einen Weg zu der Stelle in der Flussmitte ermöglichen, die den gemeinsamen Schnittpunkt der Hoheitsgebiete der drei Nachbarn markiert.

Die Idee für ein solches Vorhaben ist quasi die Weiterentwicklung von drei provisorischen Brücken, die zum Festakt der Osterweiterung der EU am 1. Mai 2004 errichtet wurden. Eine Vereinbarung zur Finanzierung des neuen Brückenprojekts haben Zittaus Oberbürgermeister, Thomas Zenker, der Bürgermeister der böhmischen Nachbargemeinde Grottau (Hradek nad Nisou), Josef Horinka, und der Direktor des Niederschlesischen Verkehrs- und Eisenbahnservice (DSDIK) aus Breslau, Leszek Loch, in Anwesenheit des Marschalls (Ministerpräsident) der polnischen Woiwodschaft Niederschlesien, Cezary Przybylski, getroffen. Dieser hatte ebenso wie der Hejtman (Landeshauptmann) der nordböhmischen Region Reichenberg (Liberec), Martin Puta, im Vorfeld der Zusammenkunft seine Unterstützung des Projekts zugesichert. Die Initiative für das Vorhaben ging vom Städtebund „Kleines Dreieck“ aus, zu dem neben Zittau und Grottau auch Reichenau (Bogatynia) auf Seiten der Republik Polen gehört. Auch die Anrainerkreise Görlitz (Bundesrepublik), Ostgörlitz (Zgorzelec) (Republik Polen) und Reichenberg (CR) unterstützten das Vorhaben.

Der sogenannte Reichenauer Zipfel ist der einzige Teil der Oder-Neiße-Gebiete, der nicht zu Preußen gehörte, sondern zu Sachsen. Nichtsdestotrotz gehört dieses Gebiet mit seinen 18 000 Einwohnern, das nie ein Teil Schlesiens war, heute zur Woiwodschaft Niederschlesien, und die Heimatkreisvereinigung „Zittau-Ost“ gehört zur Landsmannschaft Schlesien. Für Sowjets und Polen stand die Anbindung an die Volksrepublik 1945 statt einer Grenzverkürzung außer Zweifel, denn im Reichenauer Zipfel hatte bereits die Braunkohleförderung eingesetzt. Der Tagebau hat massiven Einfluss auf den Wasserhaushalt der Region und die Schlote belasten die Umwelt.

Angesichts der unschönen Lage des Dreistaatenecks unweit der Halde kommen die Touristen nicht von selbst. Zumindest verläuft der Neißeradweg hier schon entlang, der von der Quelle des Flusses in Tschechien bis zur Insel Usedom verläuft. *Edmund Pander*



ZUM 101. GEBURTSTAG

Kasper, Margarete, geb. **Dombrowski**, aus Illowo, Narzym, Kreis Neidenburg, am 19. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bärthel, Ingeborg, geb. **Walden**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 25. Mai
Paulsen, Anni, geb. **Butschkat**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 20. Mai
Schunk, Hildegard, geb. **Fortak**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 24. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bombor, Ernst, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 21. Mai
Glatzel, Hildegard, geb. **Reisgies**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Plauk, Edith, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 24. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Cramer, Ursula, geb. **Hecht**, aus Wehlau, am 21. Mai
Domnik, Werner, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 19. Mai
Treczoks, Liesbeth, geb. **Bolz**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 143, am 21. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bendig, Erich, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 23. Mai
Daul, Eva, geb. **Melis**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 25. Mai
König, Emma, geb. **Conrad**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Robbert, Hildegard, geb. **Mügge**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 19. Mai
Schettkat, Gerda, geb. **Borm**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 25. Mai
Zwiener, Ottilie, geb. **Kondritz**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 21. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Baden, Elsbeth, geb. **Knopp**, aus Treuburg, am 22. Mai
Birkholz, Erika, geb. **Schäfer**, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 19. Mai
Gronau, Klaus, aus Dannenberg, Kreis Elchniederung, am 22. Mai
Joneleit, Irmgard, geb. **Emmenthal**, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 19. Mai
Klingohr, Emmy, geb. **Bokühn**, aus Gottesgnade, Kreis Preußisch Eylau, am 25. Mai
Leipacher, Edith, geb. **Schaade**, aus Gruten, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Mosner, Erna, geb. **Hoffmeister**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 21. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Czieslik, Heinrich, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 20. Mai
Dibbert, Lotte, geb. **Kumpies**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 25. Mai
Drewe, Gerda, geb. **Niederstrasser**, aus Dräwen, Kreis Ebenrode, am 20. Mai
Engelke, Erika, geb. **Butzkies**, aus Eckwalde, Kreis Elchniederung, am 19. Mai
Erith, Alfred, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 21. Mai
Hopp, Annemarie, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 25. Mai
Katzmarzik, Luise, geb. **Notebohm**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Mai
Koppetsch, Martha, geb. **Fuchs**, aus Mecken, Kreis Ebenrode, am 23. Mai
Penski, Werner, aus Lötzen, am 23. Mai
Sievers, Emmi, geb. **Kowalewski**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 22. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Masurek, Käthe, geb. **Sahmel**, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Pagio, Helene, aus Millau, Kreis Lyck, am 24. Mai
Rauch, Susanne, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 19. Mai
Regutzky, Walter, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 23. Mai
Roehl, Edith, geb. **Buttgereit**, aus Hellmahnen, Kreis Lyck, am 22. Mai
Schubert, Gertrud, aus Lyck, am 25. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bickele, Herta, geb. **Szepan**, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 20. Mai
Eichmann, Edith, geb. **Leifert**, aus Neusorge/Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 24. Mai
Hebel, Herta, geb. **Kullik**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 24. Mai
Kolpazik, Marga, geb. **Wohlgethan**, aus Wormen, Kreis Preußisch Eylau, am 24. Mai
Kraus, Kurt, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 23. Mai
Manko, Walter, aus Talken, Kreis Lyck, am 23. Mai
Reingräber, Irmgard, aus Hanffen, Kreis Lötzen, am 25. Mai
Rose, Siegfried, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 19. Mai
Sczesny, Hildegard, geb. **Kiyek**, aus Ulleschen Kreis Neidenburg, am 25. Mai
Stolz, Renate, geb. **Hubert**, aus Schatzberg, Kreis Preußisch Eylau, am 25. Mai
Zimpel, Erika, geb. **Nitschmann**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 25. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bosch, Klaus, aus Prostken, Kreis Lyck, am 22. Mai
Ellermann, Marga, geb. **Erdmann**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 23. Mai
Flath, Frieda, geb. **Szillat**, aus Kieslau, Kreis Elchniederung, am 25. Mai
Goskowitz, Rudolf, aus Wehlau, am 21. Mai
Klein, Charles N., aus Lyck, am 20. Mai
Pohl, Bruno, aus Groß Arnsdorf, Kreis Mohrungen, am 20. Mai
Pyrags, Friedrich, aus Kämpen, Kreis Elchniederungen, am 22. Mai
Schäfer, Maria, aus Lyck, am 25. Mai
Scharf, Käte, geb. **Habacker**, aus Stampelken, Kreis Wehlau, am 21. Mai
Schulz, Franz, aus Altdamm, am 22. Mai
Trinker, Paul, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 25. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bär, Margarete, geb. **Broschk**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 23. Mai
Christoleit, Gerda, geb. **Wenzel**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 22. Mai
Czypull, Benno, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 25. Mai
Hentschel, Christel, geb. **Balsam**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 20. Mai
Joswig, Erwin, aus Gustken, Kreis Lyck, am 23. Mai
Kapust, Horst, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 24. Mai
Klimmek, Heinz, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 20. Mai
Kosmowski, Hans-Georg, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 21. Mai
Pelka, Rudolf, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 24. Mai
Sawicki, Hildegard, geb. **Sdorra**, aus Sorden, Kreis Lyck, am 20. Mai
Staub, Annemarie, geb. **Langanke**, aus Wehlau, am 24. Mai
Wienroth, Helga, geb. **Schanko**, aus Grünheide, Kreis Treuburg, am 20. Mai
Wilken Ursula, geb. **Jander**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 20. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Böhnke, Ursula, geb. **Stürmer**, aus Pottlitten, Kreis Heiligenbeil, am 20. Mai
Czarnitzki-Leyk, Gisela-Elfriede, geb. **Leyk**, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 20. Mai
Deutesfeld, Marlies Ruth, geb. **Wallesch**, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 25. Mai
Duchna, Georg, aus Neidenburg, am 22. Mai
Endom, Günter, aus Wehlau, am 22. Mai
Filser, Elfriede, geb. **Pruß**, aus Lyck, am 23. Mai
Göhring, Ursula, geb. **Joswig**, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 20. Mai
Gorniak, Horst, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 20. Mai
Katt, Gisela, geb. **Groß**, aus Lyck, am 19. Mai
Konetzka, Inge, geb. **Koriath**, aus Baldenofen, Kreis Neidenburg, am 24. Mai
Kowalewski, Arno, aus Groß Jauer und Langenwiese, Kreis Lötzen, und aus Treuburg, am 19. Mai
Leyk, Günter, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 21. Mai
Löffka, Irmgard, geb. **Dygutsch**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 22. Mai
Manzau, Siegfried, aus Groß Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 20. Mai
Michalski, Günter, aus Zappeln, Kreis Lyck, am 25. Mai
Nienke, Horst-Wolfgang, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 23. Mai
Ostertag, Meta, geb. **Siegmund**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 22. Mai
Reetz, Renate, geb. **Laser**, aus Ortelsburg, am 21. Mai
Rohde, Ruth Rita, geb. **Magdowski**, aus Murawken, Kreis Neidenburg, am 23. Mai
Sattler, Gerhard, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 19. Mai
Schanko, Heinz, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 22. Mai
Schröder, Klaus-Dieter, aus Gumbinnen, am 23. Mai
Waschkuhn, Ursula, geb. **Bogumschewski**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 24. Mai
Wilzer, Rudi, aus Schwengels, Ortsteil Dothen, Kreis Heiligenbeil, am 25. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Didszuhn, Eberhard, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. Mai
Gehlen, Bodo, geb. **Jelinski**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 21. Mai
Kallwitz, Waltraut, geb. **Sychold**, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 21. Mai
Waschko, Lothar, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 21. Mai

TERMINE DER LO

2017
17. Juni: Sommerfest des VdGEM in Osterode
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERAPP (DARKEHMEN)

Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Telefon (04102) 823300, Internet: www.angerapp.com

Jahreshaupttreffen in Mettmann

Am 20. Mai um 11 Uhr findet im Rathaus unserer Patenstadt Mettmann das diesjährige Jahreshaupttreffen der Angerapper statt. Um 9.30 Uhr findet die Kranzniederlegung am Angerapp-Stein und danach die Kranzniederlegung am Denkmal des Friedhofes in der Goethestraße statt.

Um 11 Uhr beginnt das Kreistreffen im Ratssaal des Rathauses in der Neandertalstraße. Auf unserem Treffen wird der junge Historiker, Dr. Christopher Spatz, vom „Überleben der ostpreußischen Hungerkinder“ berichten.

Wir laden Sie ganz herzlich zu unserem Jahreshaupttreffen ein. Es wäre sehr schön, wenn Sie Ihre Kinder und Enkelkinder animieren könnten, an diesen Treffen teilzunehmen. Gäste sind auch herzlich willkommen.

Edeltraut Mai

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

Jubiläum

Sonnabend, 20. Mai, Bartenstein (Württemberg): 65. Wiederkehr der Namenspatenschaft.

Kirchspieltreffen

Das Kirchspieltreffen Birkenmühle/Mehlkehmen in 29303 Offen/Bergen findet vom 27. bis 28. Mai statt (im Heimatbrief hatte sich ein Druckfehler eingeschlichen) statt. Anmeldung; Margarete Malchow, Telefon (0381) 717910.

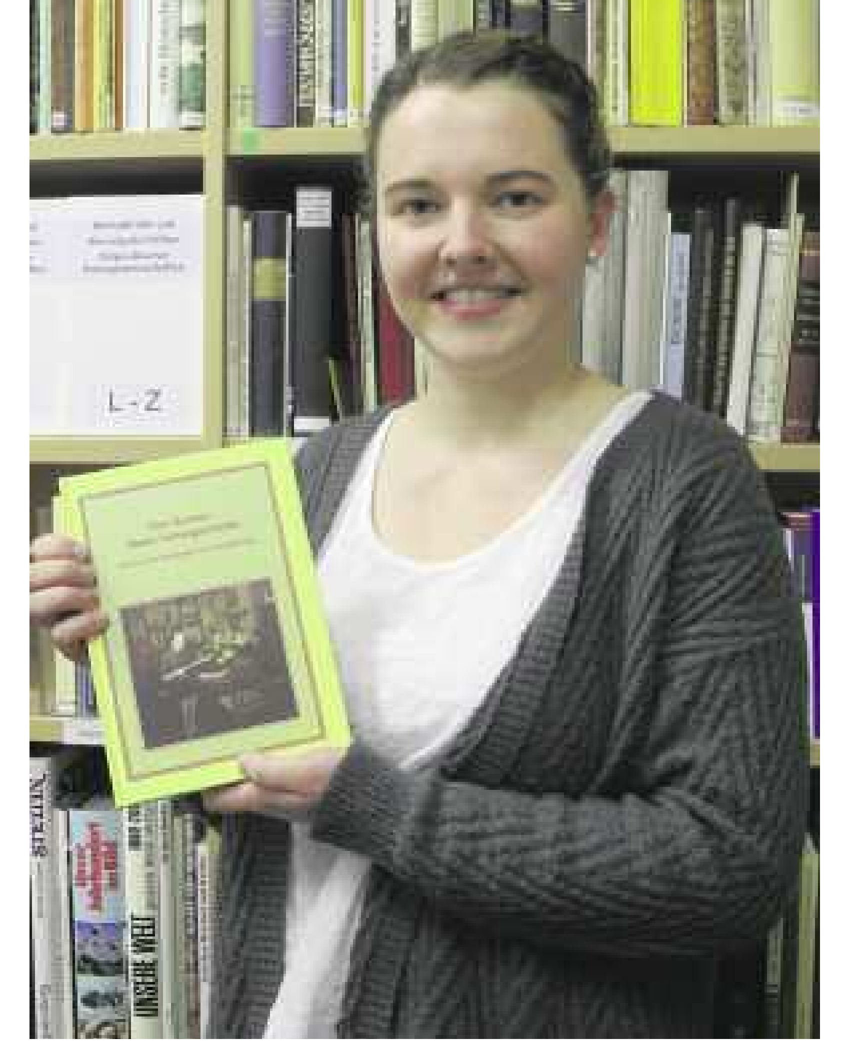


GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, E-Mail: museum@goldap.de.

Buntes Programm

„Mut zur Vergangenheit" ist das diesjährige Motto des Internationalen Museumstages am 21. Mai. Aus diesem Anlass lädt das Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44 a, 21680 Stade, zu einem Tag der offenen Tür ein. Von 10.30 bis 17 Uhr wartet auf die Besucher ein buntes Programm. Ein historischer Film, eine kleine Bibel-Sonderausstellung, ein Bücherflohmarkt und ein Museumstreff mit Zeitzeugen und Familienforschern versprechen eine interessante Veranstaltung. Um 15 Uhr liest die Staderin Lena Hammann aus ihrem Buch „Toni Kerstan – Meine Lebensgeschichte“. Die Lesung über das Leben der Ostpreußin Toni Kerstan, die nach 1945 in Stade heimisch wurde, wird mit einer Fotopräsentation umrahmt.



Goldap: Im Patenschaftsmuseum liest Lena Hammann aus ihrem Roman, dem Porträt einer Ostpreußin Bild: privat

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, Fax: (035343) 61480. E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de



Heiligenbeil: Fröhliche Geschichten, Erinnerungen und Neuigkeiten wurden beim Sondertreffen Zinten Land in Altenau ausgetauscht Bild: privat

Sondertreffen Zinten Land

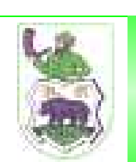
Zum 29. Mal ist es Irmgard Lenz gelungen, am letzten Aprilwochenende des Jahres einige Landsleute in den Harz zu locken. Das Sondertreffen des Kirchspiels Zinten Land in Altenau im Quellenhof war mit 15 Personen wieder gut besucht. Für einen Moment gedachten wir vier treuer Besucher, die im vergangenen Jahr von uns gegangen sind und so unseren Kreis schmerzhaft verkleinerten.

Doch waren wir zusammen gekommen, um fröhliche Geschichten zu hören, alte, neue, bekannte, unbekannte. Es wurden Erinnerungen ausgetauscht – ebenso wie Neuigkeiten. Der Freitagabend wurde eingeläutet von einem Büffet, das unsere Wirtsleute wieder mit viel Liebe und Kochkunst gezaubert hatten. Dann holten wir Fotos von Ostpreußen hervor, und der Abend wurde lang und lustig – wenn auch zum unendlichen Bedauern unserer Kirchspielvertreterin niemand singen wollte.

Die für den nächsten Tag geplante Bootstour fiel ins Wasser. Entgegen der eingeholten Informationen gab es ausgerechnet an diesem Tag keine Fahrt mit dem Schiff über den Stausee. Da das Wetter mit Graupelschauern und Wind nicht zu langen Spaziergängen einlud, fuhren wir kurzerhand nach Braunlage. Dort hatten wir Glück und konnten einen sonnigen Wetterabschnitt dazu nutzen, die Hexendekoration des Ortes eine Woche vor der Walpurgisnacht zu bewundern. Mit Königsberger Klopsen wurden wir abends belohnt. Vorher gab es interessante Fotos zu sehen, die zeigten, wie vielfältig und schön es in unserem Land und bei den Nachbarn doch ist: Einen Segeltörn auf der Ostsee, das Watt der Nordsee und die beeindruckende Welt der Berge mit und ohne Schnee, inklusive Berghütte „Ostpreußen“!

Direkt im Anschluss, satt, zufrieden und etwas träge gab es Kultur, ein kleines Theaterspiel wurde aufgeführt, mit uns selbst als Akteuren. Vorhang, Wind, Mond, Birken bewegten sich zu Hundegebell und Donner, während ein scheues Reh vom Wilderer bedroht und vom Förster gerettet wurde. Ein paar ostpreußische Geschichtchen mit entsprechendem Zungenschlag und die Schwierigkeiten eines Reisebüros, das richtige Ziel für eine „alte Dame mit Sonnenhut“ zu finden, umrahmten weitere Gespräche, immer wieder von viel Gelächter begleitet.

So blieb uns am nächsten Morgen noch das obligatorische Gruppenfoto, dann verabschiedeten wir uns voller Vorfreude auf das nächste Jahr nach Hause, wenn wir 30 Jahre Sondertreffen mit Irmgard und Eugen Lenz feiern wollen!



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Heimatgruppe Köln: Gemeinsames Treffen am Mittwoch, 24. Mai, Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Heimatkreis-Ausschuss

Liebe Landsleute, unser nächstes Kreistreffen mit Wahl zum Heimatkreisausschuss findet am 30. September in Minden, im Hotel Landgart, Lindenstraße 52 in 32423 in Minden (Hotelbuchung: 80080800800), statt. Wir laden Sie, Ihre Familien und Freunde sehr herzlich ein, nach Minden zu kommen. Hier die Tagesordnung der Vollversammlung:

– Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Vollversammlung

– Tätigkeitsbericht der Kreisvertreterin

– Neuwahl der Mitglieder zum Kreisausschuss,

– Verschiedenes.

Wir bitten um zahlreiches und pünktliches Erscheinen. Sollten Sie an dem Treffen und daher an der Wahl nicht persönlich teilnehmen können, so können Sie durch Briefwahl Ihre Stimme abgeben. Die Unterlagen für die Briefwahl sind anzufordern und werden Ihnen zugesandt. Sollte das nicht der Fall sein, wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle (Telefon 0571/46297). Lesen Sie bitte alles genau durch, und beteiligen Sie sich bitte an Wahl beziehungsweise Briefwahl (die Briefe für die Briefwahl müssen bis zum 28. September bei der Heimatkreisgemeinschaft eingegangen sein). Sie bekunden durch Ihr Kommen beziehungsweise Ihre Wahl Ihr Interesse an der Arbeit der Heimatkreisgemeinschaft, worauf wir sehr angewiesen sind. Ein fröhliches heimatliches Programm erwartet Sie.

Wahlaufruf

Gemäß Satzung und Wahlordnung für die Wahl der Mitglieder zum Kreisausschuss der Heimatkreisgemeinschaft veröffentlichen wir die vorläufige Kandidatenliste für die am Sonntag, dem 30. September, 12 Uhr, in 32423 Minden im Hotel Landgart, Lindenstraße 52, stattfindende Wahl.

Gleichzeitig suchen wir dringend Landsleute, die sich in den Dienst der heimatlichen Arbeit stellen wollen. Deshalb bitten wir die Angehörigen und deren Nachkommen des ehemaligen Landkreises, die Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisausschuss haben, bei der Geschäftsstelle des Kreisausschusses unter Telefon (0571) 46297 Bewerbungsunterlagen für ihre Kandidatur anzufordern. Der letzte Einsendetermin für die Bewerbung ist der 30. August (Datum des Poststempels). Danach wird die endgültige Liste in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Ostpreußenblatt* veröffentlicht.

Die vorläufige Liste der Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge (Die Kandidatur weiterer Bewerber wird sobald wie möglich bekannt gegeben):

Dorothea Blankenagel, geboren am 6. Mai 1929, Heimatort: Neuhausen, Mitglied des Kreisausschusses seit 1974, wohnhaft Heerstraße 59, 47053 Duisburg.

Gisela Broschei, geboren am 5. März 1931, Heimatort: Groß Ottenhagen, wohnhaft Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Kreisvertreterin seit 2003.

Barbara Dörr-Bressem (Eltern aus Löwenhagen), geboren am 21. Dezember 1946, Mitglied des Kreisausschusses seit 2009, wohnhaft Am Johannisbach 28, 33739 Bielefeld.

Axel Doepner, geb. 26. März 1935, Heimatort: Schleuduhnen, Mitglied des Kreisausschusses seit 2009, seit Januar 2013 Schatzmeister, wohnhaft Am Ostbahnhof 14, 40878 Ratingen.

Wolfgang Knitter, geboren am 26. August 1937, Heimatort: Schaakswitte, Mitglied des Kreisausschusses seit 2003, wohnhaft Matthias-Grünewald-Straße 32a, 31515 Wunstorf

Carl Mückenberger, geb. am 24. Juli 1931, Heimatort: Stangau, Mitglied des Kreisausschusses seit 1988, seit 2003 stellvertretender Kreisvertreter und Geschäftsführer, wohnhaft Neißestraße 13, 32425 Minden.

Manfred Schirmacher, geboren am 28. März 1937, Heimatort: Postnicken, seit vielen Jahren Mitglied des Kreisausschusses, wohnhaft Tulpenweg 2, 59192 Bergkamen-Overberge.

Willi Skulimma, geboren am 26. November 1934, Heimatort: Waldau, Mitglied des Kreisausschusses seit 1999, wohnhaft Aakerfährstraße 59, 47058 Duisburg.

Wolfgang Knitter, Vorsitzender des Wahlausschusses Gisela Broschei, Kreisvertreterin

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Vortrag

Sonnabend, 20. Mai, Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt **Neumünster,** Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung): Ab 10 Uhr ist Gelegenheit, die Sonderausstellung „Versunkene Welt Ostpreußens – Erinnerungsbilder von Eduard Bischoff (1890–1974)“ zu besuchen. Um 15.30 Uhr beginnt der Vortrag (mit Bildern) zum Thema „Ein Maler zieht Bilanz – Eduard Bischoff und seine Ostpreußen-Holzschnitte“. Jörn Barfod, Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg, spricht über Leben und Werk dieses Künstlers, der – in Königsberg geboren – einer der letzten an der Kunstakademie Königsberg unterrichtenden Lehrer war (ab 1936). Eintritt in Ausstellung und zum Vortrag wie immer frei.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

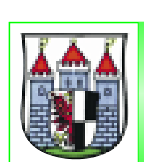
Regionaltreffen

Alle Tilsiter sind herzlich zum Regionaltreffen in Leipzig eingeladen. Es findet am Samstag, dem 17. Juni in der Gaststätte „Seilbahn“, Max-Liebermann-Straße 91 in 04157 Leipzig statt. Einlass ist ab 9 Uhr. Um 10 Uhr wird die Veranstaltung mit dem Glockengeläut des Königsberger Doms und dem „Ostpreußenlied“ feierlich eröffnet. Die Besucher erwartet ein anspruchsvolles Programm. Mit einem interessanten Vortrag unter dem Titel „Angekommen in der neuen Heimat“ wird Professor Heinz Radzsuweit aus Cottbus seinen Lebensweg vom ostpreußischen Dorfjungen bis in die Höhen der medizinischen Wissenschaft schildern. Das Programm wird umrahmt von musikalischen Darbietungen des Chors „Heimatmelodie“ aus Dresden und des Blasorchesters der Freiwilligen Feuerwehr Seehausen. Die Gaststätte „Seilbahn“ sorgt für die gastronomische Betreuung während der gesamten Veranstaltung und bietet auch auf Wunsch zwei preisgünstige Mittagessen an. Das Heimattreffen wird gegen 18 Uhr seinen Abschluss finden. Auskünfte sind bei Eberhard Grashoff, Telefon (0341) 9010730 erhältlich.

Liebe Tilsiterinnen und Tilsiter! Lasst uns die Gelegenheit nutzen, in Leipzig zusammenzukommen, solange wir gesundheitlich noch dazu in der Lage sind. Die Tische für die Tilsiter sind ausgeschildert. Wir werden ausreichend Gelegenheit haben, über Erinnerungen aus der Heimat zu plachandern und uns wieder einmal in heimatlicher Umgebung wohlfühlen. Alte Bekanntschaften werden aufgefrischt und neue geschlossen. Die Vorstandsmitglieder der Stadtgemeinschaft Tilsit werden anwesend sein, Neuigkeiten aus Tilsit berichten und Fragen beantworten. Bis zum Wiedersehen in Leipzig grüßt der *Vorstand der Stadtgemeinschaft.*

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16



TREUBURG

Kreisvertreter: Ulf Püstow, Reutzstraße 5, 19055 Schwerin. Stellvertreter: Mattias Lask, über Gerhart-Hauptmann-Haus Düsseldorf. Geschäftsführer: Ronny Haase,14959 Trebbin. Internet: www.treuburg.de. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Telefon (0048) 875 203180.

Hauptkreistreffen

Sonnabend, 20. Mai, 10 Uhr (Einlass), Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, **40210 Düsseldorf:** Hauptkreistreffen. Der Historiker Professor Winfried Halder referiert über das Leben und Werk des Komponisten Werner Richard Heymann. Aktuelle Impressionen über verlorene Dörfer in Masuren vermittelt Sabine Grabowski.



WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vors. Werner Schimkat, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Ins nördliche Ostpreußen

Die Studienreise vom Donnerstag, 3., bis Donnerstag, 10., August in Kooperation mit der Volkshochschule des Landkreises Diepholz führt von Bassum und Syke über Bremen und Hamburg zum Osthafen in Kiel zur Fähre nach Memel Die Rückreise erfolgt ebenfalls über diesen Seeweg. Durch die beiden bequemeren Übernachtungen auf der Fähre sind keine Zwischenübernachtungen in Polen erforderlich. Das Programm:

Donnerstag: Anreise von Bassum über Syke Bemen und Hamburg zur Fähre nach Kiel zum Einchecken auf der Fähre nach Memel.

Freitag: Fahrt von der Fähre auf die Kurische Nehrung nach Nidden zur Übernachtung im Hotel Nidos Banga. Es liegt unmittelbar am Kurischen Haff. Dort beginnt die zum Hafen in Nidden führende Strandpromenade.

Sonnabend: Nach dem Frühstück Weiterfahrt in den russischen Teil der Kurischen Nehrung mit Besichtigungen und Waldbuffet (russische Gerichte), Weiterfahrt nach Königsberg. Übernachtung im Hotel Moskau (gegenüber dem Tiergarten, Nähe Nordbahnhof).

Sonntag: Fahrt nach Wehlau zur Teilnahme am Stadtfest (bei Bedarf Ausflüge nach Allenburg und Tapiau), Übernachtung in Königsberg.

Montag: Ausflugsfahrt an die Bernsteinküste nach Palmnicken und Rauschen. Übernachtung in Königsberg.

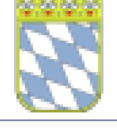
Dienstag: Große Stadtrundfahrt mit Besichtigungsmöglichkeiten (General Lasch Bunker, Dom mit Immanuel-Kant-Museum, Markt-Hallen, Bernstein-Museum). Übernachtung in Königsberg.

Mittwoch: Rückreise von Königsberg zur Fähre von Memel nach Kiel mit Übernachtung auf der Fähre.

Donnerstag: Weiterfahrt von Kiel nach Bassum/Syke auf dem Weg der Hinreise. Ankunft am Hamburger Hauptbahnhof gegen 19 Uhr. Abendzüge können noch in alle Richtungen erreicht werden.

Auskunft und Beratung: Gerd Gohlke, Telefon (04241) 5586, Mail: gerd.gohlke@t-online.de

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 19. Mai, 19 Uhr, Saal, Hotel Gasthof „Krone“, Grunzenhausen: Heimatliches Essen „Tilsiter Käse“, anschließend Lichtbildvortrag „Das Freilichtmuseum Hohenstein, Ostpreußen“, Ralf Loss, Sausenhofen.

Ansbach – 27. Mai, 15 Uhr, Orangerie: „Das Freilandmuseum in Hohenstein“, Bildpräsentation von Ralph Loos (Gunzenhausen).

Hof – 3. – 10. Juni: Ostpreußenreise. Es sind noch Plätze frei.

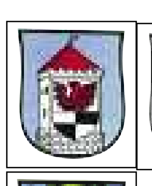
Landshut – Dienstag, 6. Juni, 14 Uhr: Treffen beim Minigolf-Platz, Mitterwöhr.

Nürnberg – Dienstag, 23.Mai, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnburg-Langwasser. (Endstation der U1, dort gegenüber): „Wir feiern den Muttertag“ Landsleute aus dem Memelland und Danzig sowie Freunde der Heimat sind herzlich willkommen.



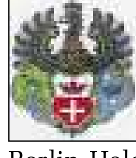
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.





Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 1. Juni, 14 Uhr, Restaurant „Oase“, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Berichte aus Ostpreußen. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Königsberg – Freitag, 9. Juni, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: gemeinsames Treffen, Anfragen: Elfi Fortange Telefon (030) 4944404.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsames Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Nachdem alle, die im Vorjahr die Drei-Tagesfahrt nach Greifswald und zum Treffen in Neubrandenburg mitmachten, über das Programm mit Chören und Kulturgruppen junger Teilnehmer aus dem polnischen, russischen und litauischen Teil Ostpreußens sowie dem Treffen aller 40 Heimatkreise begeistert waren, wurde beschlossen, auch das diesjährige Treffen der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern als Ziel einer Gruppenreise anzubieten. Geplant war zunächst eine Zwei-Tagesfahrt, doch war es nicht möglich, ein Hotel nur für eine Übernachtung zu buchen. Da nur rund 210 Kilometer pro Strekke zu fahren sind, ist nun eine Tagesfahrt mit früher Abfahrt in Bremen geplant.

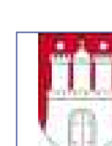
Gestartet wird um 7.30 Uhr ab ZOB Bremen (Cinemaxx). Ankunft ist um etwa 10.15 Uhr in Schwerin. Die Rückfahrt ist um 17.15 Uhr, sodass wir um zirka 20 Uhr wieder in Bremen sein werden.

Der Preis beträgt pro Person 39,50 Euro zuzüglich 7 Euro Eintritt zum Treffen. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 20 Personen; sollten 25 oder mehr Personen teilnehmen, ermäßigt sich der Fahrpreis auf 32,50 Euro pro Person. Die Teilnahme am Ostpreußentreffen ist nicht zwingend, stattdessen kann der Tag auch individuell in Schwerin verbracht werden.

Anmeldungen sind bitte baldmöglichst, spätestens bis 1. August an Sausner Reisen, 28816 Stuhr, Telefon (0421) 801801, zu übermitteln.

– Wichtige Termine–

Die Ausstellung „Mobilität im Wandel“, an der eine Vielzahl Bremer Archive, darunter auch unsere Landsmannschaft beteiligt sind, wird noch bis zum 20. Mai auf ihrer letzten Station im Einkaufszentrum Hansa Carré, Pfalzburger Straße 41, gezeigt. Das Einkaufszentrum ist mit der Straßenbahn-Linie 3 und den Buslinien 40 und 41, Haltestelle „Weserwehr“, der BSAG erreichbar.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

KREISGRUPPEN



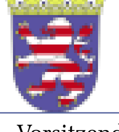


Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Ein kulturelles Programm mit Bildvorträgen, Gedichten und gemeinsamem Singen erwartet Sie. Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon (040) 587585, Fax: (040) 52678519, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

STADTTEILGRUPPE

Bergedorf – Freitag, 26. Mai, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1: Treffen der Frauengruppe. Es gibt Kaffee und Raderkuchen, außerdem eine Lesung aus Robert Budzinski „Die wichtigsten Ortschaften des Landes Ostpreußen“.

Frankfurt: Die ältesten Vereinsdamen Gertrud Kluczik (li.) und Ursula Küster mit der Kreisvorsitzenden Gerlinde Groß Bild: privat



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Ausstellung über Wolfskinder

Wiesbaden – Nie zuvor gezeigte Bilder und Textzeugnisse soll die Ausstellung „Wolfskinder – Verlassen zwischen Ostpreußen und Litauen“ dem Besucher offenbaren. Zu sehen ist sie bis zum 1. Juli im Haus der Heimat. Sie basiert auf einem Oral-History-Projekt der Fotografin Claudia Heinermann und der Journalistin Sonya Winterberg. Für ihre Dokumentation reisten sie über mehrere Jahre nach Litauen, um die dort lebenden Wolfskinder zu besuchen. Sie sprachen mit ihnen über die Erlebnisse der Kindheit, die Flucht und das Leben hinter dem Eisernen Vorhang – ohne Wurzeln und voller Sehnsucht nach Familie und Verwandten.

Als Kinder waren sie auf der Flucht verloren gegangen oder hatten die Ermordung ihrer Eltern erlebt. Auf sich allein gestellt, versuchten sie in der freien Natur des Baltikums zu überleben. Einige fanden Unterschlupf bei litauischen Bauern, die sie heimlich aufnahmen und notdürftig versorgten. So blieben sie Jahrzehnte hinter dem Eisernen Vorhang, ohne dass ihr Schicksal bekannt war. Die Ausstellung soll dazu beitragen, ihnen die Anteilnahme der Öffentlichkeit zu verschaffen, die sie verdient haben.

Die Ausstellung ist von montags bis freitags zwischen 13 und 18 Uhr geöffnet, sowie am Sonnabend zwischen 10 und 14 Uhr. Weitere Informationen: Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden, Telefon (0611) 360190.

Frankfurt am Main – „Wir begrüßen den Mai!“ – Unter diesem Motto trafen sich die Mitglieder der Kreisgruppe zum Plachandern und zum regen Gedankenaustausch beim Mittagessen. Fröhlich wurde es durch die beiden Überraschungsgäste des Treffens: Den dreijährigen Zwillingsschwestern Luise und Friederike – benannt nach der preußischen Königin Luise und deren

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeige



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Margarete Beyer

∗ 23. September 1928 in Calsen, Krs. Stuhm/Westpreußen † 13. April 2017 in Kiel

Die Verstorbene war langjährige Geschäftsführerin und Schatzmeisterin der Landesgruppe Schleswig-Holstein der Landsmannschaft Ostpreußen.

In Würdigung ihrer hervorragenden Verdienste um Ostpreußen verlieh die Landsmannschaft Ostpreußen Frau Margarete Beyer im Jahre 2014 das Goldene Ehrenzeichen.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese, Stellv. Sprecher – Stephan Grigat, Sprecher – Friedrich-Wilhelm Böld, Schatzmeister



Der ist in tiefster Seele treu,
wer die Heimat liebt wie Du.
(Theodor Fontane)

Wir trauern um unsere langjährige Landesgeschäftsführerin der Ostpreußen in Schleswig-Holstein

Margarete Beyer

∗ 23. September 1928 in Calsen, Kreis Stuhm † 13. April 2017 in Kiel

Trägerin der Goldenen Ehrennadel der Ostpreußen.
Wir sind dankbar, Dich so lange gehabt zu haben.

In stiller Trauer.
Der Landesvorstand der Ostpreußen e.V. in Schleswig-Holstein:
Edmund Ferner, Peter Gerigk, Georg Baltrusch, Edwin Falk

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

Schwester Friederike. Deren kindliche Späße brachten reichlich Abwechslung in die vielfach sachlich und emotional geführten Gesprächsthemen der Zusammenkunft. Nachdem beide in die Zeilen des geliebten Ostpreußenliedes mit eingestimmt hatten, waren alle Mitglieder überzeugt, dass diese kleinen Mädchen das Kulturgut mit den preußischen Tugenden erfolgreich in die Zukunft tragen werden.

An diesem Nachmittag hatte die Gemeinschaft zudem die Freude, nicht nur die jüngsten, sondern auch die ältesten Mitglieder unserer Kreisgemeinschaft begrüßen zu dürfen. Gertrud Kluczik und Ursula Küster, beide im beachtlichen Lebensalter von 94 Jahren, gaben der fröhlichen Gesellschaft die Ehre. Diese beiden Damen aus der Erlebnisgeneration bereichern mit ihrer Anwesenheit jedes Mal die Zusammenkünfte. 1945 wurden beide ins tiefe Russland verschleppt, wo sie jahrelang Zwangsarbeit leisteten und auch Übergriffe der Rotarmisten erdulden mussten. Erst 1950 konnten sie Frankfurt am Main als ihr neues Zuhause ansehen. Erstaunlich ist immer wieder, mit welcher Energie und Lebensfreude sie die Landsleute motivieren, sich für unsere Heimat einzusetzen.

Humorvolle Verse zur Maienzeit im ostpreußischen Dialekt wurden von der Vorsitzenden, Gerlinde Groß und Annemarie C.v.H.-Aschenbrenner zum Besten gegeben. So ging die zur Verfügung stehende Zeit wieder einmal viel zu schnell vorbei. Mit der Vorfreude auf das nächste Mal verabschiedeten sich die Mitglieder.



Wetzlar: Karla Weyland stellte den Alten Fritz vor Bild: Rühl

Wetzlar – Montag, 12. Juni, 19 Uhr, Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: „Bernstein – Gold des Nordens – und die Bernsteinstraße“. So lautet das Thema beim Treffen der Kreisgruppe. Darüber spricht Roland Virnich. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

– Bericht –

Im 18. Jahrhundert haben Ost- und Westpreußen ihre Bezeichnungen unter der Regierung von Köng Friedrich II. erhalten. Darauf wies die Kulturbeauftragte der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Wetzlar, Karla Weyland (Rauschenberg bei Marburg), bei einem Vortrag in den Wetzlarer Grillstuben hin. Sie stellte den Preußenkönig vor, der vielen als der „Alte Fritz“ oder Friedrich, der Große bekannt ist. Friedrich II. lebte von 1712 bis 1786. Der Herrscher aus dem Haus Hohenzollern hatte noch einige weitere Beinamen, wusste Weiland zu berichten. So wurde er Kartoffelkönig genannt, weil er die aus Amerika eingeführte Erdknolle als Nahrungsmittel in Preußen einführte.

Den Titel „der Große“ erhielt Friedrich wegen der sieghaften schlesischen Kriege, in denen er Österreich die Gebiete entriss. Insgesamt drei Kriege führte Friedrich und konnte schließlich Preußen neben den drei europäischen Großmächten Frankreich, Österreich und Russland sowie den Mittelmächten Schweden und Kursachsen etablieren.

Zu seinen Verdiensten gehörten aber auch die Durchsetzung der von seinem Vater eingeführten allgemeinen Schulpflicht, eine umfassende Justizreform, ein einheitliches Gesetzbuch und die Einführung eines Landrechts. Als Vertreter des Aufgeklärten Absolutismus schaffte er die Folter ab, verminderte die Zensur und holte mit der Gewährung völliger Glaubensfreiheit weitere Exulanten ins Land. Nach seiner Auffassung sollte in Preußen „jeder nach seiner Façon selig werden“.

Friedrich legte den Oderbruch trocken, auf dem 1753 das erste Dorf entstand. Bis 1786 fanden über 300 000 Kolonisten im Königreich in diesen und anderen Gebieten eine neue Heimat. Durch seine Kultivierungsarbeiten, so die Referentin, habe er mehr Land gewonnen, als durch alle Kriege.

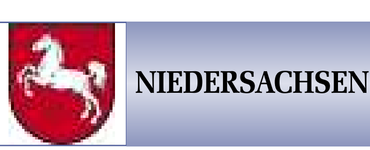
1740 schaffte er alle Möglichkeiten der Folter wie Daumenschrauben und Streckband als menschenunwürdiges Instrument ab. Der König verbot die Hexenverbrennungen und wurde zum Pionier der Pressefreiheit. Den Bürgern wurde vollste Religionsfreiheit zugesichert. Damit war Preußen das erste Land der Welt, das Glaubensfreiheit gewährte, so Weyland. 1773 führte er das Erntedankfest ein. Gott für die Ernte zu danken ist ein uralter Brauch wohl bei allen Völkern, meinte Weyland, doch Friedrich ernannte ihn zum Fest der Besinnung und des Dankes.

1772 erhielt Preußen bei der ersten Teilung Polens Westpreußen und weitere Gebiete zugesprochen. Seitdem wurde der Titel des Herrschers „König in Preußen“ umbenannt in „König von Preußen“. Aus verwaltungstechnischen Gründen sei das neue Gebiet „Westpreußen“ benannt worden, während der ursprüngliche Teil Preußens als „Ostpreußen“ weitergeführt wurde. Weyland, die mehr als 80 Bücher über den Alten Fritz ihr eigen nennt, wusste noch viele Geschichten zu berichten. So schilderte sie, dass Friedrich in seinen Jugendjahren dem militärischen Drill seines Vaters nach Frankreich entfliehen wollte. Doch seine Flucht wurde bemerkt und der mit ihm geflohene Leutnant Hans Hermann von Katte zum Tode verurteilt. Friedrich kam zwei Jahre in Kerkerhaft. 1733 heiratete er auf Druck des Vater die von ihm ungeliebte Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern. Als Friedrich den Thron bestieg, verbannte er sie in das Schloss Schönhausen. Dennoch dauerte die Ehe 53 Jahre. Elisbeth verstarb 1797 im Alter von 81 Jahren. Friedrich wurde 74 und schloss nach 46-jähriger Regierungszeit 1786 für immer die Augen. 1944 wurden die Gräber der deutschen Könige „in Sicherheit gebracht und es begann eine lange unrühmliche Irrfahrt für den Alten Fritz, bis er 1952 auf dem Stammsitz der Hohenzollern in Hechingen ankam. Nach dem Mauerfall wurde er beim „Schein der Laterne“ in seinem geliebten Schloss Sanssouci in der brandenburgischen Hauptstadt Potsdam beigesetzt.

Lothar Rühl

Wiesbaden – Sonnabend, 20. Mai, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden: Der Mai tritt ein mit Freuden. Ein Nachmittag mit Gedichten, Geschichten und Gesang zur Maienzeit, gestaltet von unserer Frauengruppe. Musikalische Begleitung: Mathias Budau. Zuvor gibt es Kaffee und Kuchen.

– 18. Mai bis 1. Juli, Haus der Heimat: Ausstellung „Wolfskinder. Verlassen zwischen Ostpreußen und Litauen“, Öffnungszeiten: montags bis freitags von 13 bis 18 Uhr, sonnabends 10 bis 14 Uhr. Immer wieder gingen Kinder auf der Flucht verloren oder erlebten die Ermordung der eigenen Familie. Auf sich allein gestellt, versuchten sie in der freien Natur des Baltikums zu überleben. Einige fanden Unterschlupf bei litauischen Bauern. Die Ausstellung dokumentiert in Bildern und Textzeugnissen den Weg der Wolfskinder bis heute.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 24. Mai, 15 Uhr, Eingang Sozialverband, Jasperallee 42: Treffen im Stadtpark. Filmvortrag: Aufnahmen aus Ostpreußen aus der Zeit zwischen 1913 bis 1930.

Osnabrück – Freitag, 19. Mai, „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Frauengruppe. – Dienstag, 30. Mai 16.30 Uhr, Hotel „Ibis“, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 1. Juni, 15 Uhr, 2. Stock, Geschäftsstelle, Wilhelmstraße 1b: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt.

Bonn – 23. Mai, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises der Landsmannschaft Ostpreußen.

Düsseldorf – 20. Mai, 11.30 Uhr, GHH: Vortrag von Professor Halder „Sie kennen mich nicht, aber Sie haben schon viel von mir gehört!“, Werner Richard Heymann (1896–1961 – „Von Königsberg nach Hollywood“. – Montag, 22. Mai, 19 Uhr, GHH: Ausstellungseröffnung „Es lebe unsere gerechte Sache“ – Der Slowakische Nationalaufstand 29. August bis 27. Oktober 1944. – Dienstag, 23. Mai, 19 Uhr, GHH: Vortrag von Professor Volkmar Hansen „Das protestantische Pfarrhaus als Dichterschule“. – Montag, 29. Mai, GHH: Vorbereitungstreffen „Studienreise ins Baltikum“. – Mittwoch, 31. Mai, 19 Uhr, GHH: Vortrag von Dr. Bärbel Beutner: „Ich komme aus einer großen Landschaft“ – Der ostpreußische Dichter Ernst Wiechert (1887-1950). – Mittwoch, 7. Juni, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt.

– Jahreshauptversammlung –

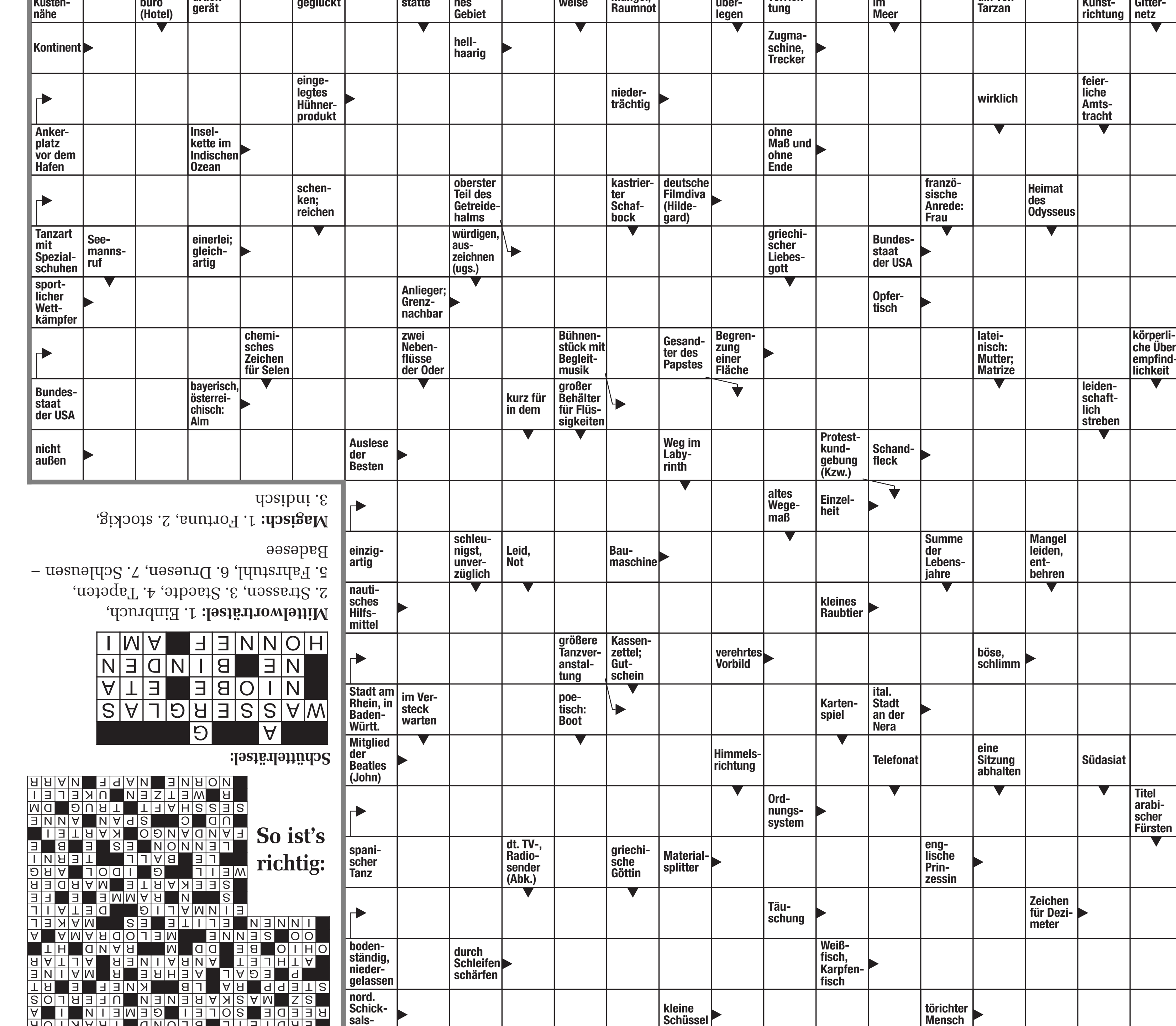
Sonnabend, 27. Mai, 14 Uhr, Konferenzraum, GHH: Jahreshauptversammlung LMO, Kreisgruppe Düsseldorf.

Essen – Freitag, 19. Mai, 15 Uhr: Treffen zum Thema „Wir singen Mai- und Heimatlieder“.

Wuppertal – Sonnabend, 3. Juni, ab 14 Uhr, „Alte Färberei“, Stennert 8, Wuppertal-Oberbarmen: 7. Ostpreußisches Maifest. Bei Kaffee, Tee und belegten Brötchen wird ein buntes Unterhaltungsprogramm geboten. Es treten die Tanzgruppe von Ursula Knocks, die Pianistin M. Kogan, der Geigensolist J. Schewalenko und das Mundharmonika-Duo Waltraut Bombe und Ulla Busch auf. Auch Sketch und Wortbeiträge bereichern das Programm. Zum Tanz und zur Unterhaltung spielt in bewährter Weise Christoph Marr. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung auf Seite 19



Schüttelrätsel

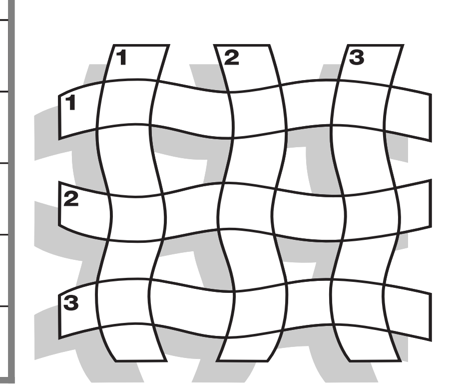
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AAEGL RSSSW	ANNO		AEINS	BBEE		EFGIR	ADEL	AEMT	AINS
BEINO						AET			
EFHN NO			BDEI NN						
						AIM			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort ein zum Schwimmen geeignetes Gewässer.

1	WASSER		SERIE
2	FERN		BAU
3	WELT		REISEN
4	MUSTER		ROLLEN
5	LASTEN		TUER
6	TALG		FIEBER
7	KANAL		TOR



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 römische Glücksgöttin
2 muffig
3 zu einem Subkontinent gehörend

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Am 23. April waren alle Ostpreußen und Gäste herzlich eingeladen zum Kirchentag der evangelischen Ostpreußen in die St. Matthäuskirche zu Chemnitz. Der Landesvorsitzende Alexander Schulz begrüßte alle Teilnehmer recht herzlich und bedankte sich für ihr Kommen.

Der uns allen bekannte und beliebte Pfarrer im Ruhestand Klaus Plorin war von weither angereist. Er begann seine Predigt mit dem Spruch der Woche von unserer Wiedergeburt. Im 1. Petrusbrief Kap. I.V. 3 heißt es in der Lutherübersetzung: „Gelobt sei Gott, der Vater unseres Herrn Jesus Christus. Die Auferstehungsbotschaft weckt Hoffnung für uns nicht erst nach unserem Tod sondern begegnet uns in unserem Alltag. Wir werden immer wieder zu neuer Lebensqualität erweckt.

Wenn wir an unsere Heimat Ostpreußen denken und an die zurückgebliebenen Menschen und ihre Not, dann sind wir bereit ihnen zu helfen. Die Gemeinschaft der evangelischen Ostpreußen leistet den Menschen materielle und finanzielle Hilfe und das gibt ihnen neuen Lebensmut in ihrer Not. Nach dem Gottesdienst fand eine andächtige Kranzniederlegung für die Opfer des Zweiten Weltkrieges statt.

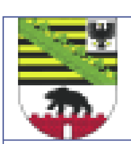
Anschließend nahmen wir unser Mittagessen ein. Nach einer erholsamen Pause hörten wir einen interessanten Vortrag von Pfarrer Plorin. Durch Martin Luthers Einwirken und Herzog Albrechts politische und religiöse Entscheidungen entstand im Herzogtum Preußen, das spätere Ostpreußen, der evangelisch-lutherische Staat und die erste evangelisch-lutherische Landeskirche. Plorin führte aus, wie diese Entwicklungen noch bis heute nachwirken.

Nach diesem interessanten Vortrag fand ein kleines Kulturprogramm statt, vorgetragen von den kleinen Kirchenmäusen (Kindergarten). Bei Kaffee und Kuchen wurde über das Gehörte eifrig miteinander diskutiert. Der Landesvorsitzende bedankte sich bei allen und wünschte einen guten Heimweg. Besonderer Dank ging an Pfarrer Plorin für diesen schönen Kirchentag und an alle, die zum Gelingen beigetragen hatten.

Hannelore Kedzierski



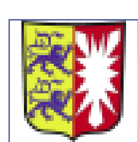
Schleswig-Holstein: „In unseren Herzen hat sie für immer einen würdigen Platz gefunden“ – Margarete Beyer, hier bei der Verleihung der Goldenen Ehrennadel 2014, verstarb im April dieses Jahres. Bild: privat



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Dienstag, 6. Juni, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

– Nachruf –

Landesgruppe – Margarete Beyer wurde am 23. September 1928 in Calsen, Kreis Stuhm/Westpreußen geboren und kam im Zuge der Familienzusammenführung in den „Westen“. Bis dahin hatte sie im ostpreußischen Rastenburg in einem Kombinat als Buchhalterin gearbeitet und machte in Abendkursen den Berufsabschluss sowie das Abitur.

Im Westen fand sie Arbeit in einem Bauunternehmen und machte eine Umschulung zur Bürokauffrau. Dank dieser Ausbildung wurde sie 1985 vom „Landesverband der vertriebenen Deutschen“ in Kiel (damals noch LvD) eingestellt. Im Zuge ihrer Tätigkeit dort stellte sich heraus, dass ihre Sprachkenntnisse in Russisch und Polnisch als Dolmetscherin und Übersetzerin sehr wertvoll waren. Sie half wirkungsvoll im Durchgangslager Jägerslust den Aussiedlern bei der Arbeitssuche und bei Behördengängen.

So kam Margarete Beyer schließlich offiziell anerkannt als „Beraterin für Spätaussiedler“ in unser „Haus der Heimat“ des Verbandes der Heimatvertriebenen in Kiel. Hunderte Hilfesuchende hat sie seitdem beraten und unterstützt – unter diesen sehr viele ost- und westpreußische Landsleute. Bald kam bei vielen Vertriebenen der Wunsch nach geselligen Treffen im Haus der Heimat auf. Margarete Beyer organisierte sie nicht nur für ihre ost– und westpreußischen Landsleute, sondern auch für andere Landsmannschaften. Ohne Margarete Beyer wäre das Haus der Heimat ein „totes Haus“ gewesen. Sie kontrollierte fast täglich die Räumlichkeiten im Hause, sorgte für Ordnung und Beseitigung von Mängeln. Planung und Koordination der Raumbelegung, Dekoration und Ausschmückung des großen Saales für alle unsere Veranstaltungen waren ihr ein Anliegen.

Vom 1. August 1985 bis 2013 war Margarete Beyer Beraterin der Spätaussiedler und erteilte jahrelang viermal wöchentlich je vier Stunden Deutschunterricht. Nach dem Tode von Frau Berg leitete sie auch den Ortsverband der Ostpreußen in Kiel. Von 1993 bis 2014 war sie unsere Geschäftsführerin und eine äußerst zuverlässige Schatzmeisterin der Landesgruppe der Ostpreußen in Schleswig-Holstein (über 20 Jahre). Von den Sudetendeutschen erhielt sie sogar deren außergewöhnlichen Kulturpreis im Jahre 2012. Zudem wurde die Verstorbene mit dem Ehrenzeichen in Gold von den Ostpreußen und dem BdV ausgezeichnet.

In Würdigung ihrer außergewöhnlichen Leistungen und für ihren unermüdlichen Einsatz für Ostpreußen und seine Menschen hat Margarete Beyer in unseren Herzen für immer einen würdigen Platz gefunden.

Edmund Ferner, Landesgruppenvorsitzender

Flensburg – Freitag, 19. Mai, ab 15 Uhr, Stadtteilcafé AWO, Mathildenstraße 22: Jahreshauptversammlung. – Mittwoch, 24. Mai: Ausflug mit den Vereinigten Landsmannschaften Flensburg nach Nordfriesland, Reiseleiter Uwe Carstens, Schulleiter a. D. aus Langenhorn.

Mölln – Mittwoch, 24. Mai, 15 Uhr, Quellenhof, Mölln: Mitgliederversammlung. Propst Erwin Horning hält einen Diavortrag über den deutschen Dichter und Journalisten Matthias Claudius.

Lüneburg – Auch das **Ostpreußische Landesmuseum** und das benachbarte Brauereimuseum haben am Internationalen Museumstag, Sonntag, 21. Mai, von 12 bis 17 Uhr geöffnet, Um 14 Uhr findet eine öffentliche Führung durch das Brauereimuseum statt. Treffpunkt ist die Museumskasse des Ostpreußischen Landesmuseums, Heiligengeistraße 38 , 21335 Lüneburg, Im Landesmuseum ist zudem die neue Fotoausstellung: „Gesichter aus Kaliningrad/Königsberg“ des russischen Fotografen Juri Pawlov noch bis zum 18. Juni 2017 zu sehen. Weitere Informationen: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Die russische Sicht

Königsberg-Ausstellung in Berlin

Die Geschichte Königsbergs ist das Thema einer Ausstellung im Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur in Berlin. Noch bis zum 29. Juni werden im Ausstellungssaal 3 unter anderem Dokumente aus russischen Archiven und Fotos von Museumsobjekten aus der Sammlung des Königsberger Gebietsmuseums für Geschichte und Kunst gezeigt. Auch an aktuelle Entwicklungen soll „Königsschloss. P.S. – Aus der Geschichte einer Stadt“ anknüpfen: Die Diskussionen um die städtebauliche Entwicklung der Stadt werden thematisiert.

Geschichstreue darf der Besucher wohl nicht unbedingt erwarten. Im Text zur Ausstellung heißt es: „Im Jahr 1255 gründete der tschechische König Przemysl Ottokar II. eine Burg am Nordufer des Flusses Pregel. Sie erhielt den Namen Königsberg.“ Tatsächlich war es der Deutsche Orden unter Poppo von Osterna, der sich an der Pregelmündung eine befestigte Basis schuf und sie, wie es damals üblich war, zu Ehren eines Herrschers benannte. Ebenfalls bemerkenswert in der Ankündigung: Dass Königsberg jahrhundertelang eine urdeutsche Stadt war, wird mit keinem Wort erwähnt. *FH*

Öffnungszeiten: Von dienstags bis freitags 14 bis 19 Uhr. Sonnabends und sonntags von 12 bis 18 Uhr. Weitere Informationen: Russisches Haus der Wissenschaft und Kultur, Friedrichsstraße 176–179, 10117 Berlin, Telefon (030) 20302252, Internet: www.russisches-haus.de, E-Mail: info@russisches-haus.de



„Dieses Gartentor habe ich entworfen und Anfang 2017 aufgestellt. Es soll an Ostpreußen erinnern“, schreibt uns PAZ-Leser Hubert Chlosta aus Bielefeld. Sein Sohn Maximilian hat sich stolz vor das eiserne Kunstwerk aufgestellt.
Vater Chlosta wurde 1956 im ermländischen Kirschdorf geboren und siedelte 1971 mit drei Geschwistern und den Eltern in die Bundesrepublik um. Für die Blumenranken oben am Tor ließ er sich von Rosen inspirieren, die er in Dietrichswalde entdeckte.

In die richtige Richtung gedacht

Zu: Dumme Jungen, schlaue Mädchen (Nr. 15)

Ihr Artikel ist durchaus nicht schlecht, aber das ganze Ausmaß des Problems vermögen auch Sie nicht zu sehen. Das Problem hat nämlich nur sehr wenig mit Männlein und Weiblein zu tun, aber sehr wohl mit der durchgepeitschten Feminisierung.

Nun denn, diese trifft Frauen ja zuerst knallhart. Siehe unter anderem Köln, wo viele Männer nicht einmal Anstalten machten, ihre Frauen und Freundinnen zu beschützen, wo Frauen aber auch kaum auf die Idee kamen, dass frau das auch selbst versuchen könnte. Einen Erfolg garantiert das natürlich nicht, aber der Misserfolg ist demjenigen sicher, der es nicht versucht. Diese bissige Bemerkung soll natürlich nicht von den wirklichen, direkten Ursachen ablenken (Politik der Masseneinwanderung), denn ohne die wäre das ja trotz aller Verweichlichung nicht passiert.

Feministin zu sein heißt, keine Barbie zu sein, sondern eine starke Frau, aber absolut keine Männerfeindin. Gleiche Rechte, gleiche Pflichten. Das ist der alte, gute und authentische Feminismus. Was jetzt oft so genannt wird, ist eine Pussy-Variante, die sich dem Islam anbiedert.

Zurück zur Schule: (nuttige) Mädchen werden vor allem von Männern bevorzugt. Das heftigste Beispiel, worüber ich berichten kann, war eine Englischklausur, für die ich eine 2 bekam, ein Mitschüler eine 5 und ein nuttiges Mädchen eine 1, obwohl wir echt das Gleiche geschrieben hatten, wie ein Vergleich zeigte. Diese Riesenschweinerei zog sich über zwei Jahre hin, da es immer wieder ähnliche Fälle gab.

Es ist richtig, dass man normale Menschen nicht mit sogenannten Mädchen-Themen belästigen sollte. Dieser Schwachsinn interessiert mich nämlich nicht. Also sollte man Großmenschenthemen jedem interessierten Schüler anbieten. Die gehören in den Lehrplan. Wenn es nach ihnen ginge, würden Mädchen, die „anders“ sind, jedoch gleich doppelt bestraft, was aber auch jetzt der Fall ist und vor 30 Jahren schon der Fall war.

Meiner Meinung nach haben viele Dinge nichts mit dem Geschlecht zu tun, sondern mit der Einstellung eines Menschen. Das sollte man auch keinem einreden, zumal Wehrhaftigkeit und eine gewisse Robustheit mehr denn je überlebenswichtig sind. Sie sagen im Artikel ja selbst, dass viele Jungen durch die Erziehung verdorben werden. Ich behaupte, dass viele Kinder dadurch geschädigt werden – ob sie nun Jungen sind oder Mädchen.

Als ich mich – damals, vor langer, langer Zeit – in der (Grund)-schule gegen rotzfreche und brutale Muslimjungs wehrte, hatte ich gleich zwei Probleme: Schlagen soll ein deutsches Kind nicht und schon gar nicht ein (deutsches) Mädchen. So sieht das aus! Leider lassen sich viele das auch ernsthaft einreden, Jungen und Mädchen.

Kleiner Exkurs: Noch vor Köln hätte ich zwei Mal vergewaltigt werden können, wenn ich mich nicht verteidigt hätte. Köln hat mich dann auch nicht mehr vom Stuhl gehauen, ich kommentierte das nur sarkastisch mit den Worten: Hatte schon das Vergnügen mit solchen Widerlingen.

Der erste Versuch war im Zug zwischen Bochum und Dortmund – und das ist wahrlich eine der übelsten Städte der Republik – als ein angeblicher oder wirklicher Syrer Anstalten machte, mich zum Sex zu zwingen. Es war kein Zweifel möglich, weil er es (auf Englisch) aussprach und nicht akzeptierte, dass ich das nicht wollte. Wir redeten also eine ganze Weile – gut hörbar – miteinander, bis er mich greifen wollte. Beim ersten Versuch schob ich ihn nur weg, sogleich erfolgte der zweite Versuch. Er wollte sich auf mich stürzen, was ich mit einer für ihn schmerzhaften Handbewegung zum Kehlkopf konterte. Danach gab er Ruhe und wollte aussteigen. Wie ich in diesem Moment feststellen konnte, hatten hinter uns ein paar junge deutsche Männer gesessen, die ich fragte, ob sie nichts mitbekommen hätten. Sie: Nö, was war denn? Ich sarkastisch: Der Typ wollte mich vergewaltigen, sonst nichts.

Lasse ich's dabei, man könnte noch mehr anmerken und erzählen, aber ich hoffe sehr, dass Sie weiter in die richtige Richtung denken und nicht auf halbem Wege stehen bleiben – zum Wohle aller deutschen Männer und Frauen.

Sandra Keuper, Kamen



Immer an und in erster Reihe: Ein durchgepeitschter Feminismus sorgt mit dafür, dass Mädchen in Schulen häufig den Vorzug gegenüber Jungen genießen

Bild: pa

Sack zugemacht

Zu: Frechheit siegt (Nr. 16)

Vielen Dank für den immer wieder – leider – treffenden Wochenrückblick. Es sollte allerdings ergänzt werden, dass zum Vergleich mit dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ und seiner Integrationspolitik im Rahmen des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) weiterhin eine Alternative existierte: Sie bestand darin, dass es in den westlichen Demokratien eine relativ gut funktionierende „soziale Marktwirtschaft“ mit einer relativ gut funktionierenden Integration im Rahmen der EWG gab.

Insofern dürfte mit der Situation, dass die „Geschichte den Sack zumacht“, lediglich ein jämmerlicher Trümmerhaufen übrig bleiben. Denn gangbare Alternativen sind eigentlich nirgendwo zu sehen.

Aber vielleicht kommen dann wieder rot-rot-grüne Fieberphantasien von einem „realen Sozialismus“ zum Tragen. Einstige DDR-Bürger, die ihn erlebt haben, werden gewiss ganz begierig darauf sein. Wie äußerte laut „Die Zeit“ der Historiker Golo Mann 1992 mit 83 Jahren?: „... wäre ich 50, würde ich mich bewaffnen. Das Vertrauen auf staatliche Gewalt reicht offenbar nicht mehr aus.“

Manfred Kristen, Freital

Armut ist relativ

Zu: Gar nicht so arm (Nr. 17)

Es war richtig, den gern missbrauchten Armutsbegriff zurechtzurücken und klarzustellen, dass bei einem Anstieg der Zahl der – im Sinne dieses relativen Maßstabes – Armen (Armutsgefährdeten) niemand weniger Einkommen zur Deckung seiner Bedürfnisse (Kaufkraft) zu haben braucht.

So ist es eben dann, wenn die Einkommen, die über 60 Prozent des Durchschnittseinkommens liegen, stärker steigen als diejenigen unter 60 Prozent des Durchschnittseinkommens. Mit den Tücken der Relativität des Armutsbegriffs wird von interessierter Seite gern im Trüben gefischt.

Von diesen Tücken wird selbst der Autor des Beitrags nicht verschont, wenn er am Ende schreibt, dass die Flucht der Reichen und die Zuwanderung Chancenloser und Unterqualifizierter das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung ständig nach unten zögen (richtig!) und „so“ eine wachsende statistische Armut in Deutschland anzeigten (falsch!). Je niedriger das Durchschnittseinkommen, umso niedriger tendenziell die Zahl derjenigen, die 60 Prozent desselben nicht erreichen, also der „Armen“. Je mehr „Reiche“ – aus welchen Gründen auch immer – wegfallen, umso geringer die statistische Armut. Die zuwandernden Unterqualifizierten und Chancenlosen zeigen nicht deshalb eine wachsende Armut bei uns an, weil sie das statistische Durchschnittseinkommen nach unten ziehen, sondern weil sie es nicht ausreichend nach unten ziehen, um 60 Prozent desselben zu erreichen.

Dr. Friedrich Gastell, Isernhagen

Das letzte Kapitel Europas

Zu: Jeder soll kommen dürfen (Nr. 17)

Das von den Vereinigten Staaten von Amerika beeinflusste Europäische Parlament will zukünftig jedem außereuropäischen Migranten, der aus nicht nachzufragenden Gründen in Europa ein besseres Leben sucht, uneingeschränkt, dauerhaft und sozialversorgt Schutz gewähren.

Die Millionen gut vernetzter „Flüchtlinge“ werden ihr Ziel danach ausrichten, welches Land die höchsten Versorgungs-Anreize bietet. Demnach wäre Deutschland weiter zunehmend im Brennpunkt, und die Steuer- und Beitragszahler würden bis zur eigenen Verarmung ausgepresst werden.

Mit dieser geplanten und destabilisierenden „Umvolkung“ wird sich letztendlich eine identitäts- und kulturentfremdete eigenschaftslose Gesellschaft entwickeln, die auf niedrigstem Niveau um die letzten Arbeitsplätze und Wohnungen kämpfen wird. In dieser Situation werden dann die USA die leicht beherrschbare und völlig konfuse Manövriermasse „Mensch“ unter dem Vorwand der Friedensstiftung mit aller Macht gegen Russland führen.

Das letzte Kapitel der Feinde Europas und der Deutschenhasser (Earnest Hooton, Graf Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi, Henry Morgenthau, Zizer und Gesinnungsgenossen der amerikanischen Hochfinanz) ist aufgeschlagen. Der Plan der USA zur mentalen und politischen Zerschlagung aller europäischen Nationen ist bereits sehr alt und wird nun in der Endphase verwirklicht.

Gisela Recki, Troisdorf

Im Fach Mathematik hat sich die Kulturpolitik gründlich verrechnet

Zu: Mathematische Analphabeten (Nr. 15)

Als Mathematiker teile ich Ihre Sorgen um den Gang der Dinge in diesem schönen Fach. Ich habe Freud und Leid der Kommilitonen der Ludwig-Maximilians-Universität München hautnah erlebt, zunächst als Student und später fünf Jahre als Übungsleiter oder Tutor. Dabei konnte ich mit ansehen, wie die Anforderungen fortlaufend sanken.

Schließlich schrieben sich sogar Anfänger des benachbarten Fachs Informatik bis zur Zwischenprüfung bei der Mathematik ein, weil hier viel weniger verlangt wurde.

Als sich ein Professor dem Niedergang widersetzte und 80 von 100 Prüflingen bei den Klausuren durchfallen ließ, wurde die ganze Vorlesung im nächsten Semester unter erleichterten Bedingungen wiederholt.

Aber die Schuld an dem Trauerspiel liegt meiner Ansicht nach nicht allein bei den Schulen. Die wesentlichen Ursachen sind bei einer verfehlten Kulturpolitik zu suchen. Schon Kanzler Kohl legte mit seinem unseligen Geschwätz von den angeblich zu langen Studienzeiten die Axt an die Wurzel. Wackere Mathe-Professoren sträubten sich vergebens dagegen, die Zahl der Semester drastisch zu beschränken, während die Forschung den Stoff erweiterte.

Das politische Ansinnen, die Lehrpläne dafür zu entrümpeln, zeugte von Unkenntnis und Unfähigkeit der Kultusminister. Das Studium der Mathematik ähnlich gestalten zu wollen wie das der Theologie, ist schlicht und ergreifend Unsinn. Bei den Theologen mag es Gerümpel gegeben haben. Mathematiker kennen nur Grundlagen. Keine davon kann man weglassen. Sonst versteht man den ganzen Rest nicht.

Dennoch wurde die Zahl der zulässigen Anlauf-Semester bis zu den Prüfungen immer weiter verringert. Heute reicht die Zeit gerade noch für die grundlegenden Vorlesungen. Anspruchsvollere Veranstaltungen wie etwa zur „Non-Standard-Analysis“ über zwölf Semester mussten ersatzlos gestrichen werden. Dabei gehören sachkundige Wissenschaftler zu den Pfunden, mit denen das rohstoffarme Deutschland bisher wuchern konnte.

Studienanfänger in Zeitnot gingen dazu über, Sätze und Beweise auswendig zu lernen wie Gedichte, ohne deren Bedeutung zu durchschauen. Recht weit kamen sie damit nicht. Im ersten Semester herrschte in der Regel noch Massenbetrieb. Sogar ein Platz auf den Stufen eines großen Hörsaals war auf Grund des Andrangs schwer zu ergattern. Die Absolventen der Zwischenprüfung, seinerzeit noch des Vordiploms, bildeten nur noch einen kleinen Kreis. Mehr als 90 Prozent hatten längst das Handtuch geworfen.

Trauerspiel liegt nicht nur an den Schulen

Aber es kam noch schlimmer. Europabesoffene Politiker opferten den Diplom-Studiengang als willkommene Sparmaßnahme auf dem Altar der Einheitlichkeit. An seine Stelle setzten sie die amerikanischen Micky-Maus-Grade Bachelor und Master. Damit entwerteten sie die bewährten deutschen Abschlüsse.

Der Bachelor ist eigentlich der Baccalaureus, wie man einst den Abiturienten auf Latein nannte. Tatsächlich übertrafen die Reifeprüflinge den Bachelor in den USA bei Weitem. In Übersee kann ein Drittel der Absolventen nicht einmal das eigene Abschluss-Zeugnis entziffern. Der Master ist ursprünglich der Magister Artium, kurz M.A., der sich mit allen anderen Universitäts-Graden in den Vereinigten Staaten locker messen konnte.

Aber auch die Professoren bilden einen Teil der misslichen Umstände in der Mathematik. Kaum einer von ihnen hat eine pädagogische Ausbildung.

Das ist nicht ihr Verschulden. Aber wegen dieses Mangels tragen sie den Stoff vom Stand ihrer gegenwärtigen Erkenntnisse vor. Vielleicht wäre es hilfreicher gewesen, ein wenig mehr die geschichtliche Entwicklung zugrunde zu legen. Wenn man zeigt, wie die Babylonier zu ihren erstaunlichen Ergebnissen gekommen sind, würden sich die Folgerungen auch den Studenten fasslicher erschließen.

Im Argen liegen die Dinge mit den Nebeneinnahmen. Etliche Professoren der Mathematik wie auch anderer Natur- und Ingenieur-Wissenschaften unterhalten eine persönliche GmbH, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in deren Rahmen sie Aufträge und Honorare aus Industrie und Wirtschaft entgegennehmen. Die Nebenbeschäftigung beansprucht oft mehr Zeit und Aufmerksamkeit als ihre eigentlichen Aufgaben, nämlich Forschung und Lehre. Dafür beziehen sie an sich auskömmliche Gehälter.

Auch für die außerplanmäßigen Verdienste hat die Politik Tür und Tor geöffnet. Das geschah unter dem Vorwand, Ausbildung und Praxis enger zu koppeln. Tatsächlich folgte die Freigabe dem Druck von Kapital-Gesellschaften, von staatlichen Mitteln zu profitieren. Im Ergebnis spannen Professoren jetzt auch Studenten für ihre Nebenbeschäftigungen ein.

Doch die gescholtenen Schulen tragen eine Mitschuld an den Ursachen des Niedergangs. Schon den ABC-Schützen wird durch übertriebenes Leistungsdenken die Freude am Lernen ausgetrieben. Die Lehrer geben damit den Druck weiter, den ihnen die Kultusbehörden machen. Auch von ihnen wird immer mehr in immer kürzerer Zeit verlangt. Aber insbesondere mathematische Denkweisen sind gewöhnungsbedürftig. Das heißt, es braucht Zeit, den scheinbar trockenen Formelkram zu verdauen.

Stattdessen haben die Kultusminister auch die neunjährige Schulzeit der Gymnasien auf acht verkürzt, weil dies in anderen Ländern ebenso sei. Aber Irland oder Portugal können keinen Maßstab für uns darstellen. Jetzt rudern einige Bundesländer wieder zurück. Sie haben hoffentlich bemerkt, dass Deutschland dabei ist, die Grundlagen für seine Rolle als führender Industriestaat zu vergeigen.

Bei allen berechtigten Klagen sollte nicht übersehen werden, wie viele Lehrer sich gewissenhaft mühen. Sonst wäre der ganze Betrieb bereits eingebrochen. Freilich gibt es wie überall viel Durchschnitt und einige schlechte Lehrer. Aber auf die guten kommt es an. Ich hatte das Glück, einen der besten zu erleben.

So denke ich voller Dankbarkeit an Oberstudienrat Rudolf Harms vom Staatlich-Humanistischen Gymnasium in Bochum. Er hat mir den Weg ohne viel Trara planvoll und sorgfältig geebnet, was ich erst nach seinem Tod wirklich erkannt habe. Es hätte ihn mit Stolz erfüllt, dass sein Schüler trotz aller Hindernisse das faszinierende Studium der Mathematik erfolgreich abgeschlossen hat.

Volker Wittmann, Philippsburg

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Berliner »Tore zum Paradies«

Die Hauptstadt macht sich schick für den Evangelischen Kirchentag – Glaubensfest am Brandenburger Tor mit Barack Obama

Berlin steht wieder einmal vor einem besonderen Großereignis. Vom 24. bis 28. Mai ist die Hauptstadt Bühne für den 36. Evangelischen Kirchentag. Getreu der Losung „Du siehst mich!“ werden rund 140 000 Gäste aus aller Welt erwartet, darunter der frühere US-Präsident Barack Obama, der mit Angela Merkel vor dem Brandenburger Tor diskutieren wird.

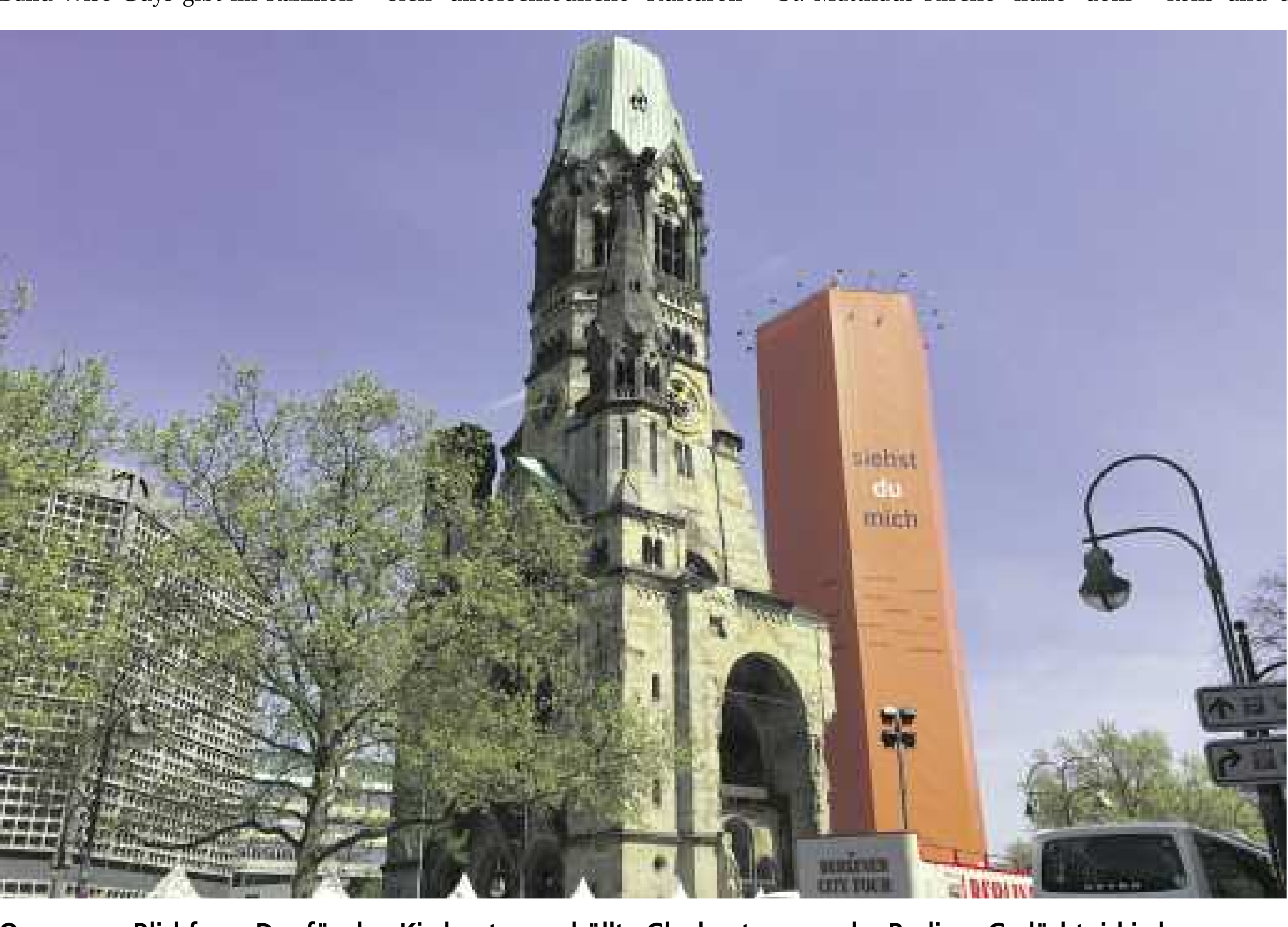
Konzerte und Diskussionen, Ausstellungen, Lesungen und Installationen – über 700 Veranstaltungen begleiten das fünftägige Glaubensfest und sollen die Besucher zusammenführen. Kirchentagspräsidentin Christina Aus der Au sieht in dem Massentreffen eine ideale Plattform, Menschen in einem ungewohnten und anderen Umfeld miteinander ins Gespräch zu bringen. „Nur wenn wir miteinander reden, werden wir auch Lösungen finden“, so die Schweizer Theologin.

Eingeläutet wird der Kirchentag mit drei großen Eröffnungsgottesdiensten zeitgleich am 24. Mai ab 18 Uhr auf dem Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor, auf dem Platz der Republik vor der Kulisse des Reichstags und auf dem Gendarmenmarkt. Anschließend verwandelt sich das Areal in ein gigantisches Straßenfest. Pfarrer Clemens Bethge, der von Seiten der Landeskirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz diesen Abend der Begegnungen mit organisiert, sagt: „Wir bauen in einem großen Karree vom Brandenburger Tor bis zum Gendarmenmarkt Stände, Open-Air-Bühnen und Mitmachstände auf – für alle Gäste, die hungrig nach Essen und nach geistigen Angeboten nach Berlin kommen.“

Außerdem wird es beim Abend der Begegnungen auch etwa 40 Inseln der Begegnung geben, die zu Talkrunden mit den Kirchentags-Besuchern einladen. Und während die einen lieber reden, können andere tanzen, rocken und swingen. So wird Liedermacher Max Giesinger („Der Junge, der rennt“) am Mittwochabend ab 19.30 Uhr auf der Bühne am Brandenburger Tor für Stimmung sorgen. Auch an den anderen Tagen treten dort namhafte Künstler auf. Die A-Cappella Band Wise Guys gibt im Rahmen ihrer Abschiedstournee am Donnerstagabend ab 19 Uhr ihr letztes Kirchentagskonzert. Schauspielerin und Sängerin Yvonne Catterfeld steht am Freitagabend ab 19.30 Uhr auf der Bühne. Und die Folkrocker von Schandmaul sind am Sonnabend bei der großen Abschlussveranstaltung „Echt Kirchentag“ (19 bis 22 Uhr) dabei.

Zudem gibt es am 27. Mai auf dem Gendarmenmarkt ab 20 Uhr noch ein besonderen musikalischen Höhepunkt: Die Berliner Symphoniker werden mit aus verschiedenen Ländern zugewanderten Musikern die „Unisono-Sinfonie“ von Nicolas Ruegenberg aufführen. „Ich möchte damit am Beispiel der Musik zeigen, dass sich unterschiedliche Kulturen gegenseitig bereichern können und gemeinsam etwas Großartiges entstehen kann“, so der junge Frankfurter Komponist.

Komplementär zur Kirchentagslosung „Du siehst mich!“ öffnen mehrere Kirchen ihre Türen für die Kunstaustellung „Zeig Dich!“, in der Berliner Künstler mit ihren Illustrationen die Vielfalt der hauptstädtischen Kunstszene präsentieren. Doch auch die Kirchen selbst erzählen ihre oft leidvolle Geschichte. So war die von Karl-Friedrich Schinkel erbaute St.-Elisabeth-Kirche in der Invalidenstraße 3 in Berlin-Mitte im Zweiten Weltkrieg fast völlig zerstört und wurde erst ab 1990 wieder aufgebaut. Auch die St.-Matthäus-Kirche nahe dem Potsdamer Platz fiel den Kriegsflammen zum Opfer und entstand von 1956 bis 1960 neu. Und die Zwingli-Kirche im einst industriell geprägten Friedrichshain hat sich der heutigen Party- und Clubszene angepasst und ist selbst zum Veranstaltungsort geworden. Die Gedächtniskirche mit dem orange verhüllten Glockenturm am Breitscheidplatz erwartet die Kirchentagsbesucher unter anderem zu Friedensgottesdiensten, einem Motorradgottesdienst, kulturpolitische Podien, abendlichen Konzerten und politischen Nachtgebeten. Kirchentagspastor Arnd Schomerus betont: „Es wird ein Ort sein sowohl des Feierns als auch des Nachdenkens und dabei immer auch ein Ort des Gedenkens und Erinnerns.“



Orangener Blickfang: Der für den Kirchentag verhüllte Glockenturm an der Berliner Gedächtniskirche Bild: be

Natürlich steht der Kirchentag auch im Zeichen des Reformationsjubiläums – wenngleich Luther nie in Berlin gewesen ist. Doch sein Thesenanschlag in Wittenberg und dessen Folgen haben auch in Berlin und Brandenburg Spuren hinterlassen. Im Museum Nikolaikirche am Nikolaikirchplatz schlägt die Ausstellung „St. Luther – Reformator zwischen Inszenierung und Marketing“ einen Bogen von der Zeit des Reformators zur Gegenwart. Als frühes Beispiel der Verkehrung seiner Lehren ist eine echte Luther-Reliquie – ein Stück Stoff seines Messgewands – zu sehen.

Beeindruckendes Zeugnis des Lebens und Denkens in der Reformationszeit ist die reich geschmückte Hausbibel des Seidenstickers Hans Plock aus Halle. Luther selbst hatte den Druck dieser Bibel einst überwacht.

Eine Ausstellung im Deutschen Historischen Museum im Martin-Gropius-Bau widmet sich dem „Luthereffekt“ und blickt zurück auf die weltweite Wirkungsgeschichte des Protestantismus. Dabei wird das Konfliktpotenzial zwischen Kulturen und Religionen nicht ausgespart. Auf 3000 Quadratmetern Ausstellungsfläche werden 500 originale Exponate gezeigt (die *PAZ* berichtete).

Schließlich wird so mancher Kirchentagsbesucher, der sich durch die Stadt treiben lässt, über rote Tore staunen oder anders gesagt über „Tore zum Paradies“. Insgesamt 70 dieser Tore stehen in der Stadt und verweisen angelehnt an den angeblichen Luther-Spruch „Das Paradies ist überall“ auf städtische Paradiese. Ob der Alexanderplatz oder der Potsdamer Platz unbedingt dazu gehören, mag jeder für sich entscheiden. Ein paradiesischer Sehnsuchtsort ist ganz bestimmt die Internationale Gartenausstellung in Berlin Marzahn/Hellersdorf. Dort gibt es vom 27. Mai bis 5. Juni eine Ausstellung mit Symbolpflanzen aus der Bibel wie Olivenbaum und Myrte.

Höhepunkt des Kirchentags ist der Himmelfahrtstag, wenn Barack Obama auf „seiner“ Berliner Bühne vor dem Brandenburger Tor, wo er schon 2013 eine Rede hielt, auftreten wird. Mit Kanzlerin Merkel wird er über den Einfluss des christlichen Glaubens auf die persönliche Gestaltung der Politik sprechen.

Beendet wird der Kirchentag nicht in Berlin, sondern an der Wirkungsstätte Martin Luthers in Wittenberg. Auf den Elbwiesen vor den Toren der Reformationsstadt werden Menschen aus aller Welt ab 12 Uhr einen Festgottesdienst feiern. Dieser feierliche Abschluss des Kirchentages ist zugleich Auftakt des Reformationssommers. *Barbara Eising*

Mehr Infos: www.kirchentag.de

Glaube an Bord

Reformationsbus erreicht nach Tour durch Europa die Lutherstädte

Zum Jubiläum der 95 Thesen Martin Luthers hat die Evangelische Kirche einen Reformationsbus auf den Weg gebracht. Auf seiner langen Reise durch Europa soll der Lastwagen an den Beginn der Reformation vor 500 Jahren erinnern, Geschichten darüber sammeln und die Europäer miteinander verbinden. Denn die Reformation hat eine europäische Dimension und sowohl regionale Traditionen als auch unterschiedliche Konfessionen hervorgebracht. Mit dem sogenannten Geschichtenmobil will man auch an den kulturellen Wandel erinnern, der durch die Reformation ausgelöst wurde.

Seit dem 3. November 2016 rollt der blaue, 16 Meter lange und 33 Tonnen schwere Sattelschlepper, von Genf kommend, auf seinem „Stationenweg“ durch mehr als 60 Städte und 18 Länder. Auf der letzten Etappe seiner 25 000 Kilometer langen Route ist er wieder im mitteldeutschen Kernland der Reformation unterwegs. In Eisenach blieb er ausnahmsweise zehn Tage, steuerte am 16. Mai Zwickau an und hält am 18. Mai in Bernburg. Am 20. Mai wird der Bus an seinem Zielort Wittenberg eintreffen, wo an diesem Tag die „Weltausstellung Reformation“ eröffnet wird. In der Ausstellung werden auch die vom Lkw mitgebrachten Bilder und Geschichten auf Multimedia-Stationen und Texttafeln zu hören und zu sehen sein.

Mit Rom im Süden und dem finnischen Turku im Norden, vom englischen Liverpool im Westen bis nach Riga und Hermannstadt (Sibiu) im Nord- und im Südosten Europas ist der geografische Rahmen der Reiseroute des Reformationsbusses abgesteckt. Weitere Stationen waren unter anderem Venedig, Prag, Wien, Straßburg, Basel und neben Berlin, Wuppertal und Kiel viele andere große und kleinere deutsche Städte. Überall luden städtische und kirchliche Partner zu Veranstaltungen und Gottesdiensten ein, wobei die lokalen Beziehungen zur Reformation und der ökumenische Gedanke im Mittelpunkt standen. Mehrfach nahmen angereiste hochrangige Kirchenvertreter aus Deutschland an den Gottesdiensten teil. Jede Station gab dem Bus eine Präsentation über die Reformation vor Ort mit auf den Weg.

Eine Besatzung aus 15 Bundesfreiwilligen begleitet den Lkw. Überall dort, wo das riesige Fahrzeug jeweils für 36 Stunden auf einem zentralen Platz Aufenthalt nahm, empfingen die jungen Leute Besucher an Bord und stellten ihnen die Geschichten an den Multimedia-Stationen vor. Viele Besucher erzählten spontan vor der Kamera des mobilen Telefons, was sie persönlich mit der Reformation verbinden oder auch, was sie derzeit besonders bewegt.

Mobiles Geschäft: Reformationsbus auf einer seiner Stationen Bild: pa

Große Veränderungen werfen wie vor 500 Jahren auch heute ihre Schatten voraus. Für einen US-amerikanischen Reverend gilt es als ausgemacht, dass wir uns wieder in einer Zeit des Umbruchs befinden, vielleicht an der Schwelle einer neuen Reformation stehen. „Die Erinnerung an die Reformation könnte uns Orientierung geben“, meinte er. *D. Jestrzemski*

Santorins Klein-Atlantis

Vor 50 Jahren fand man in Akrotiri Reste jahrtausendealter Kultur

Es gibt nur drei antike Siedlungen, welche erst durch einen Vulkanausbruch zerstört und unter dicken Schichten von Auswurfmaterial konserviert und dann in der Neuzeit wieder ausgegraben wurden. Zwei davon, nämlich Pompeji und Herculaneum am Vesuv, sind weltberühmt – deutlich weniger bekannt ist hingegen Akrotiri im Süden der kleinen Ägäis-Insel Santorin.

Jene bronzezeitliche Hafenstadt, in der einst Tausende Menschen gelebt haben müssen, fiel der Eruption des Vulkans Thera zum Opfer, die sich um 1613 v. Chr. ereignete. Manche Althistoriker sehen in dieser Naturkatastrophe sogar den Kern des Atlantis-Mythos. Allerdings konnten Forscher, darunter auch die französische Taucherlegende Jacques-Yves Cousteau, bisher keine Belege für die Richtigkeit dieser Annahme finden.

Die Ausgrabung von Akrotiri, das unter einer bis zu 15 Meter dicken Schicht aus Bimsstein lag, begann am 25. Mai 1967 auf Initiative des griechischen Archäologen Spyridon Marinatos. Der liebäugelte ebenfalls mit der Theorie, dass Atlantis und Santorin identisch gewesen seien, und vertrat darüber hinaus die Ansicht, das Ende der minoischen Kultur auf Kreta resultiere aus dem Tsunami infolge des Thera-Ausbruchs. Marinatos war der wohl geeignetste Mann für das Grabungs-Vorhaben, denn er hatte sich bereits durch wissenschaftliche Leistungen wie die Lokalisierung des genauen Ortes der berühmten Schlacht bei den Thermopylen einen Namen gemacht.


Minoische Kunst: Wandfresken in Akrotiri Bild: Mauritius

Dass der Grieche genau wusste, wo er zu graben hatte, lag an den Zufallsfunden des französischen Geologen Ferdinand Fouqué, der 1867 im Auftrag eines Bauunternehmens auf Santorin weilte, das hier Zuschlagstoffe förderte, die für das Suezkanal-Projekt benötigt wurden.

Die ersten Spatenstiche vor nunmehr 50 Jahren erfolgten am Platz einer eingestürzten Eselshöhle. Hier stießen die Ausgräber sofort auf Scherben und Mauerreste. Später kamen dann größere Gebäude zutage, die charakteristische Wandmalereien tragen, welche viel über das Leben im bronzezeitlichen Akrotiri verraten. Dahingegen fand Marinatos' Archäologenteam keine Überreste von menschlichen Opfern des Vulkanausbruchs, wie man sie aus Pompeji oder Herculaneum kennt. Das erklären die Wissenschaftler damit, dass der vernichtenden Haupteruption kleinere Ausbrüche und Erdbeben vorausgingen, woraufhin die Bewohner der Stadt auf Nachbarinseln flohen.

Marinatos leitete die Ausgrabungen bis zum 1. Oktober 1974. An diesem Tag stürzte er von einer Mauer und starb noch am Unfallort, wo sich nun auch seine letzte Ruhestätte befindet. Später, im September 2005, kam wiederum ein Mensch in den Ruinen von Akrotiri zu Tode, als Teile der Wetterschutz-Überdachung der archäologischen Stätte zusammenbrachen. Daraufhin durften die Reste der Stadt mehrere Jahre nicht betreten werden. Seit April 2012 ist Akrotiri aber wieder für Besucher zugänglich. *Wolfgang Kaufmann*

Iran im Wandel

Präsident um Entspannung bemüht – Großmachtanspruch bleibt

Der große persische Dichter Hafis repräsentiert bis heute einen Höhepunkt persischer Kultur im 14. Jahrhundert. Goethe hat ihn einen „Zwillingsbruder im Geiste“ genannt und ihm seinen „West-östlichen Diwan“ gewidmet. Heute sind die Gefühle vieler Deutscher dem Iran gegenüber seit der Revolution von 1979 durch Ayatollah Chomeini weniger freundlich. Dessen Aggressivität gegenüber dem Westen erschreckte in Europa und Amerika zutiefst und führte zu wachsenden Spannungen und beiderseitigen Verteufelungen. Gleichwohl stabilisierte sich die schiitisch geprägte Islamische Republik Iran mehr und mehr.

Der nach langen Verhandlungen vor zwei Jahren erreichte Vertrag, der das iranische Atomprogramm von waffenfähigem Plutonium abhalten soll, könnte womöglich ein friedlicheres Kapitel zwischen dem Gottesstaat (als solcher versteht sich der Iran) und dem Westen einleiten. Da trifft es sich gut, dass unlängst das Buch des Hamburger Hochschullehrers und Nahostexperten Henner Fürtig herauskam. In nüchterner, jede Emotion meidender, aber faktenreich die Innen- und Außenpolitik des Iran analysierenden Darstellung erhält der Leser einen Überblick zum Thema, wie man ihn sich besser kaum wünschen kann.

Dank seiner jahrtausendealten Kultur hat das Land bis heute ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein und einen hohen Bildungsstand. 1935 wurde das damalige Persien in Iran (Land der Arier) umbenannt. Im 19. und 20. Jahrhundert war es ein Spielball der Großmächte Russland, Großbritannien und später der USA, bis der Umsturz von 1979 eine radikale Wende einleitete. Der Autor vergleicht ihn mit der Französischen Revolution von 1789 und der russischen von 1917.

Keine Entscheidungen ohne den Wächterrat

Seitdem gibt es die „Herrschaft der Rechtsgelehrten“, also der oft genannten Ayatollahs, die das Land in strikter Auslegung des Koransführt, wie ihn die schiitische Glaubensrichtung des Islams sieht, oft in heftiger Abwehr des sunnitischen Glaubens in anderen arabischen Ländern. Wahlen und Parlament gibt es, aber letzte Entscheidungen fällen ein von Geistlichen besetzter Exekutivrat und vor allem der Wächterrat, ohne den im Iran nichts geht und den heute der inzwischen 77-jährige Ayatollah Khamenei leitet.

Auf abweichende Meinungen, Proteste oder das Aufbegehren der relativ großen nationalen Minderheiten hat das Regime stets mit Härte reagiert. Eine Blutspur zieht sich durch die Geschichte der islamischen Revolution. Der Autor nennt alle Ereignisse, weitet sie aber emotional nicht aus, vielleicht weil das sonst fast überall geschieht Es ist gleichwohl die einzige Kritik, diese gravierenden Menschenrechtsverletzungen wenig gewertet zu haben.

Die USA waren von Anfang an der „große Satan“. Das Zerwürfnis war vorprogrammiert und erreichte unter Präsident Ahmadinedschad einen Höhepunkt. Der jetzige Präsident Rohani, übrigens wie viele Geistliche in Teheran ein hochgebildeter, in Philosophie und Wissenschaft bewanderter Mann, der im schottischen Glasgow promoviert hat, ist um Entspannung bemüht, tut aber gleichwohl alles, um den Iran als führende Macht am Golf zu festigen. Irans Unterstützung in der Region ist allenthalben spürbar: Ohne iranische Hilfsgelder wäre die Hamas im Gazastreifen längst am Ende; ohne iranische „Freiwillige“ wäre auch Syriens Staatspräsident Assad nicht mehr am Ruder. Daran, so scheint es, wird sich sobald nichts ändern.

Was sich ändern könnte, wäre ein langsamer innerer Wandel durch behutsame Reformen. An die Substanz des Gottesstaates dürften sie aber nicht gehen, darüber wachen die Geistlichen mit eiserner Strenge. Liest man das alles in Fürtigs Buch, versteht man vieles im so widersprüchlichen Iran besser. Es ist in der Tat ein Buch, dem man viele Leser wünscht. Überdies ist es ein erfreuliches Indiz, wie die deutsche Geschichtswissenschaft die engen eurozentrischen Gartenzäune endlich überwindet.

Dirk Klose

***Henner Fürtig: „Großmacht Iran. Der Gottesstaat wird Global Player“**, Quadriga Verlag, Köln 2016, gebunden, 288 Seiten, 24 Euro*

Einseitige Auswahl

Welche Klassiker zu lesen sind



In der „Literarischen Musterung“ des 1946 geborenen Literaturhistorikers Günter Scholt stieß der Rezensent zuerst auf den Artikel „Nibelungenlied“, und war von ihm begeistert. Ein weiterer Exkurs zu Heinrich Manns „Untertan“ sagte ihm weniger zu: Den Roman als psychosoziales Autoporträt des Verfassers zu sehen, fiel ihm nicht ein. Scholdt möchte die „Klassiker“ ins allgemeine Bewusstsein zurückrufen, offenbart aber einen etwas einseitigen „Klassiker“-Begriff: dreimal Brecht, je zweimal Zuckmayer und Dürrenmatt, Andersens Märchen, Kafka, Dumas' „Graf von Monte Christo“, Ionesco, Sartre, Ibsen neben Sophokles, Hartmann von Aue, Raimunds „Hobellied“, Fontanes Birnenschnulze des Herrn von Ribbeck im Havelland.

Seit zwei Jahrhunderten verehren Generationen Deutscher das Quintett der Klassiker Goethe, Schiller, Herder, Wieland, Lessing. Die übersieht Scholdt offenbar, wie er auch die Klassiker unserer europäischen Nachbarn nicht nennt. Scholdt erzählt den Inhalt von Cervantes' „Don Quijote“ ohne Blick auf dessen „Vorwort“, die geistvollste Philippika der Weltliteratur gegen „akademischen“ Phrasendrusch.

Brecht und Kafka statt Goethe und Schiller

Statt Würdigung von Klassikern verteilt Scholdt Klassenkeile an „Banausen mit beträchtlichem Einfluss auf die verbliebene Rest-Bildung“. Das geht so: Start bei „1984“ des „Klassikers“ Orwell und seinem „Neusprech“, der bei „Gender-Gaga“, „Antifa“- und „Multikulti“-Retuschen zu neuem Leben erwacht. „Des Kaisers neue Kleider“ werden bei der „endlosen Insolvenzverschleppung“ der „Griechenlandkrise“ wieder hervorgeholt. Brechts „Galilei“ erscheint als Exempel „medialer Schauprozesse“ wie zum Beispiel „Eichmann in Jerusalem“. Scholdt schlägt aus jedem Anlass Anklagen gegen die „Gegenwart in ihrer zynischen Laxheit gegenüber Werten“. Zur Widerlegung von „offiziellem Geeire“ zitiert er die „verbalen Kampfansagen“ des Türken Denis Yücel gegen Thilo Sarrazin.

Wolf Oschlies

***Günter Scholdt: „Literarische Musterung. Warum wir Kohlhaas, Don Quijote und andere Klassiker neu lesen müssen“**, Antaios Verlag, Schnellroda 2017, gebunden, 368 Seiten, 22 Euro*

Erhebliche Schlagseite

Historiker Gerwarth verschweigt Vertreibungen

Viele Menschen glauben, dass mit dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 auch das Sterben in Europa aufhörte. Das ist ein Irrtum, wie der Historiker Robert Gerwarth in seinem Buch „Die Besiegten“ zeigt. Schließlich galt es nun, die Erbmasse dreier zerfallener Imperien – der Reiche der Habsburger und der Osmanen sowie des russischen Zaren – zu verteilen. Das hieraus resultierende Ringen kostete wieder Millionen Menschenleben, entweder durch die Kämpfe selbst oder im Verlaufe von Pogromen, Vertreibungen und Revolutionen. Außerdem ließ das allgemeine Chaos den Wunsch nach Stabilität wachsen, der dann das Europa der 1930er Jahre prägte und am Ende zum Zweiten Weltkrieg führte. Das lag daran, dass die traumatisierten Besiegten nach Besserung ihrer Lebenssituation strebten oder auf Rache sonnen. Denn Gründe für letztere gab es genug.

Leider schildert Gerwarth diese mit erheblicher inhaltlicher „Schlagseite“. So wird die Besetzung des Rheinlandes durch die Alliierten nur kurz erwähnt. Kein Thema sind die Vertreibung der Deutschen aus Elsass-Lothringen sowie die Grausamkeiten der Polen, Russen und Balten im Osten. Über die Fortsetzung der Hungerblockade gegenüber der Weimarer Republik bis zum Juli 1919, die hunderttausende Opfer forderte, schweigt der Autor ebenso. Dafür arbeitet er sich geflissentlich an den deutschen Freikorps im Baltikum ab. Also wieder einmal ein Beispiel für das tendenziöse Vorgehen von hierzulande sozialisierten Nachwuchshistorikern, denen dafür dann aber die große Karriere in der Fremde winkt: So ist Gerwarth inzwischen zum Professor in Dublin avanciert.

Wolfgang Kaufmann

***Robert Gerwarth: „Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs“**, Siedler Verlag, München 2017, gebunden, 479 Seiten, 29,99 Euro*

Öffentlich »verbrannt«

Wegen Äußerungen zur Asylpolitik verschmäht



Jürgen Mannke erzählt die erschütternden Erlebnisse, die ihm als Direktor des Weißenfelser Goethegymnasiums widerfuhren, wie er über die Medien einer üblen Rufmordkampagne ausgesetzt war. Was hatte er getan?

Als Vorsitzender des Philologen-Verbandes Sachsen-Anhalt hatte er in dessen Zeitschrift im Herbst 2015 einen Leitartikel verfasst und darin versucht, über begründete Mahnungen Denkanstöße zu geben, wie auf zu erwartende unangenehme Folgen der Einwanderungsströme reagiert werden könne und welche präventive Hilfe Lehrer anbieten könnten.

Was gut gemeint ist, kann schnell verdreht und zu einer üblen Keule werden, mit der hemmungslos auf den unerwünschten Ratgeber eingeprügelt wird. War es das politisch gemiedene Wort „Immigranteninvasion“, das die Gemüter reizte, oder der Hinweis, dass manche „aus rein wirtschaftlichen oder gar kriminellen Motiven“ kommen oder der Hinweis, dass „viele junge, kräftige“ und „oft attraktive muslimische Männer“ kommen mit dem Hinweis, dass die Politik nicht gerade bewiesen habe, dass sie eine gezielte Einwanderung zielführend zu managen weiß? Oder war es der Satz: „Als verantwortungsbewusste Pädagogen stellen wir uns die Frage: Wie können wir unsere jungen Mädchen im Alter ab 12 Jahren so aufklären, dass sie sich nicht auf ein oberflächliches sexuelles Abenteuer mit sicher oft attraktiven muslimischen Männern einlassen?“

Was wurden in der Hochphase der „Willkommenskultur“ für Fantasie-Märchen erzählt. Der „Spiegel“ schrieb, dass die Burka ein „Zeichen für Freiheit“ sein kann. Linksideologen und grüne Sozialutopisten sprachen pauschal von „geschenkten Menschen“. Kübel von Unrat wurden über Mannke geleert, doch wie recht er hatte, zeigte die Silvesternacht in Köln.

Bis die Wahrheit ans Tageslicht kam und die Medien sie zögernd zur Kenntnis nehmen und darüber berichten mussten, war der Autor öffentlich „verbrannt“. Schüler und Eltern wie zahlreiche Leserbriefschreiber standen jedoch fest hinter ihm, sodass er seines Lehramtes nicht enthoben werden konnte. Das Buch geht unter die Haut und ist als Lektüre sehr zu empfehlen.

Wolfgang Thüne

***Jürgen Mannke: „Im Land der verschwiegenen Wahrheiten. Auf dem Schafott der politischen Meinungsbildung“**, DeBehr Verlag, Radeberg 2017, broschiert, 249 Seiten, 12,95 Euro*

Hybrider Krieg mit neuen Mitteln

Manfred Quiring malt ein düsteres Bild vom zukünftigen Russland unter Putin – Europa soll sich auf Angriffe vorbereiten



Nach 16 Jahren Putin-Herrschaft sei die Hoffnung, aus dem einstigen Sowjetimperium würde ein zivilisiertes Land werden, zerplatzt. Der Krieg mit Georgien, die Annexion der Krim, der verdeckte Krieg in der Ost-Ukraine sowie die militärische Intervention in Syrien sind Tatsachen. Innenpolitisch seien wie früher die Sicherheitsorgane übermächtig und stünden außerhalb jeder Kontrollmöglichkeit. Es gebe keinen Rechtsstaat und ebenso keine Medienfreiheit, konstatiert Manfred Quiring in seinem Buch „Putins russische Welt“.

In der Außenpolitik wolle Putin nicht nur für Russland die geografische Größe der Sowjetunion wiederherstellen, sondern auch den Westen möglichst schwächen.

Anfang 2013 legte der Chef seines General-Stabs Vorstellungen von der neuen militärischen Welt dar, wonach sich die Grenzen zwischen Krieg und Frieden auflösten. Die Konflikte „neuen Typs“ seien in ihren Wirkungen einem echten Krieg vergleichbar. Der Generaloberst habe den „breit gestreuten Einsatz von Desinformationen, von politischen, ökonomischen und anderen nicht-militärischen Maßnahmen“ befohlen. Das müsse ergänzt werden „durch militärische Maßnahmen verdeckten Charakters“, darunter „Maßnahmen des Informationskampfes sowie Aktivitäten von Spezialeinsatzkräften“. Zur offenen Anwendung von Gewalt, teils unter dem Anschein einer friedensschaffenden Tätigkeit“käme es erst in der letzten Etappe.

Der verdeckte Krieg im Cyberspace, die durch das Internet möglich gewordene massenhafte Verbreitung von Desinformationen und Manipulationen würden zukünftig eine entscheidende Rolle spielen. Wichtig sei die dabei erzeugte Verwirrung, dass es unmöglich wird, Wahrheit und Lüge zu trennen. Nicht ohne Grund bildete der BND letztes Jahr eine spezielle Arbeitsgruppe, um die Bundesregierung über die hybride Kriegsführung gegen Deutschland zu informieren. Im Fall der 13-jährigen Lisa, die aus Angst vor ihren russlanddeutschen Eltern in Berlin eine Nacht fortblieb, wurde in Moskau noch lange von „Entführung“ und „Vergewaltigung“ getönt, als die Wahrheit längst bekannt war.

Ziel der konzertierten Desinformationskampagne sei die politische Schwächung der Bundeskanzlerin mit ihrer Flüchtlingspolitik gewesen, die an ihrem Festhalten an den Sanktionen gegen Moskau stark angefeindet wird. Dass sich der Kreml bei den Bundestagswahlen stärker einmischen wird und ihre Wiederwahl verhindern möchte, sei offensichtlich. Generelles Ziel sei, unsere Demokratie zu verleumden, die EU-Staaten zu entzweien und eine Spaltung mit den USA herbeizuführen.

Einigen deutschen „Experten“ wirft der Autor mit seinen 22 Jahren Moskau-Erfahrung einen „schon an Starrsinn grenzenden Unwillen“ vor, die Realität Russlands zu sehen. Ein unermüdlicher Verfechter Moskaus ist Ex-Bundeskanzler Schröder, der Putin als „lupenreinen Demokraten“‘ wertet und hohe Positionen in russischen Konzernen bekleide. Nach dem Buch gehört er „zu den bestbezahlten Lobbyisten der Moskauer Propagandaoffensive“. Matthias Platzeck (ebenfalls SPD), einst Ministerpräsident Brandenburgs, übernehme ebenfalls die Kreml-Thesen unkritisch und wolle die Okkupation der Krim nachträglich völkerrechtlich sanktionieren.

Der Westen zeige hierbei bedauerlicherweise Unentschlossenheit, wie der Verfasser darlegt. Kompromissbereitschaft pflegten Diktaturen stets als Schwäche auszulegen. Ebenso könnten Beschwichtigungen keine stabile politische Situation in Europa herbeiführen. Die Sanktionen des Westens schmerzten die Kreml-Führung gewiss, seien aber für eine alsbaldige Änderung der Moskauer Außenpolitik zu weich. Trotzdem sollte man das Gespräch mit Russland suchen, gerade auch mit dessen Zivilgesellschaft. An Sanktionen müsse der Westen festhalten, bis Moskau seine aggressive Haltung gegenüber der Ukraine ändert. Der Westen müsse Widerstand leisten gegen jenen hybriden Krieg und gegen die Strategie der Einschüchterung, indem er auf derselben Ebene antworte. Ohnehin müsse die NATO ihre Verteidigungsfähigkeit stärken, besonders in der Cybersphäre – leider sei sie auf diesem Gebiet noch nicht genügend vorbereitet.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

***Manfred Quiring, „Putins russische Welt“**, Ch. Links-Verlag, Berlin; 2017, broschiert, 264 Seiten, 18 Euro*



Oswald Spengler

Der Untergang des Abendlandes

Wie Moskau den Westen destabilisiert

Spenglers Idee vom Untergang des Abendlandes markiert eine Wende in der Geschichtsphilosophie. Gegen die Vorstellung eines linearen Voranschreitens der Geschichte (Antike, Mittelalter, Neuzeit) setzt er den Gedanken eines zyklischen Werdens und Vergehens. Vor diesem Hintergrund analysiert er alle großen Kulturen und skizziert den Plan einer Weltgeschichte, der auch Voraussagen über die Zukunft gestattet. Spenglers Opus Magnum wurde von Anfang an begeistert und kritisch gelesen und sorgt seit fast 100 Jahren für Kontroversen. Zuletzt bezog sich Samuel P. Huntington in „Kampf der Kulturen" auf Spenglers Werk. 1472 Seiten

Nr. P A1141 Gebunden 9,95 €



Jörg Bofinger und Rose Hajdu

Keltengold

Die Schätze der Fürstengräber in einzigartigen Aufnahmen

Kostbare Funde der Keltenzeit wie prachtvoller Schmuck, reich verzierte Gebrauchsgegenstände, Grabbeigaben und kultische Objekte mit Darstellungen fantastischer Wesen sind das besondere Highlight dieses opulenten Bildbandes: Sie werden in brillanten Aufnahmen ins rechte Licht gesetzt, indem sie z. B. auf Naturuntergrund künstlerisch inszeniert werden. Mit sachkundigen Texten führt der Autor in das Thema ein und stellt einzelne keltische Fürstensitze und Grablegen in Süddeutschland vor. Dr. Jörg Bofinger hat Vor- und Frühgeschichte in Tübingen und Aix-en-Provence studiert. Von 2004 bis 2006 war er wissenschaftlicher Grabungsleiter am frühkeltischen Fürstensitz Heuneburg. Seit 2006 ist er Referent für Schwerpunkt- und Großgrabungen beim Landesamt für Denkmalpflege Baden-Württemberg, Stuttgart. 160 Seiten

Nr. P A1060 Gebunden mit Schutzumschlag 12,99 €



Andreas Kossert

Ostpreußen

Geschichte einer historischen Landschaft

128 Seiten/Taschenbuch

Nr. P A0872 8,95 €

Ostpreußen ist bis heute ein deutscher Sehnsuchtsort. Die große Vielfalt seiner Kultur ist zwar durch Nationalismus und Krieg untergegangen, aber Geschichte und Mythos dieses versunkenen Landes wirken immer noch nach. Andreas Kossert, der wohl beste historische Kenner, schildert in seinem wunderbar geschriebenen Überblick konzise und anschaulich die Geschichte dieser einst östlichsten Provinz Deutschlands vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Andreas Kossert ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter Dokumentation/Forschung der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin. Seine Bücher „Ostpreußen – Geschichte und Mythos" und „Kalte Heimat – Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945" waren Bestseller.



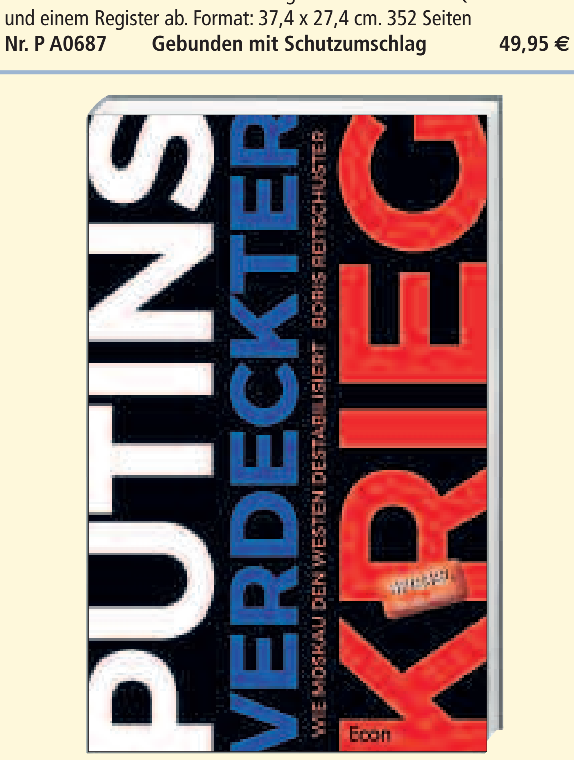
Heinz Ohff

Preussens Könige

Ein Leben zwischen Hoffnung und Revolution

Der erste von Preußens Königen erklärte sich selbst zum König – zum Gelächter Europas. Der letzte versuchte sich nach seiner Abdankung als Holzhacker. Um kaum eine Dynastie ranken sich so viele Geschichten wie um die Hohenzollern, die über 200 Jahre lang die Krone Preußens trugen. Anschaulich, kenntnisreich und unterhaltsam porträtiert Heinz Ohff alle preußischen Könige von 1701 bis 1918. Er schildert nicht nur das Leben der Herrscher von Friedrich I. bis Wilhelm II. an ihren Königshöfen, sondern auch ihr privates Umfeld. Damit macht er einen wesentlichen Teil der deutschen Geschichte lebendig und verständlich. Heinz Ohff beschreibt mit der flotten Feder des gelernten Journalisten nicht nur die staatsmännischen Leistungen und Schwächen der Friedrichs, Wilhelms und Friedrich Wilhelms, er stellt auch die Ehefrauen und Hofkreise vor, erzählt Anekdoten, gibt Bonmots wieder und erwähnt skurrile Begebenheiten. 400 Seiten

Nr. P A1020 Taschenbuch 12,00 €



Atlas der Weltgeschichte

Mit 1.500 Karten und Abbildungen

Ein Atlas der Superlative, der in punkto Wissensvermittlung Maßstäbe setzt. Die ideale Verbindung aus anschaulich aufbereitetem Karten- und Bildmaterial sowie politischen, ökonomischen, demographischen, sozialen, kulturellen und ökologischen Informationen gestattet eine einzigartige Sicht auf die Entwicklung der Menschheit sowie der Länder und Regionen. Verfasst wurde diese aktualisierte Neuauflage von renommierten Wissenschaftlern aus aller Welt. Während der erste Teil einen ausführlichen chronologischen Überblick über die wichtigsten Epochen verschafft, widmet sich der zweite Teil detailliert der regionalen Geschichte einzelner Gebiete und Kontinente. Der dritte Teil schließt das Buch mit einem umfangreichen Glossar mit Querverweisen und einem Register ab. Format: 37,4 x 27,4 cm. 352 Seiten

Nr. P A0687 Gebunden mit Schutzumschlag 49,95 €



Catherine Merridale

Der Kreml

Eine neue Geschichte Russlands

Der Kreml ist das imposante Symbol der russischen Nation. Hier wurden die mächtigen Zaren gekrönt, hier paradierte die glorreiche Rote Armee nach dem Sieg über Deutschland. Im Kreml schlägt das Herz der russischen Macht, hier entscheidet sich Russlands Schicksal. Die bedeutende Historikerin Catherine Merridale erzählt die faszinierende Geschichte des Kreml mit all ihren Intrigen und blutigen Kämpfen um die Macht. Indem sie das verborgene Innere des russischen Staates freilegt, ermöglicht Catherine Merridale uns ein neues Verständnis der bewegten Geschichte Russlands bis in die Gegenwart. 624 Seiten

Nr. P A0939 Taschenbuch 12,99 €

Michael Prinz von Preußen (Herausgeber)

Friedrich der Große

Aufgeklärter Monarch, Feldherr und Philosoph zugleich – Friedrich II. steht wie kein anderer für die Faszination des Hauses Preußen. Berühmt sind die illustren Tafelrunden in Sanssouci ebenso wie das „Mirakel des Hauses Brandenburg" und der damit verbundene Aufstieg Preußens zu einer Großmacht. In Sanssouci, im Neuen Palais und den königlichen Gärten in Potsdam kann man noch heute den Spuren Friedrichs des Großen folgen. Michael Prinz von Preußen gewährt Einblicke in Kindheit und Jugend Friedrich II., der unter der strengen Erziehung seines Vaters litt, und schildert das Leben am Hofe und das dortige literarische, philosophische und künstlerische Treiben. Den Widersprüchen seines Königtums – getrieben von Idealismus einer gerechten Politik und Preußens Erfolg in der europäischen Machtpolitik – geht der Herausgeber in besonderer Weise nach. Ein differenziertes Porträt einer großen Persönlichkeit. „Seine Pflicht erkennen und tun, das ist die Hauptsache." Großformat-Band 24 x 30 cm. 128 Seiten

Nr. P A0927 Gebunden mit Schutzumschlag 7,99 €



Hans Graf von Lehndorff

Die Insterburger Jahre

Mein Weg zur Bekennenden Kirche

100 Seiten/Taschenbuch

Nr. P A0934 14,95 €

Hans Graf von Lehndorff, der Autor des berühmten „Ostpreußischen Tagebuchs", schildert in diesem Bericht seine Begegnung mit der Bekennenden Kirche in den Kriegsjahren 1941–1944 in Insterburg, wo er Assistenzarzt am Krankenhaus war. In klarer und eindringlicher Art entwirft er ein Bild von den Menschen, mit denen er dort zusammentraf, und die sein Leben und Denken entscheidend prägten. Er berichtet von der Arbeit der Mitglieder in der Gemeinde, den praktischen Hilfen, den abendlichen Veranstaltungen, auch von den Schwierigkeiten mit der „amtlichen Kirche", die sich den staatlichen Machtverhältnissen zumeist anpasste.

Boris Reitschuster

Putins verdeckter Krieg

Wie Moskau den Westen destabilisiert

Wladimir Putin will Russland wieder zu einem Weltreich machen und arbeitet an einer neuen „Internationalen" der Anti-Demokraten. Boris Reitschuster beschreibt in seinem neuen Buch, wie zerstörerisch Putins Absichten sind und wie groß sein Einfluss im Westen ist. Moskau hat europaweit engste Kontakte zu rechts- und linksextremen Szenen geknüpft. Es gibt heute kaum noch ein Land, in dem Putin seinen Einfluss nicht geltend macht. Dabei bedient er sich manipulativer Methoden. Mit Parteispenden, Propaganda und Geheimdiensteinsätzen werden Entscheidungsträger unter Druck gesetzt und erpresst. In seinem Buch zeichnet Boris Reitschuster ein beunruhigendes neues Bild: Europa wird von Putin unterwandert. Eine alarmierende Bestandsaufnahme, die zeigt, wie gefährlich Putin mit seinen KGB-Methoden für unsere Demokratie ist. 336 Seiten

Nr. P A1010 Gebunden 19,99 €

Helfried und Renate Weyer

Masuren – Orte der Stille

Texte ostpreußischer Autoren wie Marion Gräfin Dönhoff, Arno Surminski, Ernst Wiechert und viele mehr sowie die stimmungsvollen Masuren-Bilder des Meisterfotografen Helfried Weyer schaffen Inspiration für Sinne, Geist und Seele. Format 20 cm Breite x 19 cm Höhe. 98 Seiten

Nr. P A1006 Gebunden 4,99 €



Fritz Baumgarten

Das große Fritz Baumgarten Gartenbuch

Ein Hausbuch für die ganze Familie

Das Hausbuch für die ganze Familie führt mit einem abwechslungsreichen Reigen aus gärtnerischen Tipps, Gedichten, Geschichten, Rezepten, Liedern und Bauernregeln durch das Gartenjahr. Die zauberhaften Bilder von Fritz Baumgarten verbinden auf wunderbare Weise die Tier- und Wichtelwelt mit den praktischen Gegebenheiten eines Gartens. Fritz Baumgarten, der ein umfangreiches Werk hinterlassen hat, gehört zu den bekanntesten deutschen Kinderbuchillustratoren. Seine Bücher haben Millionenauflagen erreicht und zählen zu den Bilderbuch-Klassikern. 64 Seiten

Nr. P A1012 Gebunden 7,95 €



Kirchner/Wenderoth/Busch

Guten Morgen, Herr Lehrer

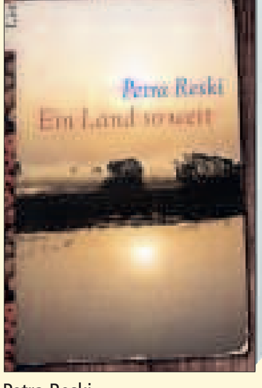
Drei Dorfschullehrer erzählen

Kartoniert.

256 Seiten

Nr. P A0752 10,90 €

Es war einmal die einklassige Dorfschule. Wer auf dem Land groß geworden ist, kennt sie noch, die einklassige Dorfschule, in der die Schüler aller Altersgruppen gemeinsam in einem Raum unterrichtet wurden. Die Lehrer Siegfried Kirchner, Manfred Wenderoth und Egon Busch begannen Anfang der 1960er Jahre in solchen Dorfschulen ihre Laufbahn in Westdeutschland. Heiter, witzig, oft auch skurril sind die Anekdoten und Geschichten aus dieser Zeit, als der Herr Lehrer neben dem Bürgermeister und dem Pastor noch zu den hochgeachteten Persönlichkeiten im Dorf zählte. Egon Busch schildert am Ende des Buches, wie der Wandel des Schulsystems auch das Dorf erreichte. 1968 kam dann das endgültige Aus für die „Zwergenschulen".



Petra Reski

Ein Land so weit

342 Seiten/Taschenbuch

Nr. P 9075 9,95 €

Als Kind hat Petra Reski die sentimentalen Geschichten, die ihre Familie über Ostpreußen erzählte, nicht mehr hören können. Doch dann führt sie der Zufall in das Heimatdorf ihres Vaters. In den Bewohnern des Dorfes findet sie ihre Großeltern wieder. Die Erzählungen vom Leben und Überleben verbinden sich mit der Geschichte ihrer Familie. Und der lang vergessene Klang der Sprache ruft Erinnerungen an die Kindheit wach. Eine sehr persönliche Annäherung an das Thema Heimat. Und eine ungewöhnliche Familiengeschichte, wunderbar witzig und melancholisch erzählt wie ein großer Roman. Ein Buch, das, von erzählerischem Witz und großen Emotionen getragen, die Suche nach der eigenen Identität beschreibt.



Kartenmäppchen Ostpreußen

Mit 10 wunderschönen Postkartenmotiven von Künstlern, die in Ostpreußen gewirkt haben.

Nr. P A0529 6,95 €

Kartenmäppchen Königsberg u. ostpr. Städte

Mit 10 wunderschönen Postkartenmotiven von Königsberg und Städten in Ostpreußen.

Nr. P A0530 6,95 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN

Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de

Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

ZUR PERSON

Sonnenschein-Politiker

Er will Donald Trump die Stirn bieten. Der harten Linie des US-Präsidenten gegenüber Nordkorea dürfte der neue südkoreanische Präsident **Moon Jae-in** zukünftig wohl eine Sonnenscheinpolitik entgegensetzen. Damit führt er die Annäherung an die Diktatur im Norden fort, die schon unter früheren Präsidenten das Regime in Pjöngjang nicht davon abgehalten haben, Atomwaffen zu bauen.



Der 64-jährige Moon, der als Präsident die wegen Korruption aus dem Amt enthobene Vorgängerin Park Geun-hye abgelöst hat, stammt selbst aus dem Norden. Als Flüchtlingskind wuchs er unter ärmlichen Verhältnissen in Südkorea auf, studierte später Jura und betrieb eine Anwaltskanzlei mit dem Kollegen Rhoo Moo-Hyun, der selbst von 2003 bis 2008 als Präsident der Samsung-Republik auf Sonnschein setzte. *H. Tews*



MEINUNG

*Der Historiker **Philipp W. Fabry kritisiert** im „Corps-Magazin" (1/2017) die „politisch korrekte" **Bilderstürmerei** als anmaßend:*

„Unverdrossen setzen Behörden, Institutionen mancherlei Art und Organisationen ihren Ausrottungsfeldzug gegen Memorabilien im öffentlichen Raum fort. Die meisten Opfer, nationalistischen Denkens und Handelns verdächtig, sind alte Bekannte, die man übersehen hatte. Aber es gibt auch neue Kandidaten! Martin Heidegger etwa, einst Deutschlands Vorzeigephilosoph, geht man nun ans Straßenschild, und in Wien greift man sogar, um alle Unholde zu erwischen, die in Kriegen mehr als ihre Pflicht getan haben, zum probaten Mittel der Pauschalisierung: Der Heldenplatz soll umgetauft werden! ... Die Eiferer gebärden sich, als könnten sie mit den Spuren auch die Taten tilgen. Nun kann man zwar Schmerzen lindern, Unrecht sühnen, Verzweifelte trösten – dem Faktum selbst aber ist nichts mehr anzuhaben. Das könnte nur ein göttliches Wesen tun, denn dieses stünde über Raum und Zeit."

Liederliches Liederbuch

Warum nach der Flurbereinigung ein anderer Ton herrschen muss und der Spindappell zu neuer Bedeutung kommt

Der Wochenrückblick mit KLAUS J. GROTH

Nun werden wieder halbe Sachen gemacht. Dies Ausmisten bei der Bundeswehr, was hilft das schon? Truppe bleibt Truppe, auch wenn alle zehn Jahre eine neue Entnazifizierungswelle über sie gespült wird. So ein bisschen Flurbereinigung bringt ja nichts. Selbst wenn es als politische Großtat gefeiert wird, das Foto Helmut Schmidts in Wehrmachtsuniform von der Flurwand in der nach ihm benannten Bundeswehr-Hochschule zu nehmen. Immer diese halben Sachen wider den Ungeist! Aber wer hat schon den Mumm, die entscheidende Frage zu stellen: Brauchen wir die Truppe überhaupt? Klar, unser aller Freiheit wird in Afghanistan und in Mali verteidigt. Aber ginge es nicht auch anders? Sollten wir uns nicht ein Beispiel an Mikronesien oder Kiribati nehmen? Die haben kein Militär. Wenn denen mal einer zu nahekommt, dann rufen sie die USA oder Australien zu Hilfe. Noch konsequenter sind Costa Rica und Tuvalu. Die kommen ohne Militär und ohne Schutzmacht aus. Na und? Geht doch!

Da bleiben die Bilderstürmer und Liedzensoren der Bundeswehr noch ganz am Anfang dessen, was möglich wäre. Jetzt bekommt der Spindappell eine vollkommen neue Bedeutung. Steckt hinter jedem Pin-up brauner Ungeist? Nicht auszudenken, wie viele Generationen Wehrpflichtiger schon durch falsches Liedgut verdorben wurden. Wie viel Mist hat die schwarzbraune Haselnuss in den Köpfen angerichtet? Das Lied gehört zwar auch in das Repertoire des Golden Gate Quartet, aber seit einiger Zeit wissen wir ja, dass man bei den Amerikanern nie wissen kann! Überhaupt weiß man nicht, was mit dem Lied zum Ausdruck gebracht werden soll. Dazu muss man sich nur mal den Kehrreim genauer ansehen. Für alle, die ihn nun gerade mal nicht so genau im Kopf haben: „Holdrio, duwiduwidi, holdria. Holdria duwiduwidi. Holdrio, duwiduwidi, holdria. Holdria duwiduwidi." Alles klar? Wahrscheinlich nicht. Entweder ist es eine geheime Botschaft, die nur erkennen kann, wer dem unheilvollen Ungeist zum Opfer gefallen ist. Oder es ist vollkommener Schwachsinn. Dann könnte man es dabei belassen, nur noch den Kehrreim zu singen. Mit amputierten Liedern haben wir schließlich Erfahrung.

Weil man nun nicht immer meckern, sondern einen konstruktiven Beitrag leisten soll – hier ein paar Überlegungen zum neuen Liedgut der Truppe. Schon der Titel des in die Kritik geratenen Liederbuches der Bundeswehr verrät, warum dieses Machwerk „nicht mehr unserem Werteverständnis" entspricht. Das Buch heißt schlicht: „Kameraden singt!" Da hört man doch die geknallten Hacken „Bataillon stillgestanden!!!". Etwas freundlicher darf es schon sein. Eben familiengerechter, wie es die Ministerin für die ganze Bundeswehr wünscht. „Pink Panzer" oder so was in der Richtung. Etwas aus diesem Songbook ausgewählt, hört sich schon ganz anders im Leopard II an. Wir wollen es doch gerne wieder mit Johann Gottfried Seume halten, der uns versicherte: „Wo man singt, da lass dich ruhig nieder, böse Menschen haben keine Lieder." Ja denkste, Seume. Unsere Ministerin und ihr oberster Inspekteur sind da ganz anderer Ansicht.

Böse Lieder machen böse Menschen. Weshalb wir jetzt nur gute Lieder für gute Menschen wollen. Und das ganze Liederbuch „Kameraden singt" Wort für Wort durchflöhen, ob sich noch irgendwo ein entarteter Ungeist versteckt, den wir, wie die SPD-Generalsekretärin zu sagen beliebt, „ganz radikal ausmerzen" müssen. Das getan, können wir endlich neu anstimmen. Gesucht werden Lieder mit Tradition, aber bitte Soft-Tradition. Den Einband gestalten wir nicht in Tarnfleck, sondern ganz bunt. Schließlich ist die Bundeswehr absolut weltoffen, weil sie weltweit gebraucht wird. Besonders in Ländern, deren junge Männer in Deutschland in die verlassenen Bundeswehrkasernen zogen. Einen Liederbuch-Einband in Pink sparen wir uns für später auf, der kommt noch. Jetzt wird er erst einmal übergangsweise schön bunt.

Und dann wird ausgetauscht. Die schwierigsten Problemfälle zuerst. Das „Westerwald-Lied" gegen „Wann wir schreiten Seit' an Seit'". Wie zu hören ist, setzt sich „Die Linke" nachdrücklich für diesen Tausch ein. Die Grünen hingegen möchten die schwarzbraune Haselnuss gegen „Grün, grün, grün sind alle meine Kleider" wechseln.

Für das „Panzerlied" wurde die neue Version von „Marmor, Stein und Eisen bricht ..." vorgeschlagen mit der Ergänzung „... aber unser Panzer nicht". Ob das durchkommt ist fraglich. Es wird kritisiert, dass die Ursprungsversion von einem Drafi Deutscher gesungen wurde. Und wo Deutscher draufsteht, ist selten was Gutes drin, wird gesagt. Auch im Gespräch: „Alle meine Entchen" als Lied der Pioniere, „Vom Himmel hoch" für die Artillerie und für die Stoppelhopser der Infanterie „Häschen in der Grube".